Merſeburger Korreſpondent

Erſcheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 2,— Mark, fällig bei Abholung frei Haus. Abholerkarte halbmonatlich ,95 Mark. Poſtbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 10 Pfennig. Sonnabends 20 Pfennig.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr uſw.) hat der Bezieher keinen Anſpruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreiſes.

Geſchäftshaus: Kleine Ritterſtraße 3.

Mitglied des Vereins Deutſcher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutſchland

Neueſte Nachrichten
für Stadt und Kreis Merſeburg
Amtsblatt der Stadt und des Landkreiſes Merſeburg
mit den wöchentlichen Beiblättern Die Zeit im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd
der vierzehntägigen Beilage Bilder von Feld und Hof und dem zwanglos erſcheinenden Chronik von Merſeburg

Anzeigenpreiſe: Für den achtgeſpaltenen Millimeterraum 10 Pfennig; im Reklameteil 40 Pfennig; für Chiffreanzeigen und Nachweiſungen 20 Pfennig Aufſchlag. — Familienanzeigen beſonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorſchrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet.

Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.

Fernruf: Redaktion 324, Geſchäftsſtelle 466.

Poſtſcheckkonto: Leipzig 39 070.

Nr. 227 Montag, den 28. September 1925 52. Jahrgang

Im Kampf um das Reichsſchulgeſetz.

Von einem Lehrer gehen uns folgende Ausführungen zu dem Reichsſchulgeſetzentwurf zu, mit denen wir die Diskuſſion über dieſe ſehr wichtige kulturpolitiſche Frage eröffnen. D. R.

Im „Merſeburger Korreſpondent“ vom 3. September d. J. wird der Entwurf eines neuen Reichsſchulgeſetzes erwähnt, der den Reichstag in der bevorſtehenden Tagung beſchäftigen wird. Wenn es ſich auch noch nicht um den endgültigen Entwurf handelt, ſo iſt dieſer doch der vom Reichsminiſterium des Innern ausgearbeitete; er hat auch bereits dem Reichskabinett vorgelegen und iſt von ihm anſcheinend gut geheißen worden. Man wundert ſich eigentlich, daß man beim Entſtehen ſolchen Geſetzentwurfes, an dem eine Viertelmillion Lehrer und Lehrerinnen intereſſiert ſind, keine Fachorganiſation zugezogen hat, und daß lediglich von Jouriſten ſo entſcheidende Beſtimmungen formuliert wurden, wie ſie im Entwurf zu finden ſind. Nur gut, daß die Öffentlichkeit unbeabſichtigt vorzeitig mit dem Inhalt des neuen Reichsſchulgeſetzes bekannt gemacht worden iſt. Es verlohnt ſich, über einzelne ſeiner Teile Betrachtungen anzuſtellen.

Er ähnelt in ſeiner Aufmachung dem bayeriſchen Konkordat. Bekanntlich überläßt Artikel 149, 2 der Reichsverfaſſung die Erteilung des Religionsunterrichtes der freien Willenserklärung der Lehrer und zwar unterſchiedslos in allen Schulen (auch in Bekenntnisſchulen). Der neue Geſetzentwurf zu Artikel 149, 2 RV. will den Sinn des Konkordatsartikels 5, 1 zum Reichsgeſetz erheben; denn „die geſamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den Bekenntnisſchulen muß getragen ſein von dem Geiſte des Bekenntniſſes“ und .... „Lehrern, deren Tätigkeit den Vorſchriften zuwiderläuft, iſt erforderlichenfalls der Unterricht an der Bekenntnisſchule abzunehmen“. Das widerſpricht dem geltenden Rechte; wurde doch niemals eine Verpflichtung auf „unbedingte innere Rechtgläubigkeit“ in ſtreng kirchlichem Sinne gefordert. Während der entſprechende Artikel des Konkordats nur die zukünftig anzuſtellenden Lehrer bedroht, fordert der neue Entwurf Entfernung jeden Lehrers von der Bekenntnisſchule, deſſen „Tätigkeit den Vorſchriften zuwiderläuft“. Damit macht ſich der Staat zum Kirchendiener und gibt ſeine Hoheit auf ſchuliſchem Gebiete der Kirche preis. Nicht nur ſachlich, auch taktiſch atmet der neue Reichsſchulgeſetzentwurf „Konkordatsgeiſt“; denn Wahrung des Inhaltsgeheimniſſes, ſchnellſtes Durchpeitſchen im Reichstag und Ablehnung wiſſenſchaftlicher Gutachten ſollen im Reiche wie in Bayern das rückſchrittliche Geſetz ſichern.

Einen großen Fehler hat der Entwurf auch inſofern, daß er lediglich eine Ausführung des Art. 146, 2 RV. ſein will. Die Begründung dazu verdreht die Tatſachen; denn die Behauptung, daß durch das Grundſchulgeſetz bereits die Frage des geordneten Schulbetriebes geregelt ſein ſoll, iſt weder im Reichsſchulausſchuß noch im Bildungsausſchuß aufgeſtellt worden. Wohl iſt das Grundſchulgeſetz eine Ausführung des Art. 146, 1 RV., aber nur zum Teil, denn es regelt nur die Grundlage der „organiſchen Ausgeſtaltung“ des geſamten öffentlichen Schulweſens, aber nicht den geordneten Schulbetrieb an ſich. Hat es doch dieſer damit zu tun, daß von der Volksſchule aus allenthalben ein planmäßiges übergehen auf die andern Schularten möglich iſt. Wäre das durch Reichsgeſetz endgültig feſtgelegt, nur dann wäre von einer reſtloſen Ausführung des Art. 146, 1 zu ſprechen. Der Entwurf biegt weiterhin den Sinn der Verfaſſung um, wenn er die Sonderſchulen (lies: Bekenntnisſchulen) über die Normalſchule (die für alle gemeinſame) ſtellt. Denn im Art. 146, 2 RV. hängt die Errichtung von Sonderſchulen davon ab, daß erſtens „der geordnete Schulbetrieb“ (auch im Sinne des Abſ. 1 des Art. 146) nicht beeinträchtigt wird und daß zweitens, ſofern dieſer Forderung genügt iſt, der Wille der Erziehungsberechtigten möglichſt berückſichtigt werden ſoll. Alſo auf den geordneten Schulbetrieb iſt in erſter Linie Rückſicht zu nehmen. Im neuen Entwurf dagegen heißt es: „Innerhalb der Gemeinden ſind auf Antrag von Erziehungsberechtigten, deren Wille möglichſt zu berückſichtigen iſt, Volksſchulen ihres Bekenntniſſes oder ihrer Weltanſchauung einzurichten, ſoweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird.“ Jeder Einſichtige merkt ſofort den Unterſchied. Jetzt ſteht in erſter Linie der Wille der Erziehungsberechtigten und in zweiter Linie die Rückſichtnahme auf den geordneten Schulbetrieb! Dieſe Umſtellung iſt zwar unauffällig, hat aber Richtung auf ein ganz beſtimmtes Ziel. Die Demokraten waren es, denen man gerade den Wortlaut zu verdanken hat, wie er im Art. 146, 2 RV. zu finden iſt, als ſie ihn im 3. Kompromiß 1919 in Verbindung mit Sozialdemokraten und Zentrum durchſetzten. Und Dr. Schiffer rühmte das damals, indem er ſagte: „Die Beſtimmung der 2. Leſung, daß die Bildung von Sonderſchulen nur zuläſſig iſt, ſoweit es mit einem geordneten Schulbetrieb zu vereinigen iſt, iſt anders und ſchärfer gefaßt. Wenn es jetzt heißt, daß es darauf ankommt, ob hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne des Abſ. 1, nicht beeinträchtigt wird, ſo gibt das den Unterrichtsverwaltungen nicht nur das Recht, ſondern es legt ihnen auch die Pflicht auf, alle pädagogiſchen Rückſichten ſo weit ins Feld zu führen und in die Tat umzuſetzen, als mit den Geſetzen vereinbar iſt; alſo Unterſtreichung und Hervorhebung der pädagogiſchen Geſichtspunkte gegenüber denen, die ſonſt in dem Abſ. 2 zur Geltung gebracht werden.“ (Das heißt auch: auch gegenüber dem Willen der Erziehungsberechtigten.) Soweit Schiffer 1919. Der jetzige Reichsſchulgeſetzentwurf aber ſteht mit ſeiner Auslegung des Art. 146, 2 (im Abſchnitt: Begründung) nicht auf dem Boden der jetzt gültigen Verfaſſung. Er ſchließt ſich vielmehr der ſeinerzeit 1919 von Sozialdemokraten und Zentrum beſchloſſenen Faſſung des zweiten Kompromiſſes an.

Da nun verfaſſungswidrig dem Willen der Erziehungsberechtigten bei Errichten von Sonderſchulen ein Vorzug eingeräumt wird, entſtehen im Schulgeſetzentwurf Folgerungen, die nicht haltbar ſind. Heißt es doch: (§ 15 des Entwurfes) „dem Antrag auf Errichtung einer Bekenntnisſchule iſt ſtattzugeben, wenn der Antrag von den Erziehungsberechtigten ſo viel ſchulpflichtiger Kinder der Gemeinde geſtellt wird, als im Durchſchnitt der letzten fünf Jahre auf eine Schulſtelle in dieſer Gemeinde entfallen ſind. Sind in einem Lande Höchſtzahlen für den Beſuch einer Volksſchulklaſſe vorgeſchrieben, ſo genügt es für den Antrag, wenn der Antrag für ſo viel ſchulpflichtige Kinder geſtellt wird, als dieſe Höchſtzahl beträgt, auch wenn in der Gemeinde im Durchſchnitt mehr ſchulpflichtige Kinder auf eine Schulſtelle entfallen ſollten. In jedem Falle genügt ein Antrag von Erziehungsberechtigten von durchſchnittlich 40 ſchulpflichtigen Kindern.“ In der Begründung zu dieſen Sätzen des § 15 wird lediglich auf die „allgemeinen Ausführungen der Begründung hingewieſen. Da ſteht aber ſo vielerlei, daß es ſchwierig iſt, das Rechte zu § 15 herauszuſuchen. Lediglich der darin enthaltene „Verſuch eines Nachweiſes“, daß auch die einklaſſige Schule ſchon einen geordneten Schulbetrieb im Sinne des Art. 146, 2 RV. darſtelle, kann als Begründung des § 15 vom Entwurf aufgefaßt werden. Wenn aber die einklaſſige Schule als „geordneter Schulbetrieb“ anerkannt wird, werden wir erleben, wie auf Grund des § 15 im Orte oder im Lande von beſtehenden mehrſtufigen Schulſyſtemen einſtufige abgezweigt werden und dadurch die Einheitlichkeit des Schulbetriebes zertrümmert wird. Wird der Entwurf zum Geſetz, ſo wird einer großen Anzahl von Lehrern das Recht genommen, innerhalb der Schranken der allgemeinen Geſetze ihre Meinung frei zu äußern (118 R.-V.); ein ſolches Geſetz würde ſie, im Widerſpruch zu Artikel 130, zu Dienern des Bekenntniſſes machen; er gäbe der Kirche die Aufſichts- und Kontrollrechte in den ſtaatlichen Schulen zurück, er würde im Gegenſatz zu dem Toleranzartikel 148,2 Minderheiten in einen fremden Bekenntnis- und Weltanſchauungsgeiſt hineinzwingen uſw.

Das ſind alles Verſtöße gegen Inhalt und Wortlaut unſerer Verfaſſung. Die Reichsverfaſſung iſt aber oberſtes Geſetz und alle Regierungsmaßnahmen und Geſetze müſſen im Geiſte und nach ihren Beſtimmungen in unbedingter übereinſtimmung mit dieſer Verfaſſung ſtehen. Ein ſolcher Entwurf darf nicht Geſetz werden.

Er ſtößt deshalb aller Orten auf heftigſten Widerſtand in den meiſten Ländern, bei der geſamten Lehrerſchaft, in weiteſten Elternkreiſen. Viele Proteſte liegen ſchon vor, ſo vom Deutſchen Lehrerverein, vom geſchäftsführenden Ausſchuß der DVP. Württemberg, vom Parteiausſchuß der Deutſchen Demokratiſchen Partei, vom Reichsbund für Religionsunterricht und religiöſe Erziehung uſw. Hoffentlich gelingt es, dieſen Entwurf nicht zur Ausführung zu bringen. Je mehr erſt klar wird, was auf Grund dieſes Geſetzes aus der deutſchen Volksſchule gemacht werden ſoll, deſto ſtärker wird der Widerſtand gegen dieſen kulturfeindlichen Entwurf werden. Er iſt rückſchrittlicher als der Zedlitzſche Entwurf 1891, den der Dreiklaſſenlandtag von damals ablehnte!

Ein Lehrer.

Die Ueberreichung der Antwortnote.

Paris, 28. Sept. (Amtlich.) Der deutſche Botſchafter von Hoeſch hat in Abweſenheit des Außenminiſters **Briand** dem Generalſekretär am Quai d'Orſay, Herrn Berthelot die Antwort der deutſchen Regierung auf die Einladung der alliierten Mächte zu einer Miniſterkonferenz überreicht. Die Antwort ſtellt eine Annahme der Einladung dar. Im Anſchluß an die übergabe der Antwortnote kamen die verſchiedenen mit der Begegnung der Miniſter zuſammenhängenden Fragen zur Sprache.

Aus Brüſſel wird gemeldet, daß der dortige deutſche Botſchafter einen gleichen Schritt am Miniſterium des Auswärtigen unternommen hat. Der deutſche Botſchafter wurde gegen Mittag von Vandervelde empfangen, dem er die Antwortnote der deutſchen Regierung überreichte. Es entſpann ſich im Anſchluß an die übergabe eine zweiſtündige Unterredung.

Der deutſche Botſchafter in London, Dr. Sthamer, hat gleichfalls am Sonnabend im „Foreign Office“ durch überreichung einer Note die Annahme der Einladung Deutſchlands beſtätigt.

*

Aus Rom meldet die „Agencia Stefani“: Der deutſche Geſchäftsträger teilte dem Miniſterium des Äußern geſtern Nachmittag mit, daß die deutſche Regierung an der Miniſterkonferenz über den Sicherheitspakt teilnehmen werde.

Die Kriegsſchuldfrage.

Botſchafter von Hoeſch hat in ſeiner geſtrigen Unterredung mit Berthelot auch über die Kriegsſchuldfrage geſprochen. Wie verlautet, wurde dieſe Tatſache ſofort Außenminiſter Briand übermittelt, der deshalb den deutſchen Botſchafter um eine Zuſammenkunft zu Montag erſuchen ließ.

Hoeſch heute bei Briand.

Der deutſche Botſchafter von Hoeſch wird am Montag von Briand empfangen werden und mit ihm verſchiedene Fragen des Sicherheitspaktes erörtern.

Muſſolini drückt ſich.

Wie aus Mailand berichtet wird, hat geſtern Muſſolini in einer Unterredung mit dem Chef des Außenminiſteriums erklärt, er werde an der Paktkonferenz nicht teilnehmen. Italien werde vielmehr durch Scialoja vertreten ſein.

Die Lage in franzöſiſcher Beleuchtung.

Paris, 28 Sept. (TU.) Botſchafter von Hoeſch wird ſich heute mittag zum Quai d'Orſay begeben, da der inzwiſchen eingetroffene Außenminiſter Briand ihm eine Reihe ergänzender Auskünfte über die geſtrige deutſche Antwort zu erteilen wünſcht. Die Fragen, die Gegenſtand der heutigen Beſprechungen bilden, werden, wie von franzöſiſcher Seite verlautet, hauptſächlich die franzöſiſche Garantierung der deutſchen Schiedsgerichtsverträge mit Polen und der Tſchechoſlowakei ſowie die Räumung der Kölner Zone angehen. Man ſieht voraus, daß die deutſche Regierung die letzteren Fragen ſowie die der

Kriegsſchuld

unter dem Druck der Deutſchnationalen bei der bevorſtehenden Miniſterbewegung zur Sprache bringen wird. Die Stellungnahme der franzöſiſchen Regierung zu den beiden Problemen wird heute wie folgt angegeben:

1. Was die Kriegsſchuldfrage anbelangt, ſo wird feſtgeſtellt, daß gemäß einer zwiſchen den Alliierten getroffenen ſtillſchweigenden Vereinbarung Deutſchland von einer erneuten Ablegung eines Kriegsſchuldbekenntniſſes bei der Aufnahme in den Völkerbund entbunden wird. **Im übrigen weiſt man darauf hin, daß die Kriegsſchuld Deutſchlands durch den Artikel 231 des Verſailler Vertrages ausdrücklich feſtgelegt iſt und „daß keine Macht der Welt in der Lage ſein würde, dieſen Paragraphen aus der Welt zu ſchaffen“.**

Hinſichtlich der

Räumung der Kölner Zone

wird darauf hingewieſen, daß dieſe Frage und die der Unterzeichnung eines Rheinpaktes nach ſeiner Auffaſſung, die auch Deutſchland bisher immer vertrat, zwei voneinander getrennte Probleme ſind. Die Räumung des Kölner Gebietes könne gelegentlich der Unterzeichnung des Sicherheitspaktes nur dann erfolgen, wenn Deutſchland die Abrüſtungsklauſel erfüllt habe.

Es ſcheint allerdings, daß Frankreich Zugeſtändniſſe in der Räumung des Kölner Gebietes durch Deutſchlands Entgegenkommen bei den Schiedsgerichtsverträgen mit den Oſtſtaaten ſich abkaufen laſſen will. Dieſe Anſicht, die in Anweſenheit unterrichteter Perſönlichkeiten heute geäußert wurde, blieb unwiderſprochen. Gegenüber der Behauptung eines Teiles der deutſchen Preſſe, daß die Miniſterbegegnung in Locarno (Lugano) nur den Auftakt einer ſpäteren Konferenz bilde, legen die franzöſiſchen Blätter erneut Wert auf die Feſtſtellung, daß die Konferenz zu entſcheidenden Beſchlüſſen führen müſſe, wozu die Ratifizierung der Parlamente eingeholt werden müſſe.

Konferenzvorbereitungen.

Die franzöſiſchen Delegierten.

Paris, 28. Sept. (Priv.-Tel.) Journal berichtet, die franzöſiſche Delegation, die ſich zur Sicherheitskonferenz begeben werde, beſtehe aus Briand und Philipp Berthelot, ſowie einigen techniſchen Sachverſtändigen.

Die Pariſer Morgenblätter veröffentlichen eine anſcheinend offiziöſe Notiz, in der geſagt wird, die franzöſiſche Regierung wünſche nicht, daß die Konferenz von Locarno den Auftakt zu einer großen Konferenz bilde. Sie ſei der Anſicht, daß der Sicherheitspakt und die Schiedsgerichtsverträge zwiſchen Deutſchland und dem franzöſiſchen Staate während der Verhandlungen in Locarno fertig ausgearbeitet werden müßten. Deshalb werde angenommen, daß die Arbeiten der Konferenz mindeſtens zwei Wochen dauern würden.

*

Wie der Reichstagsabgeordnete Lindeiner-Wildau der Telegraphen-Union mitteilt, iſt ihm von der in ſeinem Abendblatt erwähnten Mitreiſe des Reichsinnenminiſters Schiele und der Abgeordneten Leopold und Lindeiner-Wildau zu der Schweizer Paktkonferenz nicht das geringſte bekannt. Es handelt ſich demnach bei der Meldung nur um ein leeres Gerücht.

Locarno!

Berlin, 28. Sept. (Drahtmeldung unſerer Berliner Schriftleitung.) Obgleich der Tagungsort für die Paktkonferenz noch nicht endgültig vereinbart iſt, wird wahrſcheinlich Locarno als Tagungsort in Frage kommen. Es iſt aber mit einer Verſchiebung der für 5. Oktober anberaumten Konferenz zu rechnen. Man nimmt an, daß die Konferenz nicht vor dem 8. Oktober beginnt. Wahrſcheinlich wird die Konferenz einige Wochen dauern.

Sunday Times über den Paktentwurf.

London, 27. Sept. (WTB.) Dem diplomatiſchen Korreſpondenten der Sunday Times zufolge iſt der von den Juriſten in London vorbereitete Paktentwurf ein kurzes Dokument. Seine Einleitung ſei in weitem Maße von der Form der belgiſchen und luxemburgiſchen Neutralitätsverträge von 1889 und 1867 beeinflußt. Die weſentlichſten Klauſeln bezögen ſich auf den ſogenannten flagranten Fall. Solche Fälle ſeien: erſtens im großen Umfang erfolgende Verletzungen der Grenze einer der Signatarmächte durch die Streitkräfte einer anderen und zweitens militäriſche Maſſenkonzentrationen an der entmilitariſierten Rheinlandzone mit der offenbaren Abſicht, anzugreifen Andere Klauſeln bezögen ſich auf Deutſchlands Eintritt in den Völkerbund und auf die Befriedung. In beiden Fällen würde Großbritannien oder eine andere Signatarmacht ſich das Recht vorbehalten, mit bewaffneter Hand einzugreifen, um die nicht ſchuldige Partei zu verteidigen, ohne zu warten, daß der Völkerbund eine Partei als den Angreifer bezeichnet; mit anderen Worten: Großbritannien würde ſelbſt die Tatſache beurteilen zum Beiſpiel, ob der Angriff provoziert iſt und würde ſeine Handlungsweiſe entſprechend wählen, wobei in zweifelhaften Fällen die Entſcheidung des Völkerbundes abgewartet werden würde.

Preußiſcher Landtag.

Der preußiſche Landtag ſetzte am Sonnabend ſeine Etatsberatungen über das Wohlfahrtsminiſterium, über das Wohnungs- und Siedlungsweſen fort. Es wurden dabei von den verſchiedenſten Rednern eine große Anzahl von Wünſchen eingebracht; vor allem wurde von der Wirtſchaftlichen Vereinigung die völlige Beſeitigung der Wohnungszwangswirtſchaft gefordert. Zu allen geäußerten Wünſchen und Forderungen nahm der Wohlfahrtsminiſter Hirtſiefer Stellung. Er erklärte, daß die Hauszinsſteuer ihrem Zwecke entſprechend verwendet worden ſei. Wenn auch durch Reichsgeſetz beſtimmt worden iſt, daß bis zum 8. April 1926 die volle Friedensmiete erreicht werde müſſe, ſo habe doch die preußiſche Staatsregierung von einer Erhöhung im gegenwärtigen Augenblick abgeſehen.

*

Berlin, 28. Sept. (Drahtmeldung unſerer Berliner Schriftleitung.) Der Älteſtenrat des Preußiſchen Landtages beriet am Montag vormittag über die Geſchäftslage. Nach Verabſchiedung des Wohlfahrtshaushaltes wird der Haushalt des Handelsminiſteriums den Landtag in dieſer Woche beſchäftigen. Dann wird eine Pauſe bis zum 12. Oktober eingelegt. Der Landtag ſoll dann den Haushalt des Innenminiſteriums in Angriff nehmen und vom 13. bis 23. Oktober ſitzen. Dann ſchließt ſich wieder eine Pauſe bis 27. Oktober an. Vom 28. Oktober bis 6. November werden ſechs Tagungen ſtattfinden. Dann folgt eine Pauſe bis zum 10. November. Nach einem weiteren Tagungsabſchnitt vom 11. bis 20. November ſoll der Landtag mit Rückſicht auf die Wahlen zu den Kreis- und Provinziallandtagen erneut vom 21. bis 30. November eine Pauſe einlegen.

Sitzung des Auswärtigen Ausſchuſſes.

Am Sonnabend vormittag wurde in der Sicherheitsfrage im großen und ganzen eine Verſtändigung erzielt. Es waren alle Parteien vertreten. Die Sitzung war ſehr ſtark beſucht Nach einem Nachruf für den verſtorbenen Abgeordneten Dr. Spahn erſtattete der Reichsaußenminiſter Dr. Streſemann das Referat über die auswärtige Lage. Es kamen Redner aller Parteien zum Wort. Die Annahme der Einladung zur Paktkonferenz wurde gebilligt, allerdings machte Graf Weſtarp von den Deutſchnationalen einige Einſchränkungen. Intereſſant war, daß, abgeſehen — wie ja nicht anders zu erwarten war —, von den Kommuniſten und Völkiſchen auch der Abgeordnete Dr. Bredt von der Wirtſchaftlichen Vereinigung in die Front der Gegner der Reichsregierung und des Reichsaußenminiſters gerückt war und ſich ſelbſt für die Annahme der Einladung nach der Schweiz nicht erwärmen konnte. In Abgeordnetenkreiſen bezweifelt man allerdings, ob Dr. Bredt bei dieſen ſeinen Ausführungen die Fraktion der Wirtſchaftlichen Vereinigung hinter ſich hat.

Der neue Zolltarif.

Zu ſeinem Inkrafttreten am 1. Oktober.

Als der Reichstag am 12. Auguſt das Geſetz über Zolländerungen verabſchiedete, war mit dieſem Geſetzgebungsakt eine immerhin bedeutſame Entſcheidung über Deutſchlands Wirtſchaftsentwicklung gefallen. Die Verabſchiedung der Zolltarifnovelle brachte eine Zeit langwieriger theoretiſcher und praktiſcher Erörterungen über die künftige **Geſtaltung unſerer Handelspolitik** zum Abſchluß. Bereits im September vorigen Jahres war der Regierungsentwurf an den vorläufigen Reichswirtſchaftsrat gegangen, im Juni wurde er in erweiterter Form dem Reichstage vorgelegt. Inzwiſchen hatten wir am 10. Januar 1925 auch unſeren ehemaligen Gegnern gegenüber die handelspolitiſche Freiheit wieder erlangt. Da mit verſchiedenen Staaten, die für uns ſowohl Bezugsgebiete als auch Abſatzgebiete darſtellen, Handelsverträge abzuſchließen waren, drängte die Regierung auf Verabſchiedung des Geſetzes, um für die Verhandlungen ein brauchbares Inſtrument in die Hand zu bekommen. Einer ſchnellen Erledigung ſtellten ſich jedoch Schwierigkeiten entgegen. Dieſe rührten vor allem daher, daß große, hinter der Regierung ſtehende Wirtſchaftsgruppen die Sätze der Tarifnovelle nicht als Verhandlungszölle, ſondern als ausgeſprochene Schutzzölle betrachten wollten. Insbeſondere erregten die neu in den Entwurf aufgenommenen **Agrarmindeſtzölle** grundſätzliche Bedenken. Nachdem in einer vom handelspolitiſchen Ausſchuß des Reichstages veranſtalteten Enquéte über die Agrarzölle faſt alle namhaften Vertreter der Agrarwiſſenſchaft und Volkswirtſchaftslehre (Sering, Aereboe, Harms uſw.) ſich gegen Getreidemindeſtzölle ausgeſprochen hatten, wurden dieſe ſchließlich durch Mindeſtzölle auf **Vieh** und **Fleiſch** erſetzt.

Im großen und ganzen verſuchte das Zollgeſetz eine Neuordnung des alten Zolltarifs von 1902, der durch eine unzuſammenhängende Reihe von Zollaufhebungen, -änderungen und -erhöhungen ſyſtemlos geworden war. Daß der neue Zolltarif ein den veränderten wirtſchaftlichen Verhältniſſen angepaßter ſyſtematiſcher Erſatz nicht iſt und auch nicht ſein will, braucht nicht hervorgehoben zu werden. Auf das Unzulängliche und Vorübergehende der Tarifnovelle weiſt ſchon die Befriſtung ihrer Gültigkeit bis zum 31. Juli 1927 und die Einſchaltung des Ermächtigungsparagraphen 4 hin, der die Möglichkeit erleichterter Änderungen vorſieht.

Die Beantwortung der Frage, ob der neue Zolltarif mit ſeiner **unverkennbar** ſchutzzöllneriſchen Tendenz den augenblicklichen Anforderungen unſerer Wirtſchaftslage Rechnung trägt, iſt zurzeit noch gar nicht möglich. Die ſeit dem 1. September in Kraft befindlichen Zölle auf Weizen, Roggen, Gerſte, Hafer, Mehl uſw. haben infolge der günſtigen deutſchen Ernte und des Verkaufsdrucks auf Seiten der Landwirtſchaft eine Verteuerung nicht hervorrufen können. Wie weit das den gleichfalls zum 1. Oktober wieder eingeführten **Einfuhrſcheinen** vorbehalten bleibt, iſt abzuwarten. Anders liegen die Dinge freilich auf dem Vieh- und Fleiſchmarkte. Hier wurden die Zölle zum Teil bereits vor dem Tage des Inkrafttretens vorweg genommen und gaben Anlaß zu der bekannten Beunruhigung auf dem Lebensmittelmarkte. Die **Preisſenkungsaktion der Regierung**, die merkwürdigerweiſe ebenfalls den 1. Oktober als Stichtag der Verbilligung benannte, arbeitet hier den ungünſtigen Auswirkungen der Zölle entgegen und iſt noch nicht zum Abſchluß gelangt. Die Verordnung über eine jährlich ca. 9000 Tonnen betragende zollfreie Gefrierfleiſcheinfuhr ſoll gleichfalls als Mittel zur Beruhigung des Fleiſchmarktes gehandhabt werden.

Mit dem 1. Oktober werden alſo ſämtliche **Agrarzölle** ſich in Kraft befinden mit alleiniger Ausnahme der Änderungen bei der Poſition 180 (Wein und Moſt), die mit Rückſicht auf den noch laufenden deutſch-ſpaniſchen Handelsvertrag erſt zum 16. Oktober wirkſam werden ſoll. Bei den **Induſtriezöllen** iſt lediglich die Inkraftſetzung der veränderten Poſition 869 B (Ferromangan uſw.) hinausgeſchoben; alle übrigen Poſitionen treten gleichfalls am 1. Oktober in Kraft.

Die Zeit der Geltung des Geſetzes über Zolländerungen wird eine **Zeit aufmerkſamer Beobachtung** ſein müſſen. Wenn Deutſchland zur Aufſtellung ſeines endgültigen Zolltarifs übergeht, werden ſich die verantwortlichen Stellen in Politik und Wirtſchaft darüber klar ſein müſſen, ob die weltwirtſchaftliche Lage im allgemeinen und die wirtſchaftliche Situation Deutſchlands im beſonderen eine Rückkehr zu einer ausgeſprochenen Schutzzollpolitik zuläßt. Ob dieſe Frage im November dieſes Jahres, wenn der Entwurf zum endgültigen Zollgeſetz im Reichswirtſchaftsrat vorgelegt wird, ſchon entſchieden werden kann, iſt zweifelhaft.

Denn was feſtſteht, iſt lediglich das **Ziel** unſerer Wirtſchaftspolitik: **Ausfuhrſteigerung durch Senkung des Preisniveaus.** Dieſem Ziel ſuchen Regierung und Wirtſchaft von zwei Seiten her beizukommen. Einmal müſſen für Deutſchland beſonders unter Berückſichtigung der Belaſtung durch das Dawes-Abkommen die Auslandsmärkte möglichſt weit geöffnet werden. Man muß hoffen, daß es den deutſchen Unterhändlern bei den laufenden und noch kommenden **Handelsvertragsverhandlungen** gelingt, geſtützt auf die **Verhandlungszölle** des Zolltarifs, die fremden Einfuhrzölle für deutſche Waren zu ermäßigen. Eine **Ermäßigung** auch der **deutſchen Zölle** im Vertragswege wird, wie man den Ausführungen des Reichswirtſchaftsminiſters Neuhaus auf der Tagung des Deutſchen Großhandels in Dresden entnehmen konnte, von der Regierung als eine wirkſame Handhabe zur Durchführung der im Gange befindlichen Preisſenkungsaktion betrachtet.

Die Vollverſammlung des Völkerbundes.

Genf, 28. Sept. (TU.) Die Vollverſammlung des Völkerbundes erledigte am Sonnabend vormittag den Bericht über die Verteilung der Ausgaben des Völkerbundes auf ſeine einzelnen Mitglieder. Aus dem Verteilungsſchema geht hervor, daß England und ſeine Kolonien mehr als ein Viertel der Ausgaben tragen, England ohne Kolonien über ein Zehntel. Die Vollverſammlung genehmigte weiter den Voranſchlag für 1926, der rund 23 Millionen Goldfranken vorſieht und damit die Ausgaben für 1925 um ein geringes überſteigt. Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß eine Reihe von Völkerbundsmitgliedern mit der Beitragszahlung im Rückſtand ſind. Weiter wurden die Berichte über die Arbeiten der Opiumkommiſſion und der Hilfeleiſtung für armeniſche Flüchtlinge entgegengenommen. Bei der Beratung des Berichtes der Opiumkommiſſion wurde beſchloſſen, eine dreigliedrige Unterſuchungskommiſſion nach Perſien zu entſenden. Zur Unterſuchung der Lage der armeniſchen Flüchtlinge beſchloß die Vollverſammlung den Rat zu erſuchen, eine Kommiſſion einzuſetzen, die die Durchführbarkeit der Anſtellung von armeniſchen Flüchtlingen in Amerika durchprüfen ſoll. Falls ſie zu einem günſtigen Reſultat gelangt, wird der Rat gegeben, die Mittel hierzu zu geſtatten. Für die Unterbringung der ruſſiſchen Flüchtlinge wurde ein analoger Beſchluß gefaßt, der die Auswanderung nach Südamerika vorſieht.

Der franzöſiſche Mißerfolg in Waſhington.

Paris, 28. Sept. (Eig. Drahtm.) Die Ablehnung des franzöſiſchen Angebots in Waſhington hat in der franzöſiſchen Preſſe ſtarkes Mißbehagen hervorgerufen, obwohl von einem Teil noch ausdrücklich auf die Möglichkeit einer Verſtändigung mit den Vereinigten Staaten hingewieſen wird. „Ere Nouvelle“ ſagt, die Ablehnung des franzöſiſchen Angebots ſei das erſte Glied in der langen Kette von Enttäuſchungen und ſtellt Betrachtungen über die Vorzugsbehandlung an, die Deutſchland während der letzten Jahre eingeräumt worden ſei, und den ſchroffen Standpunkt Amerikas gegenüber Frankreich. Der amerikaniſche Gegenvorſchlag wünſche, wie der Sonderberichterſtatter des „Echo de Paris“ aus Waſhington meldet, daß die erſten Jahresleiſtungen Frankreichs anſtelle von 25 Millionen Dollar gegen 40 Millionen Dollar und die Jahresleiſtungen vom 22. Jahre ab **135 Millionen betragen ſollten gegenüber dem franzöſiſchen Angebot von 90 Millionen.** Die Gegenſätze ſeien aber nicht unüberbrückbar. Ein **Kompromiß könne** auf der Grundlage ges engliſch-franzöſiſchen Abkommens **herbeigeführt werden.**

Der franzöſiſche Staat würde dann zur Tilgung ſeiner Schulden an England und Amerika

neue Steuern in Höhe von drei Milliarden Franken

ausſchreiben müſſen. **„Petit Pariſien“ bereitet die Öffentlichkeit darauf vor, daß die franzöſiſche Abordnung möglicherweiſe unverrichteter Dinge zurückkehre.** Trotz der bedrückten Finanzlage Frankreichs, ſagt das Blatt, habe es die franzöſiſche Delegation aber nicht nötig, ein Abkommen um jeden Preis herbeizuführen. Von amerikaniſcher Seite ſei behauptet worden, daß die unmittelbare Folge eines **Fehlſchlagens der eingeleiteten Verhandlungen die Unmöglichkeit für Frankreich bedeute, eine neue Anleihe in den Vereinigten Staaten unterzubringen.** Frankreich ſei aber zur Erlangung einer neuen Anleihe keineswegs auf die Vereinigten Staaten angewieſen, ſondern werde auch in Europa **noch kapitalkräftige Geldgeber finden.**

Wichtiges vom Tage.

Die allgemeine Meſſe in Köln iſt am Sonntag mit Ausnahme der Nahrungsmittel- und Genußmittelmeſſe, die noch bis Dienstag abend verlängert iſt, geſchloſſen worden. Die Ausſtellung für Kunſtgewerbe bleibt noch geöffnet.

*

Der Geſchäftsführer der Cantotolapan-Zuckerfabrik in Mexiko, Wilhelm Duvol wurde innerhalb des Fabrikgeländes aus unbekannten Gründen ermordet. Duvol war deutſcher Staatsangehöriger. Er hatte erſt vor kurzem die Leitung der Fabrik übernommen.

*

Der „Montag“ meldet aus Newyork: Die Unterſuchung über die Urſachen der „Shenandoah“-Kataſtrophe haben ſich inſofern als ſehr kompliziert erwieſen, als man jetzt feſtgeſtellt hat, daß ſich in dem Augenblick, in dem ſich das Unglück ereignete, die Verſchlußklappen von den Sicherheitsventilen nicht entfernt worden waren. In hieſigen Sachverſtändigenkreiſen nimmt man an, daß durch dieſes Verſäumnis die Kataſtrophe erſt den großen Umfang angenommen hat.

*

Die Wiener Polizei hat bisher keinerlei Anhaltspunkte dafür gefunden, daß die aus Budapeſt kommende Nachricht von dem vorübergehenden Aufenthalt Bela Kuns in Wien den Tatſachen entſpricht. Ebenſo iſt noch nicht feſtgeſtellt, ob die Meldung, Bela Kun habe geſtern ſein Wiener Verſteck verlaſſen, und ſei mittels Flugzeug geflüchtet, richtig iſt.

*

Wie „Daily Expreß“ aus Rom berichtet, wird am Montag in Neapel ein ruſſiſches Flottengeſchwader erwartet. Es handelt ſich um die Beantwortung des Beſuches der italieniſchen Kriegsſchiffe in den baltiſchen Häfen.

*

In Warſchauer politiſchen Kreiſen beſteht das bisher unbeſtätigte Gerücht, daß Trotzki zum Botſchafter der Sowjet-Union in Paris auserſehen ſei.

*

Da die Verhandlungen zwiſchen der Eiſenbahnverwaltung und den Arbeitern der Danziger Eiſenbahnwerkſtätten ergebnislos verlaufen ſind, iſt in den Danziger Eiſenbahn-Werkſtätten die Arbeit niedergelegt worden.

Wie „Newyork Herald“ berichtet, erklärte Staatsſekretär Winſton Zeitungsvertretern, daß das franzöſiſche Angebot von der amerikaniſchen Regierung eingehend geprüft worden ſei, lehnte es aber ab, das Gerücht zu beſtätigen, nach dem die franzöſiſchen Vorſchläge glatt verworfen wurden. Von einem anderen Mitglied der Schuldenfundierungskommiſſion wurde jedoch geſagt, daß das franzöſiſche Anerbieten auch nicht einen Augenblick von der amerikaniſchen Regierung ernſthaft in Erwägung gezogen worden ſei. **Die Tür zu weiteren Verhandlungen bleibe offen, da es den Franzoſen freiſtehe, neue Vorſchläge zu unterbreiten.** Das amerikaniſchen Memorandum laſſe über den Geiſt, in dem ein neues franzöſiſches Angebot zu erfolgen habe, keinen Zweifel.

Außenpolitik und Volkspartei.

Reichstagsabgeordneter Dr. Curtius über die deutſchen Außenpolitik.

Baden-Baden, 28. Sept. (WTB.) In einer öffentlichen Kundgebung zur Einleitung des Landesparteitages der Deutſchen Volkspartei im dichtgefüllten Kurhausſaale ſprach anſtelle des in letzter Stunde verhinderten Reichsaußenminiſters Dr. Streſemann der badiſche Reichstagsabgeordnete Dr. **Curtius** über die **Probleme der deutſchen Außenpolitik.** Er betonte die Notwendigkeit der Teilnahme Deutſchlands an der Sicherungskonferenz, der Pakt ſolle nicht Selbſtzweck ſein, ſondern dazu dienen, die europäiſche Wirtſchaft zu beruhigen und in Ordnung zu bringen. Auf der Londoner Juriſtenkonferenz habe man den weſentlichen Fortſchritt erzielt, daß alle Streitigkeiten zwiſchen Deutſchland und Frankreich aus dem Verſailler Vertrag unter das **Schiedsverfahren** fallen ſollen. Unter Ablehnung einer machtpolitiſchen Eingliederung Elſaß-Lothringens könne man aber nicht verzichten auf den kulturellen Zuſammenhang des Deutſchtums in der ganzen Welt mit dem Mutterlande. Die Räumung der Kölner Zone ſei eine Selbſtverſtändlichkeit. Der Redner glaubt, daß

feſter Räumungstermin bevorſteht.

Für die zweite und dritte Zone forderte er im Einklange mit den Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutſchnationalen Änderung des Beſetzungsregimes, deſſen Notwendigkeit übrigens mit dem Abſchluß eines Sicherheitspaktes überhaupt entfalle. Eine franzöſiſche Garantie für öſtliche Schiedsverträge ſei abzulehenen. Bezüglich des Eintritts Deutſchlands in den Völkerbund werde die deutſche Regierung an dem Memorandum vom September vorigen Jahres feſthalten. Es ſei ſelbſtverſtändlich, daß wir einen Ratsſitz bekommen. In dem Augenblicke, da wir in Verhandlungen eintreten, ſei es auch möglich, offen und klar noch einmal zu wiederholen, daß wir **niemals die Kriegsſchuldlüge anerkennen.** Ferner müſſe der beſonderen Lage Deutſchlands Rechnung getragen werden, ſolange nicht die allgemeine Abrüſtung erfolgt ſei. Darüber herrſche im Reichskabinett volle Einmütigkeit. Redner ſchloß mit der Mahnung an das deutſche Volk, den Männern, welche die Herkulesarbeit verrichten ſollen, die Grundlage für den Frieden zu ſchaffen, mit Vertrauen oder zumindeſtens mit taktvoller Zurückhaltung zu begegnen und in dieſen ſchickſalsſchweren Stunden Ernſt und Würde zu wahren. Die Rede wurde mit ſtürmiſchem Beifall aufgenommen.

Die Kämpfe in Marokko.

Bisher 20 000 Spanier gelandet.

Berlin, 28. Sept. (TU.) Nach einer Meldung des „Montag“ aus London beträgt die Geſamtzahl der in Sebadilla an der Marokkoküſte gelandeten Soldaten jetzt 20 000. Die Verluſte der ſpaniſchen Truppen ſtellen ſich jetzt als ſchwerer heraus, als urſprünglich angenommen wurde. Die Krankheitsfälle nehmen von Tag zu Tag zu, woran insbeſondere der Mangel an Trinkwaſſer ſchuld iſt.

Von der franzöſiſchen Marokkofront.

Paris, 28. Sept. Havas berichtet aus Fez, daß geſtern im weſtlichen Frontabſchnitt die franzöſiſchen Truppen die von den Rifleuten beſetzten Ortſchaften Hammer und Harrara ſowie die einige Kilometer ſüdlich von dem franzöſiſchen Poſten Buganus gelegenen gegneriſchen Stellungen nach heftigem Widerſtande der feindlichen Beſatzung, die ſich verſchanzt hatte, eroberte. Der Gegner erlitt große Verluſte. Die franzöſiſchen Verluſte ſollen leicht ſein. Der Poſten von Buganus wurde verproviantiert. Die Nacht verlief in dieſem Kampfgebiet ſehr ruhig. Im mittleren Frontabſchnitt haben eingeborene Reiterabteilungen gegen einige gegneriſche Nachtpoſten erfolgreiche Handſtreiche durchgeführt. Im übrigen herrſche an der ganzen Front Ruhe.

Außenpolitiſche Ueberſicht.

Konferenz ruſſiſcher Botſchafter in Berlin.

Moskau, 28. Sept. (TU.) Wie hier verlautet, wird am Mittwoch abend eine Konferenz der ruſſiſchen Botſchafter im Auslande ſtattfinden. Auf dieſer Konferenz wird Tſchitſcherin den Vorſitz führen. Dieſe Konferenz wird die Reorganiſation des ruſſiſchen Außendienſtes erwägen. Der Botſchafter in Berlin, Kreſtinski, wird ſeinen Urlaub abbrechen und am Dienstag in Berlin eintreffen, der Londoner Botſchafter Rakowski wird Mittwoch in Berlin ſein. Der Pariſer Botſchafter Kraſſin, der augenblicklich in Moskau weilt, wird ebenfalls am Mittwoch mit dem Flugzeug in Berlin eintreffen.

Aufſtand am Baikalſee.

Moskau, 28. Sept. (TU.) In der Provinz Selenga (Sibirien), an den Ufern des Baikal iſt ein Aufſtand der Mongolen und Buriaten ausgebrochen. Dieſe zwei Stämme ſind niemals, auch nicht während der Zarenzeit zum Militärdienſt herangezogen worden. Die Sowjetregierung hat jetzt für ſie die Militärpflicht eingeführt. — Dieſe Stämme, die ſich aus religiöſen Gründen weigern, den Dienſt mitzumachen, haben einen Proteſt herausgegeben und als die Militärpflichtigen jetzt zwangsweiſe geholt wurden, haben ſie ſich gegen die Sowjetbehörden empört. Es ſind Truppen herbeigerufen worden. Die Lage iſt ſehr ernſt.

Gegen einen deutſch-ſpaniſchen Zollkrieg.

Madrid, 28. Sept. (TU.) Die Landwirtſchaftskammer ſowie die Weinbaudiſtrikte Valencia, Almeria und die Kanariſchen Inſeln haben **die dringende Bitte an die Regierung gerichtet, einen Zollkrieg mit Deutſchland zu vermeiden und die beſtehenden Verträge als modus vivendi über den 16. Oktober hinaus zu verlängern.**

Polen und Tſchechei.

Warſchau, 28. Sept. (TU.) In politiſchen Kreiſen beſchäftigt man ſich noch immer eingehend mit dem tſchechoſlowakiſchen Schritt in Berlin. In Sejmkreiſen macht ſich eine ſcharfe Stimmung gegen Beneſch bemerkbar, der verſuche, die Vermittlerrolle zwiſchen Rußland und Frankreich an ſich zu reißen, die normalerweiſe Polen zufallen müſſe. Man glaubt, daß der tſchechoſlowakiſche Außenminiſter ſchon in Genf die Fühlung zwiſchen Rußland und Frankreich hergeſtellt habe und bemüht ſei, Polen bei dem franzöſiſch-ruſſiſchen Geſchäft auszuſchalten.

Internationale Luftfahrtkonferenz in Stockholm.

Stockholm, 28. Sept. (TU.) Die internationale Luftfahrtkonferenz iſt nach den eingetroffenen Teilnehmern zu ſchließen, die größte Veranſtaltung, die zur Erledigung internationaler Luftverkehrsfragen bisher in Europa veranſtaltet wurde. Faſt alle europäiſchen Staaten nehmen an ihr teil. Bereits geſtern traf die Mehrzahl der Delegierten hier ein, nachdem geſtern die ſchwediſche Luftverkehrsgeſellſchaft einen Preſſeempfang veranſtaltet hat, an dieſem Empfang beteiligte ſich auch ein Vertreter der ruſſiſchen Preſſe, obwohl zu bemerken iſt, daß bedauerlicherweiſe Rußland auf dieſer Konferenz nicht mehr vertreten ſein wird. Die Konferenz beginnt am Montag vormittag 11 Uhr im ſchwediſchen Herrenhauſe unter Vorſitz von Exzellenz von Juhlin.

Die Ausſichten einer polniſchen Hilfswährung.

Warſchau, 28. Sept. (TU.) In einer Sitzung des Zentralrates der polniſchen Induſtrie, des Handels, der Finanzen und der Landwirtſchaft wurde eingehend der Plan zur Herausgabe eines Hilfsgeldes beraten, das den Namen „hypothekariſcher Zloty“ führen ſoll. Die aufgenommenen hypothekariſchen Kredite ſollen mit 6 Prozent verzinſt und nach 25 Jahren zurückgezahlt werden. Im allgemeinen iſt dieſer Plan von den Wirtſchaftskreiſen ſehr ungünſtig aufgenommen worden, ſo daß mit der Ablehnung dieſes Planes zu rechnen iſt. Gegenwärtig beſchäftigt ſich noch eine Kommiſſion aus Vertretern aller Wirtſchaftskreiſe mit der Angelegenheit, jedoch haben ſich auch hier ſchon unüberwindliche Schwierigkeiten gezeigt.

Amerika und Frankreich.

Die Zurückweiſung des erſten Angebots Caillaux’ in der Schuldenfrage hat zwar in der Pariſer Preſſe unliebſames Aufſehen erregt, konnte aber auch der franzöſiſchen Regierung nicht unerwartet kommen. Denn noch vor der Ankunft Caillaux’ hatte die amerikaniſche Regierung ihr eigenes Zahlungsprogramm veröffentlicht, das dem Schema des engliſch-amerikaniſchen Schuldenabkommens von 1923 entſpricht, und der Senator Borah hatte einem Vertreter des Londoner „Daily Expreß“ ein Interview gewährt, deſſen Wortlaut bisher nicht bekannt war. Es hieß da: „Wäre es nicht Frankreich geweſen, ſo wäre ich bereit, die Streichung ſämtlicher Schulden zu empfehlen; aber ich ſehe nicht ein, warum man Entgegenkommen für ein Land haben ſollte, das nicht nur eine Rieſenarmee unterhält, ſondern auch andere Länder bewaffnet und aus Europa eine große Kaſerne gemacht hat. Frankreich hat uns durch den Einbruch in das Ruhrgebiet um etwa 50 Jahre zurückgeworfen. Hätte Frankreich erklärt, daß das Geld, das es uns ſchuldet, für Friedenszwecke verwandt werden ſoll, ſo wäre eine gute Aufnahme in Amerika ſicher geweſen. Da aber eine ſolche Erklärung nicht erfolgt iſt, ſo bin ich der Anſicht, daß Frankreich zahlen müſſe und keine günſtigeren Bedingungen als England erhalten kann.“

Ein neuer Vorſchlag über Moſſul.

Die türkiſche Regierung hat angeregt, unter dem Vorſitz Frankreichs eine beſondere engliſch-türkiſche Moſſul-Konferenz einzuberufen. In der liberalen engliſchen Preſſe weiſt man jetzt darauf hin, daß die Türkei früher ſchon ganz annehmbare Vorſchläge gemacht habe, u. a. den Verzicht auf den Bezirk von Diala. Der engliſche Vertreter in Genf, Kolonialminiſter Amery, habe aber jede Vereinbarung verhindert.

Deutſch-ſchweizeriſche Zollverhandlungen.

Frankfurt, 28. Sept. (TU.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Zürich: Da mit dem Inkrafttreten des neuen deutſchen Zolltarifes am 1. Oktober eine Reihe weſentlicher Ausfuhrwaren der Schweiz in hoher Weiſe belaſtet ſind, wurden auf Veranlaſſung der Schweiz für Ende September Zolltarifverhandlungen zwiſchen der Schweiz und Deutſchland vereinbart. Um ſchnellſtens zu einem Ziel zu gelangen, ſollen ſich dieſe Verhandlungen nur auf 10—12 der wichtigſten Zollpoſitionen des deutſchen Zolltarifes erſtrecken. Eingehendere Verhandlungen ſollen im November und Dezember ſtattfinden. Die Verhandlungen über den neuen Abſchluß eines Handelsvertrages zwiſchen der Schweiz und Deutſchland dürften ſich vorausſichtlich über eine längere Zeit hinziehen, ſelbſt wenn man mit ihrem Beginn, was aber noch nicht feſtſteht, in Kürze rechnen könnte.

Deutſchland.

Vom Auswärtigen Ausſchuß des Reichstages.

Berlin, 28. Sept. (TU.) Der Auswärtige Ausſchuß des Reichstages trat am Sonnabend unter Vorſitz des Abg. Hergt (Dn.) zuſammen, um über die mit dem Sicherheitspakt zuſammenhängende politiſche Lage zu beraten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorſitzende in einem warm empfundenen Nachruf des Ablebens des Zentrumsabgeordneten Spahn und brachte zugleich die Trauer des Ausſchuſſes zum Ausdruck. Hierauf wurden die ſachlichen Verhandlungen durch Ausführungen des Reichsaußenminiſters Dr. Streſemann eröffnet. In der Reihe der Redner äußerten ſich zum Sicherheitspakt zunächſt die Abgeordneten Graf Weſtarp (Dn.), Müller-Franken (Soz.) und Dr. Kaas (Ztr.). An der Sitzung nahm auch der Reichskanzler Dr. Luther teil.

Hindenburg an Dr. Jarres.

Berlin, 28. Sept. (TU.) Der Reichspräſident von Hindenburg hat an Oberbürgermeiſter Dr. Jarres folgendes Dankſchreiben gerichtet: „Hochverehrter Herr Oberbürgermeiſter! Nach meiner Rückkehr nach Berlin iſt es mir eine angenehme Pflicht, Ihnen, Herr Oberbürgermeiſter, und der Stadt Duisburg für die freundliche Aufnahme, die ich bei Ihnen gefunden habe, aufrichtig zu danken. Ich werde der eindrucksvollen Fahrt zur Rheinbrücke und der erhebenden Feier in und vor dem Theater Ihrer Stadt gern gedenken, ebenſo wie ich auch den Beſuch in Ihrem gaſtlichen Hauſe in dankbarer Erinnerung behalten werde. Im übrigen war es mir eine Freude, Sie perſönlich wiederzuſehen und ich bitte, meiner herzlichen Geſinnung verſichert zu ſein.“

Eſſener Sänger in Berlin.

Berlin, 28. Sept. (TU.) Der Eſſener Männerchor 1860 wurde Sonntag nachmittag vom Reichskanzler Dr. Luther in der Reichskanzlei empfangen. Der Verein ſang unter Leitung ſeines Kapellmeiſters Meißner einige vaterländiſche Lieder. Dr. Luther begrüßte den Verein und gab dem Wunſche Ausdruck, daß das deutſche Lied nunmehr wieder im Ruhrgebiet in aller Freiheit geſungen würde. Der Vorſtand des Vereins, Kommerzienrat Beermann, dankte dem Reichskanzler für den freundlichen Empfang und bat den Reichskanzler, die Ehrenmitgliedſchaft des Vereins anzunehmen. Dr. Luther dankte ſichtlich gerührt und erklärte, daß er ſtolz ſei, Mitglied eines Vereins zu ſein, der auch in den ſchlechteſten Tagen ſein Deutſchtum nicht verleugnet habe.

Falſche Kampfesweiſe.

Reg.-Präſident **Grützner** ſchreibt uns:

„Der „Stahlhelm“ vom 6. September 1925 ſtellt in dem Artikel „34 Monate in franzöſiſchen Kerkern“ die Behauptung auf, ich hätte bei dem im März 1922 vor dem franzöſiſchen Kriegsgericht in Düſſeldorf ſtattgefundenen Prozeſſe gegen eine große Anzahl von Mitgliedern der ſogen. vaterländiſchen Verbände (Organiſation „Conſul“) mich geweigert, ihnen trotz ausdrücklichen Wunſches des Kriegsgerichts als Entlaſtungszeuge zu dienen. Der Artikel führt ferner als meine Begründung für die Ablehnung an, ich hätte behauptet, für Nationaliſten nicht vor einem franzöſiſchen Kriegsgericht zu erſcheinen. Ich habe wegen dieſer ſchweren Beleidigung den Herrn Oberſtaatsanwalt in Halle um ſein Eingreifen erſucht und kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Rechtspflegeorgane ſo raſch arbeiten, daß in kürzeſter Zeit an Gerichtsſtelle der Beweis erbracht werden kann, auf welch politiſch tiefes Niveau der „Stahlhelm“ allmählich gekommen iſt.“

Merſeburg und Umgegend.

28. September.

Der erſte Herbſt-Sonntag.

Föhnſtimmung drückte dem erſten Sonntag im Herbſt ſein Siegel auf. Böige Windſtöße durchbrauſten die Straßen und brachten Kälte und Regen. Es war recht ungemütlich draußen und man lernte den Reiz eines gemütlichen Heimes doppelt ſchätzen.

Im Ofen brennt helles Feuer, das Holz kniſtert und ein warmer Geruch lagert ſich im Zimmer und kämpft mit dem Duft der Äpfel, der ſich in den letzten Tagen die Alleinherrſchaft erobert hatte. Im Mund eine gute Zigarre, deren Rauch in Spiralen zur Decke zieht, in der Hand ein gutes Buch — es geht doch nichts über ſolch friedlichen Herbſtnachmittag.

In den Straßen iſt's drum nicht leer. Da muß der Herbſt noch ſchärfer zupacken, wenn die Jugend auf ihren Bummel verzichten ſoll. Er wird es früher, als es uns lieb iſt. Wohl ſteigt das Barometer, aber es ſind kalte Luftmaſſen, die das Steigen verurſachen. Kühl und kühler wird es werden, wir werden uns dicker und dicker einhüllen und bald ſind wir im Winter, ehe wir es recht merken.

Der Wind hat die herbſtlich geſchmückten Bäume geſchüttelt und viele ihres bunten Tandes beraubt. Die Wege ſind bedeckt mit Laubmaſſen und kahl recken ſich Äſte und Zweige in die Luft. Aber mit dem Winter kommen feſtliche Tage und die Vorfreude beginnt, wenn die Abende länger werden, wenn die Heimlichkeit ſo manche kleine Mauer zwiſchen Kindern und Eltern baut, über die man nicht ſieht, weil dahinter möglicherweiſe ein neues Schlummerkiſſen für den ruhebedürftigen Vater oder ein geſchnitzter Meſſerkorb für die Mutter entſteht . . .

*

*** **Paſtor Block in Naumburg geſtorben.** Vor kurzer Zeit ſtarb in Naumburg in hohem Alter Paſtor Hermann Block, Pfarrer an der St. Othmarskirche. Dieſe Nachricht wird vielen älteren Merſeburgern nicht gleichgültig ſein, da Pfarrer Block von 1886—1891 Diakonus an unſerer St. Maximikirche war. Er kam von Zöſchen, wo er als Paſtor gewirkt hatte, hierher als Nachfolger des damaligen Diakonus an der Stadtkirche A. Werther. Als letzterem nach P. Heinekens Eintritt in den Ruheſtand die 1. Pfarrſtelle übertragen wurde, rückte P. Block in das Amt des Diakonus ein. 1891 ſiedelte er nach Naumburg über, während in Merſeburg P. Schollmeier ſein Nachfolger wurde. Sowohl in Merſeburg als auch in Naumburg erfreute ſich Paſtor Block großer Beliebtheit, namentlich war er als tüchtiger Kanzelredner bekannt. Wer von den Merſeburgern ihn gekannt hat, wird ihm auch über das Grab hinaus ein treues Gedenken bewahren.

** **Der Winterfahrplan tritt am 4. Oktober in Kraft.** Schon jetzt iſt die Winterausgabe der Storm-Kursbücher erſchienen. Neben dem Storm-Kursbuch **Reich** (4.—) hat ſich in unſerem Verkehrsgebiet der Storm **Mitteldeutſchland** (1.50) ſehr gut eingeführt. Da der Winterfahrplan auf vielen Strecken zum Teil erhebliche Änderungen bringt, empfiehlt ſich ſofortige Anſchaffung des neuen Kursbuches.

** **Erleichterung des Anmeldeverfahrens bei den Aufwertungsſtellen.** Das Aufwertungsgeſetz macht bei Hypotheken, Grundſchulden uſw. die Aufwertung auf Grund Vorbehalts der Rechte oder kraft Rückwirkung davon abhängig, daß der Gläubiger ſeinen Anſpruch bis zum 1. Januar 1926 bei der Afwertungsſtelle anmeldet. Zur Erleichterung des Anmeldeverfahrens iſt, wie der Amtliche Preußiſche Preſſedienſt mitteilt, ein amtliches Formular hergeſtellt, das dem Anmeldenden bei den Amtsgerichten unentgeltlich verabfolgt wird. Die Ausgabe iſt nicht auf die Amtsgerichte beſchränkt, vielmehr iſt der Nachdruck jedermann geſtattet.

** **Schwimmeiſterprüfung.** Vom Provinzialſchulkollegium wird beabſichtigt, bei genügender Teilnehmerzahl im November d. Js. wieder eine Prüfung für Schwimmeiſter und Schwimmeiſterinnen in Magdeburg abzuhalten. Die näheren Beſtimmungen enthalten die Prüfungsordnung vom 23. April 1922, die ſ. Zt. in den Amtsblättern abgedruckt worden iſt und auch in den Weidmannſchen Taſchenausgaben von Verfügungen als Heft 4—5 erſchienen ſind. (Preis je 0,40 RM.) Meldungen mit den vorgeſchriebenen Papieren ſind bis zum 1. November 1925 an das Provinzialſchulkollegium in Magdeburg zu richten.

** **Für die Prüfung von Fleiſchbeſchauern** hat der Regierungspräſident Termin auf Dienstag, den 10. November d. Js., 9½ Uhr vormittags, in Halle a. S., Schlachthof, anberaumt. Zur Prüfung dürfen nach § 3 der Prüfungsvorſchriften nur zugelaſſen werden männliche Bewerber, die das 23. Lebensjahr vollendet und das 50. Lebensjahr noch nicht überſchritten haben, körperlich tauglich, insbeſondere im Vollbeſitze ihrer Sinne ſind, mindeſtens 4 Wochen lang einen theoretiſchen und praktiſchen Unterricht in der Schlachtvieh- und Fleiſchbeſchau in einem der Schlachthöfe zu Halle, Eisleben, Weißenfels, Naumburg, Zeitz oder Torgau genoſſen haben. Ausnahmsweiſe dürfen auch ältere oder jüngere Bewerber zugelaſſen werden. Die Geſuche um Zulaſſung zur Prüfung ſind in den kreisfreien Städten durch die Polizeiverwaltungen, im übrigen durch die Landräte an den Vorſitzenden der Prüfungskommiſſion zu richten.

** **Umgeſtaltung der Reifeprüfung.** Zurzeit ſind im preußiſchen Unterrichtsminiſterium Verhandlungen über die Umgeſtaltung der Reifeprüfung in Preußen im Gange. Vor allen Dingen ſoll an die Stelle einer Klauſurarbeit eine größere ſelbſtändige wiſſenſchaftliche Arbeit treten. Außerdem wird vorausſichtlich die Wahl einer von drei Aufgaben dem Prüfling ſelbſt anheimgeſtellt, wenigſtens für den deutſchen Aufſatz. Die Zahl der ſchriftlichen Arbeiten ſoll für alle Schulen einheitlich auf vier feſtgeſetzt werden. Bei der mündlichen Prüfung ſoll das Frage- und Antwortſpiel faſt ganz verſchwinden, um den Abiturienten Gelegenheit zu geben, ſich im Zuſammenhang über irgendein Thema zu äußern. Man erwägt auch, den guten Schülern häufiger als bisher üblich, Gelegenheit zu geben, ihr Können im „Mündlichen“ zu zeigen. Ob das Privileg der Befreiung vom Mündlichen beſtehen bleiben wird, iſt zweifelhaft.

** **Wie oft darf man eine Eiſenbahnfahrt unterbrechen?** Auf Fahrkarten für eine einfache Fahrt darf die Fahrt nur einmal, auf Doppelkarten und Rückfahrkarten je einmal auf der Hinfahrt und der Rückfahrt unterbrochen werden. Die Geltungsdauer wird durch eine Fahrtunterbrechung nicht verlängert. Schnellzugszuſchlagkarten dürfen im Falle der Fahrtunterbrechung zur Weiterreiſe benutzt werden. Reiſenden mit Schülerkarten, Arbeiterrückfahrkarten, Sonderzugsfahrkarten und umgeſchriebenen Fahrkarten ſteht eine Fahrtunterbrechung nicht zu. Inhaber von zuſammengeſtellten Fahrſcheinheften dürfen die Reiſe innerhalb der Geltungsdauer des Heftes beliebig oft unterbrechen. Die unterbrochene Reiſe kann von einer anderen, der Beſtimmungsſtation näher gelegenen Station desſelben Bahnweges fortgeſetzt werden. Als Fahrtunterbrechung wird nicht angeſehen das lediglich durch den Fahrplan bedingte Warten des nächſten Anſchlußzuges, ſelbſt im Falle der Übernachtung. Gültigkeitsvermerk wird bei Fahrtunterbrechung auf der Fahrkarte nicht angebracht. Die Lochung beim Austritt iſt nicht als eine ſolche Beſcheinigung anzuſehen.

** **Hauskollekte.** Zufolge eines Erlaſſes des evangeliſchen Oberkirchenrates vom 25. Juli d. Js. iſt eine Hauskollekte zur Befriedigung dringender kirchlicher Baubedürfniſſe, vornehmlich in den Abtretungs-, Beſetzungs-, Diaſpora- und Induſtriegebieten angeordnet. Dieſelbe wird nach Anordnung des Oberpräſidenten in den Gemeinden des Aufſichtsbezirkes des Evangeliſchen Konſiſtoriums der Provinz Sachſen in den Monaten Januar und Februar eingeſammelt werden.

** **Neue Entfernungskarten des Regierungsbezirks Merſeburg.** Von dem im Kataſterbüro der Regierung bearbeiteten und im Verlag der Firma Flemming & Wiskott in Berlin erſchienenen Entfernungskarten des Regierungsbezirks ſollen die vergriffenen Karten von den Kreiſen Delitzſch, Eckartsberga, Liebenwerda, Mansfeld-Geb., Merſeburg, Naumburg, Sangerhauſen, Schweinitz, Weißenfels und Wittenberg demnächſt nach und nach in neuer Auflage erſcheinen. Zu den übrigen Entfernungskarten des Regierungsbezirks ſoll ein Ergänzungsblatt mit den ſeit 1914 eingetretenen weſentlichen Veränderungen hergeſtellt werden. Die neuen Karten werden nur im Schwarzdruck angefertigt. **Der Preis** wird für eine Karte etwa 1,50 ℳ und für ein Ergänzungsblatt etwa 0,50 ℳ betragen. Die Karten und das Ergänzungsblatt ſind durch die Kataſterverwaltung der Regierung zu beziehen und werden für die Staatsbehörden koſtenfrei geliefert. Beſtellungen ſind bis zum 1. Oktober d. J. einzuſenden.

*** **Ein preisgekrönter Entwurf.** Bei dem von der Stadt Bacha veranſtalteten Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Reform-Realgymnaſium mit Turn- und Feſtſaal unter den Architekten Thüringens und der angrenzenden Provinzen, wurde die Arbeit des Halliſchen Architekten R. Oſtermaier unter 90 Entwürfen preisgekrönt.

*** **Ein Glückspilz.** Den Haupttreffer einer Wohlfahrtslotterie machte vor einigen Tagen der Pianiſt St. hierſelbſt. Der Gewinn in Geſtalt eines wertvollen Flügels wurde ihm zugeſandt. Die Freude des glücklichen Gewinners über das wertvolle und für ihn beſonders nützliches Inſtrument war groß.

*** **Das Rennen um den Germania-Preis „Rund um Leipzig“** führte am Sonntag vormittag die Teilnehmer durch unſere Stadt. Zur angegebenen Zeit erſchienen nur die Altersfahrer, deren Start in Halle erfolgte. Trotz des ſchlechten Wetters harrten die Anhänger des Radſportes aus. Ihr Warten wurde durch die Umzüge der „Roten Frontkämpfer“, unter denen beſonders die weiblichen Frontkämpfer mit ihren Kopftüchern auffielen, abwechſlungsreicher geſtaltet. Endlich erſchienen die Berufsfahrer, deren Spitzengruppe Rennfahrer mit bekannten Namen: Nörenberg, Huſchke, Kohl uſw. bildeten, und die Herrenfahrer. Automobile der Rennleitung, der Preſſe und intereſſierten Kreiſe begleiteten die Fahrer.

*** **Der bisherige Briefeinwurf am Poſtamt** mußte aus räumlichen Gründen entfernt werden; dafür iſt ein blauer Straßenbriefkaſten am Poſtgebäude angebracht worden, der in der bisherigen Weiſe des Briefeinwurfs zu benutzen iſt und ebenſo oft geleert wird. Um durch gleichzeitiges Einwerfen zahlreicher Sendungen (Maſſenauflieferungen) durch einen Abſender und umfangreicherer Briefe ein Verſtopfen des Kaſtens zu vermeiden, empfiehlt es ſich, in derartigen Fällen die Sendungen im Poſtamt abzugeben. Das gilt auch für die Benutzung der übrigen Straßenbriefkaſten. Der Haupteingang des Poſtamts iſt von 6 Uhr vorm. bis 9 Uhr nachmittags geöffnet. Gleichzeitig wird auf den Briefkaſten im Schaltervorraum zur Benutzung hingewieſen.

*** **Dechant-Operette.** Welcher Beliebtheit ſich die Aufführungen der bekannten Dechant-Operetten erfreuen, bewies geſtern abend der überaus ſtarke Beſuch. Die Operette „Eine Faſchingsnacht“, welche ſchon im vorigen Winter verſchiedene Aufführungen erlebte, fand auch geſtern wieder großen Beifall. Sämtliche Darſteller waren gleichſam mit ihren Rollen verwachſen, die Geſamtleiſtung war eine gute. Ganz beſonders ſind es immer wieder die Geſangseinlagen, die, mit der vortrefflichen Begleitung der Hauskapelle, ſehr gut gefallen. Der geſpendete Applaus war wohl verdient. Die Aufführung verſchiedener neuer Operetten iſt geplant.

*** **Das Schauſpiel des Halliſchen Stadttheaters** bringt im Oktober folgende Werke: Am 1. Oktober: Uraufführung der Tragödie „Trieſchübel“ von Franz Nabl. (Regie: Intendant Dietrich.) Am 9. Oktober: Uraufführung des Schauſpiels „Konſul Blaubart“ von Hans Sturm. (Regie: Intendant Dietrich.) Am 11. Oktober: zur Feier von Max Halbes 60. Geburtstag das Liebesdrama „Jugend“. (Regie: Oberſpielleiter Alfred Durra.) Am 18. Oktober: Uraufführung der Komödie „Nickel und die 36 Gerechten“ von Hans J. Rehfiſch. (Regie: Elſa Rochel-Müller.) Am 31. Oktober in neuer Inſzenierung Shakeſpeares „Hamlet“. (Titelrolle: Alfred Durra. Regie: Intendant Dietrich.)

*** **Verwaltungsſonderzug nach Berlin.** Die Reichsbahndirektion Halle (Saale) läßt am Sonntag den 11. Oktober d. J. einen Sonderzug nach Berlin verkehren und gewährt hierbei wieder die bereits bekannten Vorteile, wie Fahrpreisermäßigung, beſchleunigte Fahrt uſw. — Durch die Verbindung mit dem „Fremdenverkehrsbüro der Stadt Berlin“ werden diesmal erfolgverſprechende Führungen mit Erklärungen durch Studierende Berliner Hochſchulen gelegentlich gemeinſamer Rundfahrten möglich ſein. Weitere Einzelheiten bringen die demnächſt erſcheinenden Inſerate und Anſchläge.

Gebt Bettlern
weder Geld noch Lebensmittel
ſondern Fürſorgeſcheine.

Der Ortsverband der Kleingarten-Vereine Merſeburg

hielt am Sonntag nachmittag im kleinen Saale des Caſino eine Verſammlung ab, die einen regen Beſuch aufwies. Der geplante Vortrag des Lehrers Otto-Halle mußte leider ausfallen, da der Referent in letzter Stunde wegen Krankheit abgeſagt hatte. An Stelle deſſen verbreitete ſich der Vorſitzende des hieſigen Ortsverbandes, Kataſter-Aſſiſtent Schulze, in längeren Ausführungen über den Wert der Kleingarten-Bewegung. Die Ziele ſind nicht nur Gartenbau, ſondern Jugendpflege und Menſchenkultur. Den in kleinen und ſchlechten Wohnungen, beſonders in der Großſtadt, untergebrachten Menſchen ſoll der Kleingarten einen Erſatz ihrer mangelhaften Wohnung bringen. Im beſonderen ſoll unſere Jugend durch den Kleingarten wieder zur Natur gebracht werden. Auch unſere Ärzte haben den Wert dieſer Bewegung erkannt. Leider aber gibt es noch viele Stadtverwaltungen, welche für dieſe Ziele wenig oder nichts übrig haben, ſo z. B. die Thüringiſche Staatenregierung. Hier finden die Schrebergärten nicht den nötigen Schutz und die nötige Unterſtützung. In Preußen jedoch und auch hier in Merſeburg hat man mehr Verſtändnis für unſere Bewegung. Hier haben wir ſchon zwei Dauerkolonien, den Wilmowski-Garten und die Kolonie Gute Hoffnung. Jetzt ſoll noch eine neue Dauerkolonie an der Geuſaer Straße eingerichtet werden. Sollte auch dieſe Anlage noch nicht ausreichen, ſo hat unſere Stadtverwaltung noch einen Grünſtreifen weſtlich der Stadt vorgeſehen. Derſelbe zieht ſich entlang ungefähr vom Blockhaus Schkopau (an der Eiſenquelle), durchſchneidet das Gelände des Gartenbauvereins Erholung (an der Halliſchen Straße—Lauchſtädter Bahnſtrecke), geht weiter durch den weſtlichen Teil von Trebſts Gärtnerei, berührt die neue Siedlung an der Clobicauer Straße, quer durch den Hinterteich und mündet unmittelbar an der Weißenfelſer Straße (Nähe Straßenbahndepot). Da jedoch die Einrichtung einer ſolchen Dauerkolonie viel Geld erfordert, empfahl der Redner die Einrichtung des Sparmarken-Syſtems, welches von allen Kleingarten-Vereinen eingeführt werden ſollte. Hierauf erläuterte Badeanſtaltsbeſitzer Träger eingehend die Vorteile des obigen Sparmarken-Syſtems. — Eine kleine Obſtausſtellung legte Zeugnis ab von den ſchönen Erfolgen, welche die Kleingärtner in ihren Gärten erzielen. Des weiteren wurde noch mitgeteilt, daß im kommenden Winterhalbjahr verſchiedene lehrreiche Vorträge ſtattfinden ſollen. — Gartenliebhaber, welche auf einen Dauergarten reflektieren, tun gut, ſich baldigſt deshalb an einen hieſigen Kleingarten-Verein zu wenden, da die Nachfrage groß iſt.

*

Flugverkehr im Winter.

Der regelmäßige Flugverkehr in Deutſchland wird am 1. Oktober eine Einſchränkung erfahren. Immerhin bleibt aber ein Teil der wirtſchaftlich wichtigen und auf Grund der atmoſphäriſchen Verhältniſſe auch im Winter befliegbaren Linien in Betrieb. Es ſteht ſchon feſt, daß der Deutſche Aero-Lloyd den Flugverkehr auf der Strecke London—Amſterdam—Hannover—Berlin einerſeits und — in Verbindung mit der Deru-Luft — auch Berlin—Königsberg—Moskau andererſeits aufrecht erhalten wird. Über die Durchführung weiterer Linien ſind Verhandlungen noch nicht abgeſchloſſen. Daß der Flugverkehr in bezug auf Sicherheit einen Vergleich mit anderen Verkehrsmitteln aushalten kann, beweiſen die Ergebniſſe der deutſchen Luftverkehrsgeſellſchaften, aus denen ein Sicherheitskoeffizient zu erreichen iſt, der dem von Eiſenbahn, Auto und Straßenbahn zumindeſt gleichkommt, und dieſe Erkenntnis ſcheint ſich allmählich Bahn zu brechen. Jedoch wird gegen die wirtſchaftliche Verwendbarkeit des Flugzeuges oft noch eingewendet, daß die im regelmäßigen Luftverkehr angeſetzten Flüge häufig nicht zur Durchführung gelangen, ſei es aus Rückſicht auf ungünſtige Witterung oder weil der Apparat ſelbſt nicht ſtartbereit war. Daß dieſe Behauptung nicht den tatſächlichen Verhältniſſen entſpricht, geht aus der Statiſtik des Aero-Lloyd hervor, deſſen Flugzeuge im Auguſt, einem vom Wetter durchaus nicht begünſtigten Monat, 98,1 Prozent der im Flugplan vorgeſehenen Flüge auch ausführten.

*

Wetterwarte.

V. W. am 29. 9. (Dienstag): Wechſelnde Bewölkung, bisweilen Sonnenſchein, etwas kühl, zeitweiſe Regen. — 30. 9. (Mittwoch): Wolkig mit zeitweiſe Aufheiterung und mäßigen Regenfällen, windig und etwas kühl.

Kommunale Wirtſchaftspolitik.

Von Dr. Karl Ludwig Breuß-Berlin.

Aus der Wirtſchaft werden letzten Endes alle Steuern und Abgaben bezahlt; die Wirtſchaft muß die Beträge erarbeiten, die die öffentlichen Körperſchaften verausgaben. Ziel und Zweck der öffentlich-rechtlichen Finanz- und Wirtſchaftspolitik muß deshalb ſein, die Wirtſchaft ſo leiſtungsfähig wie nur irgend möglich zu erhalten bezw. zu machen. Es iſt ein Irrtum, daß nur das Reich Wirtſchaftspolitik treiben kann, und es iſt desgleichen ein Irrtum, wenn man darauf hinweiſt, daß die untergeordneten öffentlich-rechtlichen Verbände, alſo die Länder, die Gemeindeverbände und die Gemeinden in erſter Linie an die Erfüllung ihrer Aufgaben denken und die Finger von einer poſitiven Wirtſchaftspolitik laſſen ſollen.

Im Gegenteil. **Die Gemeinde hat die engſte Fühlung mit der Wirtſchaft,** wenigſtens ſie kann und ſoll ſie haben. Die höheren öffentlich-rechtlichen Verbände, wie Länder und Reich, erfahren die Sorgen und Wünſche der Wirtſchaft nicht ſo ſehr aus unmittelbarer Anſchauung, als vielmehr durch die Sprachrohre der großen Spitzenorganiſationen. Hier aber iſt ſchon eine gewiſſe Nivellierung eingetreten, ſo daß die Maßnahmen, die vom Reich und den Ländern getroffen werden, dem einen zugute kommen und dem andern umſo mehr wehe tun. Die Gemeinde dagegen iſt in der Lage, auf die Einzelfälle vielmehr einzugehen, ſie hat die Möglichkeit, durch Beobachtungen und Unterſuchungen ihres lokalen Gewerbes Hilfe dort zu bringen, wo ſie nötig iſt, ohne daß anderen dabei Schaden zugefügt wird, wie ſich das ganz natürlich zu leicht aus Anordnungen ergibt, die für eine Vielheit von Unternehmungen und Betrieben erlaſſen werden.

Wenn die Gemeinde aus ihrer beſſeren Kenntnis des lokalen Gewerbes heraus eine umſichtige Steuer- und Wirtſchaftspolitik treibt, ſo tut ſie damit keineswegs etwa der Wirtſchaft einen Gefallen, ſondern ſie läßt ihren Steuerquellen weiter nichts als eine pflegliche Behandlung angedeihen, deren Früchte ſie dann ſelbſt pflückt. Als Inhaberin von Kraftzentralen, Forſten, Waſſerwerken, Gaswerken, Verkehrsmitteln uſw. haben die Gemeinden eine Fülle von Möglichkeiten, ihrer lokalen Wirtſchaft zu helfen. Und dadurch, daß die Gemeinden ihre Sparkaſſengelder ausleihen in einer Zeit, in der die Wirtſchaft in erſter Linie unter der Kapitalknappheit leidet, haben ſie die ſtärkſte Möglichkeit zu einer poſitiven Wirtſchaftspolitik in der Hand. Auf die Ausſchreibung von öffentlichen Arbeiten ſei gleichfalls hingewieſen. Die Steuerpolitik der Gemeinden ſollte gleichfalls nicht auf das unverhältnismäßig ſtarke Herausziehen von Beträgen aus der Wirtſchaft gerichtet ſein. Es zeigt ſich ſehr bald, daß die Steuerſchraube leicht zu überdrehen iſt, die Steuerquellen müſſen dann ganz automatiſch für längere Zeit verſiegen und die Gemeinde hat auf die Dauer den Nachteil einer ſolchen kurzſichtigen Steuerpolitik.

Gerade weil die ſchlechte Lage der Wirtſchaft — und die jetzige Lage wird ſich noch viel mehr verſchlechtern — zu aller erſt ſich auf die Gemeinden auswirkt, liegt eine ordentliche Wirtſchaftspolitik in ihrem eigenen Intereſſe. Die Gemeinden werden ſich auf dieſe noch mehr ſich verſchlechternde Lage der Wirtſchaft einrichten müſſen; je früher ſie das tun und je umfaſſender ſie ihre Vorbereitungen treffen, deſto geringer werden die Rückwirkungen auf ſie ſein. Der Winter wird uns noch manche wirtſchaftspolitiſche Nuß zu knacken geben, und die Gemeinden werden nicht die letzten ſein, die ſich mit den Wirtſchaftsproblemen auseinanderzuſetzen haben werden.

*

Die Bedeutung der Kommunalpolitik.

Es iſt ſehr zu bedauern, daß im allgemeinen die Bewohner der Stadt für die Kommunalpolitik wenig Intereſſe zeigen. Man ſollte eigentlich das Gegenteil annehmen. Der Berliner Oberbürgermeiſter Böß äußerte ſich in dieſen Tagen anläßlich einer Verſammlung, die ſich mit der kommenden Berliner Gemeindewahl beſchäftigte, über aktuelle kommunal-politiſche Fragen und bedauerte ebenfalls, daß die Berliner Bevölkerung nicht die große Bedeutung der Komunalpolitik erkannt hat, über die ſie allerdings oft ſehr mangelhaft unterrichtet worden iſt. Er gab zu, daß die Berliner Verwaltung noch nicht diejenige Sparſamkeit übe, die man mit Rückſicht auf die wirtſchaftliche Lage verantworten müſſe. Der Kampf gegen die Abbaugeſetze ſei an ſich verſtändlich, aber eine ſtädtiſche Verwaltung könne nicht mehr Perſonen bezahlen, als ſie brauche. Es werde langſam weiter abgebaut. Mit allen Mitteln müſſe man wieder zu der Praxis der Vorkriegszeit zurückkehren, d. h. die Ausgaben verringern, die Leiſtungen erhöhen. Die wichtigſte Aufgabe für die Städte ſei in den nächſten Jahren vor allem die Löſung des Verkehrsproblems.

Tageskalender.

Montag, 28. September.

Stadtverordnetenverſammlung. — Kammerlichtſpiele: Verfehltes Leben.

Dienstag, 29. September.

Lichtſpielpalaſt Sonne: Die kleine Mutter. — Union-Theater: Der Kampf um das Waldgebiet.

Aus dem Zweckverband Leuna.

× **Neu-Röſſen,** 28. Sept. Fuldas „Jugendfreunde“ gelangt in der Turnhalle durch das Mitteldeutſche Landestheater am Sonntag, den 11. Oktober, 7½ Uhr abends, zur Aufführung. Es iſt ein köſtliches Luſtſpiel. Aus der komiſchen Situation, die in einem eingefleiſchten Junggeſellenbund durch die Verlobung einiger ſeiner Mitglieder hervorgerufen wird, entwickelt der Dichter eine Fülle von ulkigen Szenen, die das Publikum aus dem Lachen nicht herauskommen laſſen.

§ **Porbitz,** 27. Sept. Gemeindevertreterſitzung. In der Freitagſitzung wurde ein Rundſchreiben des Landrats zu Merſeburg vom 18. September an die Gemeinde zur Verleſung gebracht, das zur Bildung eines Motorſpritzen-Verbandes Lützen auffordert. Die dort bereits angekaufte und vorgeführte Motorſpritze mit Vorſpannauto und benötigten Schlauchmaterial koſtet unter Einrechnung baulicher Veränderungen uſw. 36 000 ℳ. Der Kreistag hat durch Beſchluß vom 24. März 1925 10 000 ℳ zur Verfügung geſtellt, rund 10 000 ℳ ſind durch Zuwendungen geſpendet, und da die jährlichen Unterhaltungskoſten auf etwas über 1000 ℳ berechnet werden, iſt alſo von den ſich anſchließenden Gemeinden ein immerhin hoher Reſtbetrag zu decken. Nach § 2 des Zweckverbandsgeſetzes vom 19 Juli 1911 will nun der Landrat eine zwangsweiſe Einverleibung ſolcher Gemeinden in den Motorſpritzen-Verband vornehmen, die nicht mit der Bildung des Verbandes einverſtanden ſind. Da Porbitz nun ſelbſt dem Motorſpritzen-Verband Dürrenberg und Umgebung angehört; da Porbitz außerdem wegen ſeiner mehr als 7 Kilometer weiten Entfernung von Lützen nicht dort zum Feuerlöſchweſen verpflichtet iſt (Gemeinſame Feuerlöſchordnung fürs platte Land), und da Porbitz vollauf den Forderungen eines geordneten Feuerlöſchweſens genügt, hält die Gemeindevertretung ſomit eine zwangsweiſe Einverleibung in den Lützener Verband für ungeſetzmäßig. Aus allen dieſen Gründen wird ein Beitritt zum Verband Lützen einſtimmig abgelehnt. — Einem geſtellten Antrag auf Verbot des Wäſchetrocknens der Anlieger am Schulplatz wird nicht entſprochen, ſondern Wäſchetrocknen bis auf Widerruf erlaubt. — Das Verbot für frei herumlaufendes Federvieh auf Straßen und Plätzen wird aufrecht erhalten und als Strafe für das Stück eine Summe von 50 Pfg. feſtgeſetzt, die in die Gemeindekaſſe fließen. — Wegen der erhöhten Baukoſten der Schkeuditzer Straße wird ein kurzfriſtiges Darlehn bei der Kreisſparkaſſe aufgenommen, zu dem die Gemeindevertretung einen einſtimmigen Beſchluß herbeiführt. — Es werden die Koſten zum Bau einer Mauer bei Grundſtück Dübener zur Befeſtigung des neu hergerichteten Dammes genehmigt.

§ **Papitz** 28. Sept. Bei einem Einwohner war am Donnerstag in deſſen Abweſenheit eingebrochen und eine Uhr, Zigarren u. a. m. geſtohlen worden. Als Täter konnte ein 15jähriger Burſche feſtgeſtellt werden. Die Uhr hatte derſelbe im Graſe hinter einer Mauer verſteckt gehalten Die geſtohlenen Zigarren hat er geraucht.

§ **Cursdorf,** 28. Sept. Ein wertvoller Jagdhund war einem Landwirt vor einigen Tagen geſtohlen worden. Feſtgeſtellt werden konnte, daß der Hund am Stricke angebunden nach Halle geſchleift worden war. In Halle wurde der Hund, der ſich bereits in dritter Hand befand, ermittelt und dem rechtmäßigen Eigentümer wieder zugeführt.

§ Schafſtädt, 28. Sept. In letzter Zeit haben verſchiedene größere Brände unſere Stadt heimgeſucht. Auch jetzt wieder wurde die Feuerwehr nach dem Gehöft des Gutsbeſitzers Weihmann gerufen, wo aus unbekannten Gründen die Scheune in Brand geraten war. Da der Brunnen des einzeln liegenden Beſitztums für die Löſcharbeiten nicht ausreichte, mußten hilfsbereite Nachbarn mit Fäſſern das Waſſer herbeiſchaffen. Den vereinten Bemühungen gelang es, die Stallungen und das Wohnhaus vor den Flammen zu bewahren, jedoch die Scheune wurde vollſtändig eingeäſchert.

Kreis Querfurt.

‡ Querfurt, 26. Sept. Die infolge Dampfwalzarbeiten geſperrte Provinzialſtraße zwiſchen Kalbsrieth und dem Ziegelrodaer Forſt wird hiermit dem Verkehr wieder freigegeben.

Gerichtsverhandlungen.

Schwurgericht Halle.

Körperverletzung mit Todesfolge.

Am Sonnabend wurde die am Dienstag durch den plötzlichen epileptiſchen Anfall des Angeklagten unterbrochene Verhandlung gegen den Arbeiter Karl U. wegen Körperverletzung mit Todesfolge fortgeſetzt. Es handelte ſich darum, feſtzuſtellen, ob der Angeklagte geiſteskrank iſt. Seine Mutter und ſeine Ehefrau behaupteten, daß er unmotivierte Wutanfälle gehabt habe, denen eine krampfähnliche Erſchlaffung gefolgt ſei. Der Vater, der allerdings während der Kriegsjahre nicht zu Hauſe geweſen iſt, hat nichts dergleichen bemerkt. Er tat den intereſſanten Ausſpruch: „Der Junge iſt von der kommuniſtiſchen Partei verdorben!“. — Vier Gefängnisbeamte haben während der vierteljährigen Unterſuchungshaft keine Anfälle wahrgenommen. Der bei jenem Anfall in der Schwurgerichtsverhandlung am Dienstag als Zeuge zugegen geweſene Zahnarzt Dr. Walskott und der ärztliche Pſychiater, Profeſſor Dr. Bönitz, hielten dieſe Anfälle für hyſteriſcher, jedoch nicht epileptiſcher Natur. Der Staatsanwalt hielt ſeinen Antrag von 6 Jahren 1 Monat Zuchthaus aufrecht. Das Gericht lehnte die Annahme mildernder Umſtände ab, rechnete ihm aber bei Feſtſetzung des Strafmaßes zugute, daß er ſeine Entwicklungsjahre in der Kriegszeit ohne die väterliche Aufſicht durchgemacht habe, und daß er ſehr leicht erregbar und durch den zeitweiſen übermäßigen Alkoholgenuß etwas pſychopatiſch minderwertig ſei. Strafverſchärfend wurde die Roheit und Raufluſt und die zahlreichen Vorſtrafen wegen ähnlicher Delikte bewertet.

Das Urteil erging dahin: Der Angeklagter wird wegen einfacher Körperverletzung und wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu 4 Jahren 1 Monat Gefängnis verurteilt, unter Anrechnung von 3 Monaten Unterſuchungshaft.

Meineid.

Wegen Meineides hatte ſich am Sonnabend der 24jährige Arbeiter Wilhelm Tr. aus Jüderberg, früher in Schleeſen, vor den Geſchworenen zu verantworten. Tr. hatte im vorigen Jahre in Schleeſen für einen Deſſauer Holzhändler die Aufſicht über das von dieſem gekaufte und in dem Schleeſener Forſt in Klaftern lagernde Holz übernommen. Der Holzhändler bemerkte bei einer gelegentlichen Anweſenheit, daß Holz abgefahren war. Die Wagenſpuren, die er zuſammen mit dem zuſtändigen Landjäger verfolgte, wieſen zu dem Arbeiter A. aus Gräfenhainichen, bei dem auch 4 Feſtmeter noch vorhanden waren. Dieſer gab zu, daß das Holz aus jenem Schlage ſtamme, behauptete, es aber von Tr. gekauft zu haben. Tr. leugnete den Verkauf, ſchob dem A. vielmehr einen Diebſtahl in die Schuhe. Bei dieſem direkten Widerſpruch hatte alſo entweder A. das Holz geſtohlen oder Tr. es unterſchlagen.

Zwecks Einleitung eines Verfahrens gegen A. nahm der Unterſuchungsrichter beim Amtsgericht Gräfenhainichen dem Tr. im Vorverfahren am 12. Oktober 1924 einen Eid ab, der dahin ging, daß Tr. das Holz nicht verkauft habe. Denſelben Eid wiederholte er in der Verhandlung vom 3. Dezember 1924 vor dem Schöffengericht Gräfenhainichen. A. wurde daraufhin wegen Diebſtahls verurteilt. Er legte Berufung ein. Vor der Strafkammer in Halle am 11. Febr. 1925 beſchwor Tr. nochmals dasſelbe. Durch andere Zeugen wendete ſich die Sache aber ſo zugunſten des A., daß das Gericht Bedenken trug, dem Tr. trotz ſeines Eides Glauben zu ſchenken. A. wurde freigeſprochen.

Wegen dieſes dreifachen Meineides ſaß Tr. jetzt auf der Anklagebank. Die Beweisaufnahme erwies klar die Schuld des Angeklagten. Trotzdem leugnete dieſer bis zum Schluß. Erſt, als ſich das Gericht zur Beratung zurückziehen wollte, neigte ſich der Angeklagte zu ſeinem Verteidiger, dem er ſein Geſtändnis zuraunte, welches dieſer dem Gerichte mitteilte.

Der Angeklagte wurde für ſchuldig des Meineides erkannt. Das Gericht ging über die Mindeſtſtrafe hinaus. Da der Angeklagte ſich aber im Eidesnotſtand befand, indem er ſich ſelbſt durch die Angabe der Wahrheit einer ſtrafbaren Handlung bezichtigt hätte, ſo konnte das Strafmaß herabgeſetzt werden. Er erhielt 1 Jahr Gefängnis. Wegen ſeines hartnäckigen Leugnens wurde ihm die Unterſuchungshaft nicht angerechnet. Wegen der Unterſchlagung des Holzes muß jetzt außerdem noch die Anklage erhoben werden.

Theater-Nachrichten.

Stadttheater Halle.

Montag, 7½ Uhr: 1. ſtädt. Sinfonie-Konzert.
Dienstag, 7½ Uhr: Das Glöckchen des Eremiten. Komiſche Oper von Aimé Maillart.
Mittwoch, 7½ Uhr: Die heilige Johanna. Dramatiſche Chronik von Bernard Shaw.
Donnerstag, 7½ Uhr: Trieſchübel. Eine tragiſche Begebenheit von Franz Nabl.
Freitag, 7½ Uhr: Der Troubadour. Oper von G. Verdi.
Sonntag, 7½ Uhr: Das Glöckchen des Eremiten. Komiſche Oper von Aimé Maillart.
Montag, 7 Uhr: Tannhäuſer und der Sängerkrieg auf der Wartburg von R. Wagner.

Leipzig: Neues Theater.

Dienstag, 7 Uhr: Die Jüdin.
Mittwoch, 7½ Uhr: Der fliegende Holländer.
Donnerstag, 7½ Uhr: Eugen Onegin.
Freitag, 6 Uhr: Tannhäuſer.
Sonnabend, 7 Uhr: Die Zauberflöte.
Sonntag, 7½ Uhr: Madame Butterfly.

Leipzig: Altes Theater.

Dienstag, 8 Uhr: Heinrich von Andernach.
Mittwoch, 7½ Uhr: Charleys Tante.
Donnerstag, 7½ Uhr: Charleys Tante.
Freitag, 7½ Uhr: Charleys Tante.
Sonnabend, 7½ Uhr: Die lebende Maske.
Sonntag, 7½ Uhr: Die lebende Maske.

Deutſche Hut-Moden-Woche.

Das Mode-Amt der Hut- und Mützenbranche, in dem Induſtrie, Groß- und Einzelhandel zur Pflege der Mode zuſammengefaßt ſind, veranſtaltet in der Zeit vom 29. September bis 4. Otokber eine große Feſtwoche durch ganz Deutſchland. Die Huteinzelhandelsgeſchäfte werden als Wahrzeichen den auf der Stange erhöhten Hut zeigen, um hierdurch hervorzuheben, daß der Hut als ausdrucksvollſtes Kleidungsſtück des Herrn beſondere Afmerkſamkeit verdient. Der Hut auf der Stange klingt an den Geßlerhut an und weiſt in ſeiner feſtlichen Dekoration darauf hin, daß er als Symbol der Freude und freiheitlichen Strebens in dem Schauſpiele gewählt worden iſt. Vor allem aber kündet die Deutſche Hut- Moden-Woche eine ganz neue Einſtellung der Hutbranche durch die Gemeinſchaftsarbeit von Induſtrie, Groß- und Einzelhandel an. Es ſind alle Kräfte zuſammengefaßt worden, um eine flüſſige Durcharbeitung der Mode zu gewährleiſten. Die Induſtrie hat ihre Muſter zur Wahl den hervorragendſten Vertretern des Einzelhandels vorgelegt, die durch ihre ſtändige Fühlungnahme mit dem Publikum über Geſchmacksrichtung und Geſchmackswandlung unterrichtet ſind. Einzigartig iſt auch, daß die neuen Moden durch eine beſondere feſtliche Veranſtaltung dem Publikum vorgelegt werden.

Turnen - Sport - Spiel

25 Jahre Deutſcher Fußballbund.

Ein hiſtoriſcher Rückblick.

Der größte Sportverband der Welt, der Deutſche Fußballbund, begeht in wenigen Tagen in Leipzig die Feier ſeines 25jährigen Beſtehens. Die für dieſe Tage vorgeſehenen Feſtverſammlungen und Arbeitsſitzungen werden umrahmt ſein von einer Sportausſtellung, an der die Landesverbände und der Deutſche Reichsausſchuß teilnehmen, ſowie von Jubiläumspokalſpielen der Landesverbandsmannſchaften, für die ſich Süd-, Mittel-, Südoſtdeutſchland und Berlin qualifiziert haben.

Der Deutſche Fußballbund, 1900 zu Leipzig gegründet, hatte Vorläufer in den lokalen Sportverbänden, die Anfang der neunziger Jahre in Berlin, Hamburg, Leipzig und in einigen Orten Süddeutſchlands ins Leben traten. Die Verſuche einer Bundesgründung aber ſcheiterten erſtmals 1886, nachdem Profeſſor Koch (Braunſchweig) und Seminarlehrer Marten (Hannover) eine ſolche Anregung gegeben hatten. Auch die Verſuche Georg Demmlers, der 1894 in der gleichen Richtung arbeitete, blieben erfolglos. Erſt 1899 fand der Gedanke einer Bundesgründung Anklang, und zwar auf dem „Erſten deutſchen allgemeinen Sportfeſt“ zu Leipzig, bei dem eine Anzahl prominenter Sportführer, wie Demmler, Otto Lauk, Gerhard Wagner, E. Kirmſe und Büttner verſammelt waren. Man beauftragte den Leipziger Lokalverband mit der Einberufung einer Gründungsſitzung, die dann am 28. Januar 1900 zu Leipzig tagte, und bei der 86 Vereine durch 36 Abgeſandte vertreten waren. Die Gründung wurde mit 62 gegen 22 Stimmen beſchloſſen. Berlin ſtand vorerſt noch abſeits und trat erſt auf dem zweiten Bundestag bei.

Der Bund wuchs ſchnell und fand auch bald ſeine noch heute beſtehende Verbandseinteilung, ein Werk Dr. Reglings (Berlin). Intereſſant iſt, zu wiſſen, daß der Deutſche Fußballbund im zweiten Jahre ſeines Beſtehens 91 Vereine zählte und einen Kaſſenbeſtand von 304 ℳ hatte. Vergleicht man hiermit die Zahlen ſeiner Entwicklung: 1910: 1053 Vereine und 82 299 Mitglieder; 1914: 2233 Vereine und 189 294 Mitglieder; 1924: 6772 Vereine und 875 000 Mitglieder; ſo kann man erſt ermeſſen, welchen großen Aufſchwung der deutſche Fußballſport in dem Vierteljahrhundert ds Beſtehens einer feſten Organiſation genommen hat. Mit dieſen Zahlen hält die aktive Beteiligung der Mitglieder an dem geregelten Spielbetrieb Schritt, wenn auch Spielplatz- und Materialnot der Bewegung ſtark hemmend in den Weg treten.

Seit mehr als 15 Jahren führen Männer wie Gottfried Hinze und Georg P. Blaſchke den Bund an. Neben ihnen ſtehen andere hochverdiente Sportleute wie F. Linnemann, Profeſſor Hefner, Sauß, Boxhammer, Scharfe und Dr. G. Wagner. Sie haben in jahrzehntelanger Arbeit den Bund aufgebaut und der Jugend mit dem Fußballſport das Spiel gegeben, das Ihr Intereſſe findet und ihre Begeiſterung weckt.

Seit 1903 trägt der deutſche Fußballbund regelmäßig Spiele um die deutſche Fußballmeiſterſchaft aus. Erſter deutſcher Meiſter wurde der **VfB. Leipzig**; der ſeitdem noch zweimal dieſe Würde errang. Ihn übertrifft aber der jetzige deutſche Meiſter, der **1. F. C. Nürnberg**, der viermal den Titel heimführen konnte. Je zweimal blieb **Viktoria-Berlin** und der **Hamburger Sportverein** in der gleichen Konkurrenz Sieger. Die ſeit 1909 ſtattfindenden Kämpfe der Landesverbandsmannſchaften um einen, vom damaligen Kronprinzen geſtifteten Pokal, ſahen fünfmal Süddeutſchland, viermal Norddeutſchland, je zweimal Weſt- und Mitteldeutſchland, und einmal Berlin als Sieger.

Keine glückliche Rolle ſpielte der Deutſche Fußballbund als ſportliche Vertretung Deutſchlands in den Kämpfen mit den außerdeutſchen Ländermannſchaften. Von den ſeit 1908 ausgetragenen 55 Länderkämpfen gewann die deutſche Nationalmannſchaft nur 14, während 30 verloren gingen und 11 unentſchieden blieben. Das kann aber nicht hindern, daß man dem Deutſchen Fußballbunde am Tage der 25. Wiederkehr ſeiner Gründung das Zeugnis ausſtellen kann, daß er mit ſeiner halben Million aktiver Spieler der deutſchen Sportbewegung ein mächtiger Impuls war.

*

Aufgaben und Ziele der Stockballvereine.

Nur ehrliche Bewunderung kann den erfüllen, der zurückblickend die Entwicklung des deutſchen Sportes im allgemeinen ſeit der Revolution in den Kreis ſeiner Betrachtung zieht.

Auch das Stockballſpiel nahm teil an dieſem Aufſchwung. Der Krieg hatte auch im Lager der Stockballſpieler das ſportliche Leben faſt zum Stillſtand gebracht, und am Ende des Völkerringens mahnten die Lücken in ihren Reihen daran, wie furchtbar der Tod gewütet hatte ... Aber dann ſetzte die die Maſſe erfaſſende und mitreißende Bewegung der Leibesübungen ein. Flutartig ſchwollen die Mitgliederzahlen der Vereine an, neues Leben und Treiben zog in die verlaſſenen Vereinshäuſer ein, und jung und alt drängten in freudiger Begeiſterung hinaus auf die ſonnigen Plätze, um das ihnen liebgewordene Stockballſpiel zu betreiben.

Das alles hat gewiß Anlaß, ſich zu freuen; aber größer noch war die Gefahr, die mit dem ſo plötzlich eintretenden Umſchwung der Verhältniſſe verbunden war. Denn es war zu befürchten, daß die Führer des Stockballſports der wachſenden Aufgaben und Schwierigkeiten nicht gewachſen waren und ihrer nicht Herr wurden.

Und es beſtand für ſie kein Zweifel, daß die Zeiten ſich geändert hatten. Eine neue Epoche unſerer Zeitgeſchichte war mit dem Ausgang des Krieges angebrochen, neue Menſchen hatten die Jahre geſchaffen und neue Anforderungen ſtellte die kommende Zeit an alle, die gewillt waren, an dem Wiedererſtarken unſeres Volkes mitzuarbeiten. Sie waren ſich klar über die Aufgaben und Ziele, die der Stockballſport in der heutigen Zeit ſtellt, und indem ſie dieſe Aufgaben zu erfüllen ſich anſchickten, waren ſie ſich auch deſſen bewußt, daß in ihre Hände ein Teil der jungen, ja, jüngſten Volkskraft gelegt wurde, die weiter zu entwickeln und zu fördern, höchſtes Gebot und heiligſte Pflicht zugleich war.

So war es zuerſt nötig, die Stockball treibenden Vereine mit neuem Geiſt zu erfüllen, mit jenem Geiſt, der ſie gleichſam herausholt aus der hemmenden Enge kleinlichen Vereinsmeiertums, um ſie hineinzuſtellen in die neuen Ziele zeigende allmähliche Bewegung der Leibesübung. Und das war ebenſo gut wie richtig. Denn ein Sportverein ſoll niemals Selbſtzweck ſein — darf es nicht ſein, ſondern lediglich ein Mittel zur Wiederbelebung und Kräftigung des Volkes, ein Mittel zur Mitarbeit am Staate. Und ſo ſoll auch der Zweck eines jeden Stockballvereins zuerſt der ſein, daß er Gleichſtrebende zu einer Einheit zuſammenfaßt und ihnen die Plattform gibt, die als Grundlage ihrer ſportlichen Betätigung — zum Nutzen des Volkes — dient. So hat er denn auch nur ſo lange Daſeinsberechtigung, als er dieſe Aufgaben löſen will und kann, als er in dieſem Sinne arbeitet. Ein Verein aber, der um ſeiner ſelbſt willen nur da iſt, wirkt ſchädlich, weil er vergißt, daß er — wie jeder andere Verein — heutzutage mehr als die bloße Summe ſeiner augenblicklichen Mitglieder oder gar Führer iſt.

Aber man muß ſich auch klar ſein, daß zur Beobachtung dieſer gleichſam außerpolitiſchen Vereinsaufgaben, die Erfüllung und Befolgung innerer ebenſo nötig und wichtig iſt. Es handelt ſich darum, in den Stockballvereinen die Mitglieder dahin zu erziehen, daß ſie in ihrer Geſamtheit — eben als Verein — fähig ſind, die oben angeführten Forderungen zu erfüllen.

Und es beſteht die Frage, ob man beim Stockball das vermag, und ob der Stockballſport die Möglichkeit dazu bietet.

Möglich iſt das allerdings nur, wenn zunächſt einmal jedes einzelne Mitglied den Willen hat, an der Erfüllung dieſer Aufgaben mitzuarbeiten. Jeder einzelne Stockballſpieler muß ſich des Wertes und des Zweckes der Leibesübungen bewußt ſein und deſſen eingedenk bleiben, daß er freiwillig ſich dem Stockballſport angeſchloſſen hat. Wird dieſe Pflicht erfüllt, dann wird es nicht ſchwer ſein, das Ziel, das man ſich geſetzt, zu erreichen und die Aufgaben, die man ſich geſtellt, zu erfüllen. Und dieſer Aufgaben gibt es ſo viele und ſo wichtige, daß die Bedeutung des Stockballſportes bzw. der Vereine nicht unterſchätzt werden darf.

So will der Stockballverein, der völlig neutral iſt und alle **Schichten der Bevölkerung umfaſſen ſoll, vor allem körperlich tüchtige** und geſunde Menſchen erziehen. Er will weiterhin Charaktere bilden, die ſelbſtändig und ſittlich rein ſind. Der Mannſchaftskampf des Stockballſportes erfordert aber nicht allein körperliche und ſpieleriſche Tüchtigkeit, ſondern verlangt auch Gehorſam, bereitwillige Unterordnung und Pflichterfüllung jedes einzelnen — Tugenden, die alle ein weſentliches Unterpfand bilden für das Fortkommen im ſpäteren Leben. Daneben ſoll den Spieler Hingebung, Aufopferung und Mut auszeichnen. Geſelliges Beiſammenſein ſoll dazu beitragen, daß die Mitglieder ſich kennen und ſchätzen lernen und verſtehen, ſelbſt Geſelligkeit zu pflegen.

Und daß die Stockballvereine die Aufgaben, die zu erfüllen der Stockballſport ſich geſtellt, löſen können, beſtätigen die Beobachtungen. Es iſt ohne Zweifel, daß die Vereine neben dem Elternhaus und der Schule mit an der Erziehung des Menſchen arbeiten. Auch ſie wollen die Jugend ertüchtigen und ſie zu Männern erziehen, wie unſere Zeit ſie gebraucht. Und deshalb ſoll der Stockballſport ſich in Zukunft weitgehenderer Beachtung und tatkräftiger Unterſtützung von ſeiten des Staates und des Elternhauſes erfreuen.

*

Vereinsmeiſterſchaften im Saalegau.

Gute Erfolge der Merſeburger Leichtathleten.

In dem wenig gaſtlichen halliſchen Stadion kamen geſtern bei nur mäßiger Anteilnahme der Sportwelt, die Mehrkampf- und Vereinsmeiſterſchaften des Saalegaues zum Austrag. Die ſtarken Regenböen beeinträchtigten die Wettkämpfe ſehr. Unſere Merſeburger Vereine waren gegenüber den halliſchen Vereinen inſofern im Nachteil, als dieſe ihre Leute leichter an den Start bringen konnten. Die ſportlichen Leiſtungen können trotz des widrigen Wetters als durchaus zufriedenſtellend bezeichnet werden.

In der A-Klaſſe ſiegten:

Halle 96 mit	1237 Punkten,
98 Halle	1000 „
99 Merſeburg mit	989 „
VfL. Merſeburg mit	717 „
Wacker Halle mit	689 „

In der B-Klaſſe ſiegte Groß-Kayna mit 791 Punkten, eine Leiſtung, die als ſehr gut bezeichnet werden kann.

In der Herren-Klaſſe gingen als Sieger hervor:

Halle 96 mit	265 Punkten,
Merſeburg 99 mit	235 „
Polizeiſportverein Halle mit	205 „
Halle 98 mit	183 „

In der B-Klaſſe wurde Schwarz-Weiß erſter mit 240 Punkten vor Groß-Kayna mit 182 Punkten.

Fußball im Saalegau.

Wacker—Boruſſia 1 : 0.

Der einzige in Halle geſtern zum Austrag gekommene Kampf Wacker—Boruſſia, der der letzte Wackers auf dem alten Wackerplatz in Sansſouci war, endete nach wechſelvollem Spiele mit einem knappen Siege des Saalegaumeiſters. Der gebotene Sport wurde durch die ungünſtigen Witterungsverhältniſſe ſtark beeinträchtigt. Die Wackermannſchaft trat geſchwächt an (Erſatz für Thomas und Biermann). Boruſſia mit voller Mannſchaft. Das entſcheidende Tor fiel durch einen Elfmeterball in der 12. Minute.

Die Tabelle:

1 a Klaſſe	Spiele	Gew.	Unentſch.	Verl.	Tore		Punkte	
					+	—	+	—
V.f.L.-Merſeburg	5	4	—	1	17	6	8	2
Sportfreunde-Halle	3	3	—	—	19	3	6	0
Sportverein 98	3	3	—	—	15	0	6	0
V.f.L. 96-Halle	3	2	—	1	12	6	4	2
Wacker Halle	3	2	—	1	8	4	4	2
99-Merſeburg	4	—	1	3	2	12	1	5
Boruſſia-Halle	4	—	1	3	2	16	1	5
Favorit-Halle	2	—	—	2	2	10	0	4
Preußen-Komet	3	—	—	3	1	26	0	6

*

Radſport.

Großer Germania-Preis (Rund um Leipzig).

Nörenberg und Schmidt-Dresden Sieger.

Der letzte Großkampf im Radſport in dieſem Jahre iſt geſtern ausgefochten worden. Nahezu 200 Fahrer gingen in der Frühe des geſtrigen Tages auf 239,6 Kilometer lange Fahrt. Den Auftakt bildeten die Berufsfahrer, die um 5,30 Uhr ſtarteten. Bis Grimma fuhr das Feld geſchloſſen. Dann erfolgten mehrere Vorſtöße, die aber bei dem ſcharfen Gegenwinde, der teilweiſe Sturmſtärke annahm, bald ſtecken blieben. Erſt Maſchinendefekte von Manthey und Kroll und ſpäterhin von O. Tietz brachten eine Änderung. Suter und Nörenberg gelang es nach einem Unfall Huſchkes von Halle bis Weißenfels einen Vorſprung von mehreren hundert Metern zu halten, ſie wurden aber ausgangs der Stadt von Huſchke, Nebe und Karl Kohl wieder eingeholt. Paul Kohl kam vor Eilenburg auf ſchlüpfriger Straße zum Sturz und mußte im Wagen die Fahrt beenden. Die fünfköpfige Spitzengruppe traf geſchloſſen am Ziel ein, wo Nörenberg als zweifellos beſter Mann mit nur Handbreite Huſchke, der ſich bei der Verfolgung zu ſehr ausgegeben hatte, knapp zu ſchlagen vermochte.

Im Rennen der Amateure führten zunächſt Hundertmark und Seifert. Nach mehrfachem Wechſel brachten Defekte die Ausſichtsreichen Peter Röſen, Gugan, Quand und andere gute Führer um ihre Ausſichten. Als beſter Mann auf der Strecke erwies ſich Max Kohl-Berlin. Doch mußte er im Endſpurt den Dresdener Wanderfalken A. Schmidt, Hans Hundertmark, Seifert und Thiel-Bielefeld paſſieren laſſen.

Berufsfahrer (239,6 Kilometer): 1. Arthur Nörenberg 8:46:35; 2. Richard Huſchke 8:46:35; 3. Max Sitter-Zürich 8:46:35,2; 4. Herbert Nebe 8:46:35,3; 5. Karl Kohl 8:46:35,4.

Amateure (215 Kilometer): 1. Alfred Schmidt (Wanderfalke-Dresden) 7:53:20,1; 2. Hans Hundertmark (Velo-Club Frankfurt) 7:53:20,2; 3. Karl Seifert (RC Tornado-Leipzig) 7:53:20,3; 4. Thiel (RC. Teutoburg-Bielefeld) 7:53:20,4; 5. Max Kohl (Berlin) 7:53:30

*

Olympiade der Deutſchen Landerziehungsheime.

Vom 19. bis 21. September hatten ſich die Deutſchen Landerziehungsheime (Dr. Lietz) Schloß Bieberſtein, Schloß Buchenau, Gebeſee, Haubinda im Landerziehungsheim **Schloß Ettersburg** bei Weimar zur Feier ihrer diesjährigen Olympiade verſammelt. Um zwei große Gedanken gruppierten ſich die Darbietungen, den gymniſchen (Sport und Turnen) und den muſiſchen (Muſik) im Beſtreben, die pädagogiſchen Ziele der Landerziehungsheime weiter und höher zu ſtecken. In der Tat legte das Feſt, geleitet vom Oberleiter der Heime Dr. Andreeſen, Zeugnis ab von dem Wert der Durchdringung des Schullebens mit gemeinſchaftsbildenden Kräften, wie ſie vor allem im Zuſammenleben im Schulheim und Zuſammenwirken in körperlichem Wettſpiel und muſikaliſchen Darbietungen erzeugt werden. An die Olympiade ſchloß ſich eine Verſammlung des Vereins der Freunde der Landerziehungsheime im Hotel Kaiſerin Auguſta in Weimar unter dem Vorſitz von Direktor Weber-Andreae, Frankfurt a. M. an, der den Wunſch ausſprach, es möchten ſich einmal alle Landerziehungsheime und Schulgemeinden Deutſchlands zu einer großen gemeinſamen Olympiade zuſammenfinden.

Eine Frühlingsſchwalbe.

Von Prof. Bergſträſſer-Berlin, M. d. R.

Wenn man ſich's ernſtlich überlegt, wird man den kurzen Beſuch, den der franzöſiſche Kultusminiſter de Monzie dieſer Tage in Berlin gemacht hat, politiſch recht hoch werten müſſen, auch wenn dabei von Politik überhaupt oder mindeſtens von den aktuellen politiſchen Fragen nicht die Rede geweſen iſt. Denn auf alle Fälle bedeutet dieſer franzöſiſche Miniſterbeſuch — unſeres Wiſſens der erſte ſeit über 50 Jahren — eine politiſche Demonſtration; er iſt der Ausdruck dafür, daß die gegenwärtige franzöſiſche Regierung willens iſt, über die ſchwebenden politiſchen Verhandlungen hinaus den Verkehr und die Verbindung mit Deutſchland wieder aufzunehmen; ſie ergreift hiermit ſelbſt die Initiative durch eine an ſich ſchon ſehr ſympathiſche Perſönlichkeit, einen Mann, der noch vor kurzem recht deutlich geſagt hat, daß er das nationaliſtiſche Gehabe mancher franzöſiſchen Gelehrtenkreiſe nicht billigt, wenn er es auch von ſich aus ſo wenig ändern kann, wie ſein preußiſcher Kollege die Macht hat, ſeine Profeſſoren zu politiſcher Vernunft zu zwingen, obwohl es manchen von ihnen gut täte.

Herrn de Monzies Beſuch galt Fachfragen, aber nicht nur ſolchen im engeren Sinne, ſondern es iſt auch von einem direkten Austauſch zwiſchen franzöſiſcher und deutſcher Wiſſenſchaft die Rede geweſen, und man ſcheint beiderſeits ernſtlich vorzuhaben, ſie in die Wege zu leiten. Wir würden das lebhaft begrüßen, denn es würde damit nur ſyſtematiſch für Gegenwart und Zukunft fortgeſetzt, was ſchon lange, ſchon Jahrhunderte hindurch beſtand, der geiſtige Austauſch der beiden benachbarten Länder. De Monzies Begleiter fand rühmende Worte für die Leiſtungen der deutſchen Sprachwiſſenſchaft; er ging von ſeinem Fachgebiet aus. Man wird gut tun, weiter zu greifen. Dabei kann man feſtſtellen, daß die ganze deutſche Kulturentwickelung ohne die Einflüſſe aus Frankreich gar nicht zu denken iſt. Man braucht für das Mittelalter nur an Minneſang und an den gotiſchen Bauſtil zu erinnern, für neuere Zeit an Monteſquieu und Rouſſeau; für das 19. Jahrhundert genügt ein Gang in die Nationalgalerie und ein Blick auf Menzels Bild einer Aufführung im Theater Gymnaſe. Der Maler preußiſcher Tradition verdankt ein gut Teil ſeiner Ausdrucksmittel dem Studium in Paris. Umgekehrt gilt ähnliches, wobei es für die gegenwärtigen friedlichen Beſtrebungen einer gewiſſen Pikanterie nicht entbehrt, daß alle franzöſiſchen Bezeichnungen für das Heeresweſen aus Deutſchland ſtammen. Doch iſt es vielleicht beſſer, an deutſche Muſik zu denken, an romantiſche Dichtung, an deutſche Philoſophie. Man vergegenwärtige ſich auch, wie ſtark und wie fruchtbar franzöſiſche Wiſſenſchaft in den letzten 30 Jahren vor dem Kriege ſich mit Deutſchland beſchäftigte. So freut uns dieſe Tat des franzöſiſchen Miniſters, die auch nach Frankreich hinein von Wichtigkeit iſt; denn wir verhehlen uns nicht, daß ſtarke Gegenſtrömungen vorhanden ſind, nirgends ſtärker als in der Stadt Paris ſelbſt.

Trotzdem entſpricht das, was de Monzie tat, der Auffaſſung der Mehrzahl des franzöſiſchen Volkes und all derer, die zukunftsfreudig ſind. Es iſt doch kein Zufall, daß auf den verſchiedenen internationalen Kongreſſen und Ausſprachen, wie zuletzt noch auf dem demokratiſchen Friedenskongreß in Luxemburg nicht nur die unbeteiligten Dritten, ſondern gerade auch die Franzoſen, genau ebenſo wie die Deutſchen davon überzeugt geweſen ſind, daß es ſich hauptſächlich um die Beziehungen dieſer Länder handele, wenn man vom zukünftigen Frieden rede. Und wer derartige Kongreſſe mitgemacht hat, weiß auch, daß über manche Hemmungen und einiges Mißtrauen hinweg, die Vertreter dieſer beiden Völker ſich immer zu fruchtbarer Ausſprache fanden; wie mir noch dieſer Tage in Luxemburg ein prominenter Franzoſe nach langer Unterhaltung ſagte, er empfinde derartige perſönliche Ausſprachen als eine dringende Notwendigkeit und habe ſehr viel gelernt; ein Mann übrigens, der ſchon vorher die Überzeugung hatte, die Beſetzung der Rheinlande müſſe, ſobald wie nur möglich, ein Ende finden.

Aus dieſen vielfachen Erfahrungen heraus ſei es ausgeſprochen: Wir halten einen möglichſt umfangreichen Perſonenaustauſch zwiſchen beiden Völkern für unendlich wichtig, damit er dazu beitrage, gegenſeitiges Mißtrauen zu bannen, denn ohne dieſe Ergänzung der Politik nach der perſönlichen Seite hin wird die politiſche Frage nicht reſtlos gelöſt werden können. Der Austauſch iſt beiden notwendig. Wohl iſt feſtzuſtellen, daß ſehr im Unterſchied zu dem, was man in Deutſchland meiſt glaubt, ſehr viel Franzoſen von der Intelligenz Deutſchlands recht viel wiſſen, mehr als wohl die entſprechende deutſche Schicht von Frankreich; aber wenn man tiefer ins Volk hineingeht, ſo iſt feſtzuſtellen, daß der Franzoſe inſofern leichter verſagt, als er heute wie immer ſelten reiſt, noch ſeltener ins Ausland, teilweiſe mangelnder Sprachkenntniſſe wegen. Darin iſt der Deutſche oft überlegen, aber dafür hat er durchſchnittlich den geringeren politiſchen Inſtinkt.

Bei dem zukünftigen Austauſch wäre nur eins zu bedenken, daß er nicht zu ausſchließlich nach wiſſenſchaftlichen Geſichtspunkten vorgenommen werde; nicht nur, nicht ſo ſehr Gelehrte ſollte man austauſchen, ſondern Menſchen, die zugleich eine feſte und vernünftige Beziehung zum Leben haben, womit nicht geſagt ſein ſoll, daß ſie nur Politiker ſein müßten. Und Jugend: es iſt erfreulich zu ſehen geweſen, wie gut ſich z. B. in Luxemburg gerade die Jugend verſtanden hat. Wir älteren ſollten anerkennen, daß den Jungen von ihrer beſonderen Einſtellung aus manches leichter fällt als uns — ganz abgeſehen davon, daß Jugend gottſeidank nach keiner Seite hin unmittelbar Verantwortung trägt.

Gewiß war es Sache Frankreichs, die Initiative zu ergreifen, ebenſo gewiß iſt es unſere Sache, auf dieſe Initiative einzugehen in dem Geiſte der Verſöhnung der Parität, der vollen gegenſeitigen Anerkennung und Wertung, in dem ſie geſchah. Dabei vergeben wir uns nichts, im Gegenteil, noch immer hat die Erfahrung gelehrt, daß man ſein eigen Land umſo mehr lieben lernt, wenn man einmal die Fremde mit offenen Augen durchſtreift hat. So grüßen wir die Frühlingsſchwalbe und freuen uns, daß ſie erſchien.

Kommunalfragen und Landtag.

Der Preußiſche Landtag hat ſeine Herbſtſeſſion begonnen! Wichtige Fragen, die die Gemeinden und Gemeindeverbände angehen, harren ihrer Löſung. Bereits im erſten Abſchnitt ſeiner Tätigkeit hat der neugewählte Landtag, der bekanntlich im März d. Js. ſeine Arbeiten aufgenommen hat, eine Reihe von Vorlagen kommunalen Charakters erledigt, bezw. in Angriff genommen. Die Vorberatung ſolcher Vorlagen liegt grundſätzlich dem Gemeindeausſchuß ob. Für beſonders wichtige Gegenſtände wird regelmäßig darüber hinaus noch ein beſonderer Landtagsausſchuß gebildet. Betrachtet man rückſchauend die Arbeit des Gemeindeausſchuſſes ſelbſt, ſo kommen neben unweſentlichen Gegenſtänden zwei Geſetze in Frage, die dieſer Ausſchuß vorberaten hat und die dann auch zu Ende des erſten Sitzungsabſchnittes vom Plenum verabſchiedet wurden. Es iſt das zunächſt die

Vorlage über den ausländiſchen Kommunalkredit.

Gemeinden und Gemeindeverbände bedürfen nach dieſem Geſetz zur rechtswirkſamen Aufnahme von Auslandskrediten grundſätzlich der Genehmigung der Aufſichtsbehörde. Der Zweck des Geſetzes beſtand darin, der Gefahr vorzubeugen, daß durch eine übermäßige Inanſpruchnahme ausländiſchen Kredites die mühſam wiederhergeſtellte Währung leide. Um nicht die Geſetzgebungsmaſchine unnötig noch einmal in Tätigkeit zu ſetzen, iſt jedoch dem Staatsminiſterium Vollmacht erteilt worden, das neue Geſetz von ſich aus außer Kraft zu ſetzen, wenn es ihm angezeigt erſcheint. Mit der Vorlage für den

Verkehr mit Grundſtücken

wollte man in den Tagen der Inflation der **Gefahr der Überfremdung deutſchen Eigentums** einen Damm entgegenſetzen. Deshalb war eine behördliche Genehmigungsfriſt feſtgelegt worden. Infolge der Stabiliſierung war dieſe Gefahr beſeitigt. Das neue vom Landtag beſchloſſene Geſetz hat daher die Erſchwerung im Grundſtücksverkehr aufgehoben; nur noch die laufenden Geſchäfte ſollten ihm unterliegen, um durch Verſagung der Genehmigung Eigentümern, die unverſchuldet in Nachteil gekommen waren, die Möglichkeit zu eröffnen durch die Geltendmachung der Nichtigkeit des Vertrages wieder zu ihrem Grundſtück zu kommen. — Auch diesmal hatte der Landtag noch einen beſonderen Ausſchuß eingeſetzt, den Ausſchuß für die Verwaltungsreform. Schon der Name ſagt, welche Aufgabe ihm zufiel. Neben einer kleineren Reform, nämlich der Vereinfachung der Verwaltung von Hohenzollern-Sigmaringen, die gleichfalls im Plenum zur Verabſchiedung gelangte, war es insbeſondere

die große Verwaltungsreform,

die dieſen Ausſchuß beſchäftigt hat. Man wollte endlich die fühlbaren Lücken in der alten Verwaltungsordnung beſeitigen. Ein lebhafter Streit der Geiſter begleitete die Arbeiten dieſer Reform. Die einen glaubten, durch Ergänzungen den berechtigten Wünſchen zu entſprechen, die anderen forderten eine Reform an Haupt und Gliedern durch einen völligen Neuaufbau der Verwaltung. Und auch hier wieder entſtanden Schwierigkeiten.

Die neue Landgemeinde- und die Städteordnung

lagen in einem Regierungsentwurf vor. Es erhoben ſich jedoch Stimmen dagegen, dieſe Entwürfe zur Beratung zu ſtellen, ehe nicht auch die neue Kreis- und Provinzialordnung vorläge. Man entſchloß ſich jedoch, doch in die Ausſchußberatung einzutreten. In ſehr eingehender Arbeit wurde die Materie durchberaten; die vorzeitige Auflöſung des Landtages ſetzte dieſen Arbeiten ein vorzeitiges Ziel. Immerhin waren ſie ſo weit gediehen, daß man ſie redaktionell abſchließen konnte. Ein Initiativantrag des Zentrums hat dann die Ausſchußarbeit als neuen Geſetzantrag im neuen Landtag eingebracht. Es wurde die neue Städteordnung beraten. Unentſchieden blieb, ob man die Bürgermeiſtereiverfaſſung oder die Magiſtratsverfaſſung als bindend feſtlegen oder beide Möglichkeiten zulaſſen ſollte. Es hat den Anſchein, als ob dieſe ganzen Arbeiten vergebliche Liebesmühe geweſen ſind. Wie aus ſicherer Quelle verlautet, rechnet man damit, daß die Regierung doch noch mit einem Geſetzentwurf herauskommen wird, um ein Geſetzgebungswerk aus einem Guß zu ermöglichen. Jedenfalls iſt die ganze Angelegenheit noch völlig in der Schwebe, ſo daß eigentlich keine Partei rechte Freude an dieſen Beratungen an den Tag gelegt hat.

Der Ausſchuß für Verwaltungsreform hat ſich ſodann eingehend mit einer Vorlage beſchäftigt, die Gegenſtand heißeſter parlamentariſcher Kämpfe, die noch immer nicht ausgekämpft ſind, geweſen iſt. Es iſt das

das neue Geſetz über die Wahlen zu den Kreis- und Provinziallandtagen.

Es ſoll eine Neuregelung bringen, um tunlichſt den Zuſtand zu beſeitigen, daß einzelne Teile des Kreiſes und der Provinz in den entſprechenden Vertretungskörperſchaften unvertreten ſind, wie es bisher tatſächlich der Fall iſt. Ein neues Wahlſyſtem ſoll das erreichen. Allerdings behaupten die Gegner der Neuregelung, daß das angeſtrebte Ziel auch mit dieſem Syſtem nicht erreicht würde. Der Ausſchuß hat in zwei Leſungen die Materie behandelt. Durch wiederholte Obſtruktion der mit der Erledigung der Vorlage nicht einverſtandenen Parteien wurde jedoch zu verſchiedenen Malen die Beſchlußunfähigkeit des Plenums herbeigeführt: die Vorlage war damit unter den Tiſch gefallen. Für die Wahlen iſt durch beſondere Verfügung der 25. Oktober in Ausſicht genommen. Ob dieſer Termin innegehalten werden kann, hängt von der Stellung des Landtages und des Staatsrates ab. Wir glauben in der Annahme nicht fehl zu gehen, wenn wir mit einer weiteren Hinausſchiebung rechnen.

*

Der Verlauf der zweiten Beratung des Geſetzes über die Kreistags- und Provinziallandtagswahlen, die am Freitag ſtattfand, zeigte, daß die Obſtruktion gegen das Geſetz erheblich nachgelaſſen hatte. Es wurde ſchließlich für die Wahlen der **29. November** beſtimmt. In der Oppoſition blieb allein die Deutſche Volkspartei, die an ihrem ablehnenden Standpunkt feſthielt und erklärte, eine Hinausſchiebung nicht mitmachen zu können, man könne ruhig noch nach dem alten Wahlſyſtem wählen. Die Deutſchnationalen dagegen hatten ihren früheren Standpunkt völlig revidiert und erklärten ihr Einverſtändnis mit dem neuen Termin.

Oktober
1
Donnerstag

Wichtig

für jeden Geſchäftsmann iſt es unbedingt, während der Herbſtſaiſon ſtändig durch Anzeigen im „Merſeburger Korreſpondent" vertreten zu ſein.

Für ein gutes Herbſtgeſchäft iſt dies geradezu unerläßlich!

Ihre Anzeige

zum Quartalswechſel erbitten wir rechtzeitig!

Tagung der Kommunalpolitiker in Danzig.

Danzig, 26. Sept. (TU.) Am Freitag abend fand im Artushof der Empfang der Teilnehmer an der Tagung des Vereins für Kommunalwirtſchaft und Kommunalpolitik durch den Senat der freien Stadt Danzig ſtatt. Senatspräſident Sahm begrüßte die Gäſte und ſprach zunächſt ſeinen Dank dafür aus, daß die Verhandlungen nach Danzig verlegt worden ſind. Danzig fühle ſich auch heute noch als Hanſeſtadt und werde den daraus reſultierenden Zuſammenhang mit den Hanſeſtädten des Reiches ſtets aufrecht erhalten. Der Senatspräſident kam dann auf beſondere Verhältniſſe der freien Stadt Danzig und des freien Staates Danzig zu ſprechen. Er erwähnte die wirtſchaftlichen Schwierigkeiten, die in Danzig beſonders groß ſeien und ſtreifte die außenpolitiſche Geſtaltung. Auch hier gelte es, auf der Hut zu ſein, um der freien Stadt Danzig ihr Deutſchtum zu bewahren. Das Hoch des Redners galt dem deutſchen Reiche, dem Verein für Kommunalwirtſchaft und Kommunalpolitik und dem deutſchen Danzig. Im Namen des Vereins ſprach der Vorſitzende, Oberbürgermeiſter Dr. Lüken-Kiel den herzlichſten Dank für den Empfang und die Begrüßungsworte aus. „Daraus entnahmen wir", ſo fuhr er fort, „daß die freie Stadt Danzig und beſonders ihre Vertreter ſich durch und durch als deutſche Menſchen und als deutſche Männer fühlen und auch in der jetzigen exponierten Lage ſich nicht ſcheuen, dieſem ihren Standpunkt mit allem Nachdruck Ausdruck zu geben. Wir ſehen in der Danziger Bevölkerung Repräſentanten der deutſchen Nation, auf die wir mit Recht ſtolz ſein dürfen. Der Redner brachte zum Schluß ſeiner Anſprache ein Hoch aus, das der ſchönen freien Stadt Danzig und ihrem Präſidenten galt. Zum Schluß gab Studienrat Dr. Schmidt einen geſchichtlichen Überblick über die Entwicklung des Artushofs.

Kirmesbräuche.

Von Hans Gäfgen.

Die Kirmes oder Kirchweih, die in früheren Zeiten in den verſchiedenen Gegenden zu verſchiedenen Jahreszeiten gefeiert wurde, fällt heute wohl allgemein auf den Herbſt, wobei die Erwägung maßgebend geweſen ſein mag, daß um dieſe Zeit die Ernte vorüber und Geld und Muße zum Feſtefeiern in beſonderem Maße vorhanden iſt. Manche Orte in Süddeutſchland allerdings begehen die Kirchweih noch zweimal in Jahre, einmal am Tage des Kirchenpatrons, das andere Mal im Herbſt. Die Kirmes pflegt heute meiſt ein bis vier Tage zu währen, wobei der Hauptfeſttag naturgemäß der betreffende Sonntag iſt. Vielerorts iſt der Samstag abend der eigentliche Kirmesbeginn, der angeblaſen wird, der Tag vorher gilt als Schlacht- und Backtag, denn das Eſſen ſpielt eine große Rolle bei dem Feſte. Die Kirmesbitter reiten da und dort noch heute von Haus zu Haus, fordern zur Teilnahme an der Feier auf und ſammeln wohl auch Gaben ein. Oft verkündet auch der Pfarrer eine Woche vor dem Kirmesbeginn das bevorſtehende Feſt. Die ſogenannte Nachkirchweih wird meiſtens acht Tage nach der Hauptkirchweih abgehalten.

Der Bauer legt noch heute auf ein rechtes Feiern der Kirmes großen Wert. Die Verwandten aus nah und fern ſtrömen in das Dorf, und wer beſonders viele Gäſte beherbergt, der fühlt ſich beſonders geehrt. Die Dienſtmädchen erhalten das „Kerwageld"; die Sitte, daß die Bauersfrau die Mägde und der Bauer die Knechte an dieſem Tage bedient, iſt auch noch nicht völlig ausgeſtorben. Beſonders aber dürfen die Dienſtboten in dieſen Tagen ſich nach Herzensluſt gütlich tun an Speiſe und Trank. In der Rheingegend gedenkt man der Toten und läßt Meſſen für ſie leſen, auch werden ihre Ruheſtätten mit Weihwaſſer benetzt. Weit verbreitet iſt auch die Meinung, die Entſchlafenen zum Kirmestanze Urlaub aus dem Totenlande erhalten. In Heſſen legt man Wert darauf, daß alle an der Kirmes Teilnehmenden möglichſt neu gekleidet ſind, woher ſich die Gepflogenheit, den Dienſtboten im Herbſt ein neues Gewand zu ſchenken, erklärt. Daß Kuchen und ſonſtiges Gebäck, z. B. die „Schuhlappen" im Bergiſchen und die „Pets" im Siebengebirge, in reichſtem Maße zur Kirmes gebacken, daß die Häuſer aufs peinlichſte gereinigt werden, verſteht ſich von ſelbſt. Die Burſchen des Dorfes haben meiſt die Vorbereitungen des Feſtes in der Hand; ſie wählen ſogenannte Kerbemänner, die ſich mit den Wirten und der Ortsbehörde zwecks Vorbereitung der Kirmes ins Einvernehmen ſetzen; die „Platzjungfern" helfen ihnen bei ihren Bemühungen. Oft, z. B. in den Orten des Eichsfeldes, werden die Platzburſchen und -mädchen ſchon am Ende der Kirmes für das nächſte Jahr gewählt. Mädchenverſteigerungen ſind auch häufig anzutreffen; die Burſchen müſſen vor allem mit dem geſteigerten Mädchen die Haupttänze tanzen und ſie freihalten. Oft müſſen die Mädchen den Burſchen kleine Geſchenke in Geſtalt von Schnupftüchern oder Sträußen geben; umgekehrt iſt die Sitte anzutreffen, daß die Burſchen den Mädchen Schuhe oder Handſchuhe ſchenken. Ein Gottesdienſt leitet das eigentliche Feſt ein; allerlei heitere Umzüge ſchließen ſich an, in Bayern umreitet man wohl auch die Kirche. Den angeſehenſten Perſönlichkeiten des Dorfes wartet man mit Muſik auf, wofür ſie ſich allerlei Gaben, wie Eier und Speck, erkenntlich zeigen. Der Hanswurſt und der Schimmelreiter dürfen vielerorts bei den Umzügen nicht fehlen.

Der Kirmesbaum, den man heimlich aus dem Walde holt, iſt ein wichtiger Beſtandteil der Kirchweih. Er wird prächtig mit ausgeblaſenen Eiern, Bändern, Flaſchen und Blumen geziert und meiſt vor dem Wirtshauſe oder in der Nähe des Tanzbodens aufgeſtellt. Man tanzt um ihn, und die Jugend ſucht die Preiſe, die an ihm aufgehängt ſind, zu erhaſchen.

Während der ganzen Kirmestage huldigt die Jugend dem Tanze. Zu dem Tanzboden zieht man in luſtigem Zug, oft tanzt man, altem Herkommen treu bleibend, unter der Dorflinde. Die Burſchen tragen die mit Flittergold geſchmückten Kirmesſträuße, die ſie von den Mädchen erhalten haben. Wer im vergangenen Jahre irgend etwas Unerlaubtes getan hat, darf nicht am Tanze teilnehmen. Zuweilen pflegt der Bürgermeiſter den Tanzplatz vor dem Beginn des Tanzes in feierlichem Schritt zu umgehen; die Platzjungfern und -burſchen eröffnen den Tanz. Allerlei merkwürdige Gepflogenheiten ſind mit ihm verknüpft, ſo der niederheſſiſche Brauch, daß nur bei den drei erſten Tänzen der ortsübliche Zylinder getragen werden darf.

Vogelſchießen, Karuſſellfahrten, Wettrennen, Ringkämpfe und andere Luſtbarkeiten verknüpfen ſich auch mit der Kirmes.

Am Ende des Feſtes begräbt man die Kirmes oder wirft ſie ins Waſſer, wobei die Kirmes durch eine Puppe oder wohl auch einen lebenden Burſchen verkörpert wird. Zuweilen begnügt man ſich auch, eine Branntweinflaſch, ein Stück Kuchen oder den Kopf eines Hahnes zum Zeichen des Kirmesendes dem Boden anzuvertrauen. Im nächſten Jahre feiern dann die vergrabenen Dinge ihre fröhliche Auferſtehung.

Bahnverkehr in Holland.

Ein kleines Land. — Und ein Rieſenverkehr.

Amſterdam, im September.

Der Beſuch eines deutſchen Freundes und ſein dauerndes Erſtaunen über den holländiſchen Verkehr zeigte mir vor kurzem, daß man in Deutſchland im allgemeinen keine Ahnung hat, wie ungeheuer viel in dieſem Lande gereiſt wird.

Zwiſchen Rotterdam—Haag—Amſterdam läuft in jeder Richtung durchſchnittlich **alle 15 bis 20 Minuten ein Schnellzug.** Die Teilſtrecken Rotterdam—Haag, Haag—Delft, Haag—Leiden, Leiden—Haarlem und Haarlem—Amſterdam ſind außerdem noch durch elektriſche Bahnen, die teils als Vollbahnen mit Schnellzugsbetrieb fahren, verbunden; die Strecke Haag—Leiden ſogar durch 2 elektriſche Vollbahnen. Die Eiſenbahn ſelbſt fährt durchſchnittlich mit Schnellzügen von 48 Achſen, d. h. mit einer Transportfähigkeit von je 1000 Perſonen. Die Züge ſind meiſtens ſtark beſetzt. Verhältnismäßig ebenſo ſtark benutzt ſind auch die anderen Strecken des Landes. Man muß allerdings dabei beachten, daß der Holländer damit rechnet, daß er **abends wieder zu Hauſe iſt.** Die Verkehrsmittel ſind ganz darauf zugeſchnitten, dies zu ermöglichen. Dadurch erhöht ſich natürlich der Reiſebetrieb, da man am ſelben Tag wieder zurückfährt. Und ſelbſt, wenn man zwei Städte beſucht, die nahe einander aber fern vom Wohnort liegen, zieht man es meiſtens vor, nach dem Beſuch der erſten Stadt abends nach Hauſe zu fahren und am nächſten Tag die lange Fahrt aufs neue zu machen, um die andere Stadt zu beſuchen.

Neben der Eiſenbahn gibt es bekanntlicherweiſe ein ebenſo dichtes Netz von Kleinbahnen, die zum Teil mit ganz modernen Mitteln betrieben werden (elektriſch oder mit Benzin-Motor) und auch Schnellzugbetrieb kennen. Sie beſorgen den Verkehr zwiſchen und mit den kleineren Ortſchaften. Den Verkehr mit den ganz kleinen Anſiedlungen vermittelt der Autobus, der ſich als vollwertiges Verkehrsmittel in Holland vollſtändig eingebürgert hat. Bezeichnend iſt z. B., daß eine Stadt wie Rotterdam, die ſo groß iſt wie Frankfurt, neben dem ſonſtigen Verkehrsnetz, das dichter iſt als dasjenige von Frankfurt, über mehr als 90 Autobuslinien verfügt für die Verbindungen innerhalb und außerhalb der Stadt.

Die holländiſchen Eiſenbahnen ſind übrigens die einzigen Eiſenbahnen der Welt, die am Perſonenverkehr verdienen. Güterverkehr findet auf den Eiſenbahnen im Lande faſt gar nicht ſtatt, ſondern nur im Verkehr mit Deutſchland und Belgien. Der Güterverkehr im Lande ſelbſt geſchieht faſt ausnahmslos zu Waſſer mittels mehrerer hundert regelmäßiger und fahrplanmäßig pünktlich laufender Dampfer- und Motorbootlinien, die vielfach imſtande ſind, die Waren ſchneller zu liefern als die Eiſenbahnen. Güter, abends in Amſterdam an den Kai gebracht, werden z. B. am andern Morgen bereits in Lemmer in Friesland abgeliefert. In ſehr waſſerreichen Gegenden, wo dem Bau von Eiſenbahnen und Straßen große Hinderniſſe entgegenſtehen, dienen die Schiffsdienſte auch dem Perſonenverkehr und ermöglichen ſchnelle Verbindung z. B. zwiſchen den Süd-Holländiſchen und Zeeländiſchen Inſeln.

Auch der

Flugverkehr

iſt in Holland ſehr ſtark entwickelt. Iſt doch Amſterdam der zweitbedeutendſte Fluglinien-Knotenpunkt Europas. Jedoch dient der Flugverkehr vorläufig bei der Kleinheit des Landes nur dem Verkehr mit dem Ausland. Sehr ſtark iſt dagegen im inländiſchen Verkehr der Perſonenverkehr mit Privatautos, dem allerdings im Weſten des Landes infolge des vielen Waſſers noch bedeutende techniſche Hinderniſſe entgegenſtehen. Wirtſchaftliche Hinderniſſe gibt es dagegen in Holland ſehr wenige, da Auto und Betriebsſtoff meiſt ſo billig ſind, daß man in vielen Fällen billiger und bequemer fährt als mit der Eiſenbahn, vorausgeſetzt, daß man das nötige Kapital hat, um ſich die Anſchaffung eines Autos erlauben zu können.

Dem Fremden wird die ungeheure Menſchenbewegung auf den holländiſchen Verkehrsmitteln natürlich in der kleinen Stadt mehr auffallen als in der Großſtadt, wo ſich alles viel mehr verteilt. Alle Verkehrsmittel ſind in privatem Betrieb.

Provinz und Nachbarländer.

Vom durchgehenden Geſpann überfahren.

† **Halle.** Freitag nachmittag wurde an der Ecke Ranniſcheſtraße-Neue Promenade ein 58jähriger Mann, von einem durchgehenden, führerloſen Geſpann überfahren. Der Verunglückte trug leichte Verletzungen am Kopf, Arm und Knie davon und wurde zwecks Anlegung eines Verbandes dem Eliſabethkrankenhaus zugeführt. Das Fuhrwerk, welches vom Steinweg her kam, wurde auf der Ranniſchenſtraße durch einen Polizeibeamten zum Stehen gebracht und ſo weiterer Schaden verhütet.

Schlägerei.

† **Halle.** Am Donnerstag gegen 4 Uhr nachm. entſtand in der Jägergaſſe infolge Streitigkeiten eine Schlägerei zwiſchen einer männlichen und einer weiblichen Perſon, in deren Verlauf die Frau an die Wand geſchleudert wurde und eine leichte Wunde am Hinterkopf davon trug.

Gründung der Mitteldeutſchen Bühne G. m. b. H.

† **Nordhauſen.** Am 19. September wurde in Nordhauſen die „Mitteldeutſche Bühne" (früher Stolbergſche Landesbühne) als Geſellſchaft mit beſchr. Haftung mit dem Sitz in Goslar gegründet. Beteiligt ſind als Geſellſchafter eine Reihe von Städten und Theatergemeinden des Eichsfeldes und Südharzes ſowie der Bühnenvolksbund e. V. Das Unternehmen, was außerdem einen Staatszuſchuß erhält, ſtellt die Fortführung der bereits im Vorjahre mit gutem künſtleriſchen Erfolge arbeitenden Stolbergſchen Landesbühne in gemeinnütziger Form dar und hat die Aufgabe, die theaterloſen Orte des geſamten Harzgebietes und Eichsfeldes mit guten Theatervorſtellungen zu verſorgen. Zu Geſchäftsführern der Geſellſchaft wurden für die techniſch-künſtleriſche Leitung Direktor Rudolf Hartig-Goslar, für die kaufmänniſche, Landesſekretär Bernard Schmidt-Halle, beſtellt.

guſtav nagel in zweiter Auflage.

† **Schönebeck.** Ein zweiter guſtav nagel, anderes ſchneider aus eiſenach, iſt 65 Jahre alt und zählt ſich zur Klaſſe der Naturapoſtel. Mit einem „gruß in jeſu liebe" ſucht er ſich das Vertrauen ſeiner Mitmenſchen zu erwerben. Kürzlich verſuchte er auch Schönebeck von ſeinen menſchenfreundlichen Ideen zu durchdringen und nebenbei ein kleines Geſchäft durch Verkauf von Schriften uſw. zu machen. Die Behörde hatte aber kein Verſtändnis für ſein Wirken und ſchob ihn nach kurzer Gaſtrolle ab. (Von Schönebeck aus lenkte dieſer „Apoſtel" ſeine Schritte nach Calbe, und machte ſich hier ebenfalls recht unbeliebt.)

Der Sprung aus dem Abortfenſter.

† **Magdeburg.** Ein aufregender Vorfall ſpielte ſich am Mittwoch morgen in dem nach Güſten fahrenden Perſonenzuge 578 ab. In einem Abteil dritter Klaſſe ſaßen neben anderen Paſſagieren eine Dame mit einem jungen Mädchen. Wie ſich ſpäter herausſtellte, handelte es ſich um eine Beamtin, die das junge Mädchen — einen Fürſorgezögling — nach Bernburg zu transportieren hatte. Kurz hinter der Station Buckau ſuchte das Mädchen den Abort auf, wo ſie auffallend lange blieb. Die Begleiterin wurde mit der Zeit unruhig, das veranlaßte einen der mitfahrenden Paſſagiere, aus dem Fenſter zu ſehen. Zu ſeinem Schrecken ſah er, daß das Mädchen Anſtalt machte aus dem Fenſter zu ſpringen. Sie hatte bereits ihren Körper durch das Abortfenſter gezwängt. Kurz entſchloſſen zog der Paſſagier die Notleine und öffnete die Abteiltür. Das Mädchen achtete jedoch nicht auf die Zurufe, ſondern ſprang aus dem noch in voller Fahrt befindlichen Zuge. Dem Paſſagier, der ſich weit aus der Tür gelehnt hatte, und von anderen Paſſagieren gehalten wurde, gelang es jedoch, das ſtürzende Mädchen noch im letzten Moment aufzufangen und wieder in das Abteil zu ziehen.

Hervorragende Leiſtung eines Hundes.

† **Burg.** Eine vorzügliche Leiſtung vollbrachte hier ein Polizeihund. In der Obſtplantage des Landwirts Kruſe an der Parchauer Chauſſee wurde in der Nacht zum Freitag ein großer Obſtdiebſtahl ausgeführt. Mehrere Zentner Obſt wurden entwendet, das Grundſtück arg zertreten. Ein von der Kriminalpolizei Magdeburg angeforderter Polizeihund konnte erſt nach 30 Stunden ſeine Tätigkeit aufnehmen. Trotzdem gelang es ihm, die Spur tadellos aufzufinden, obwohl ſie über mehrere Zäune hinweg und an verſchiedenen Türen vorüberführte. Schließlich blieb er vor einer Scheune auf der anderen Seite des Bahngleiſes ſtehen und — der Dieb war ermittelt. Wahrlich eine außerordentlich gute Leiſtung des Tieres, zumal der Garten inzwiſchen von vielen anderen Leuten betreten worden war.

Mord aus Eiferſucht.

† **Salzwedel.** Sonnabend nacht 1 Uhr erſchoß die Stenotypiſtin Anna Zobel den Eiſenbahnbeamten Albert Loock. Die Täterin hatte Loock von einer Theaterprobe abgeholt. Beide machten darauf einen Spaziergang und gerieten in Wortwechſel. Die Zobel gab zwei Schüſſe ab, wovon der zweite, ein Bruſtſchuß in unmittelbare Nähe des Herzens, tödlich wirkte. Als Beweggrund zur Tat iſt Eiferſucht anzunehmen. Die Täterin iſt 39 Jahre alt, der Ermordete 23 Jahre.

Typhusopfer.

† **Helmſtedt.** Die Typhusepidemie in Wolsdorf bei Helmſtedt hat zwei Opfer gefordert.

Der tödliche Kinnhaken.

† **Leipzig.** Am 20. d. M., früh gegen 4 Uhr, iſt ein 27jähriger Kunſttiſchler in der Zeitzer Straße von einem 23jährigen Kontoriſten durch einen Fauſtſchlag zu Boden geſchlagen worden und dabei ſo ſchwer verunglückt, daß er an den Folgen eines Schädelbruches am 25. d. M. im Krankenhauſe St. Jakob geſtorben iſt. Der Verſtorbene hatte kurz vorher mit einigen Bekannten, unter denen ſich auch der Kontoriſt befand, eine Gaſtwirtſchaft am Südplatz verlaſſen und war mit dieſem in Streit geraten, wobei er ihn beſchimpfte. Beim drittmaligen Gebrauch des Schimpfwortes beging der Kontoriſt gereizt die Roheit, den Kunſttiſchler ſo heftig mit der Fauſt unter das Kinn zu ſchlagen, daß dieſer rücklings auf die Straße ſtürzte und beſinnungslos liegen blieb. In der nahen Polizeiwache, wohin ihn ſeine Bekannten geſchafft hatten, brachte ihn ein hinzugerufener Sanitätsgehilfe wieder ſoweit zum Bewußtſein, daß er allein ſeine Wohnung aufſuchen konnte. Erſt ſpäter verſchlimmerte ſich nach und nach ſein Zuſtand, ſo daß ein am 25. d. M. herbeigerufener Arzt ſeine ſofortige Überführung in das Krankenhaus St. Jakob anordnete. Dort iſt der Verletzte wenige Stunden ſpäter geſtorben.

Schweres Eiſenbahnunglück.

† **Hersfeld.** Auf der Hersfelder Kreisbahn ereignete ſich am Freitag nachmittag ein Unglück, wie es in einem ſolchen Ausmaß ſonſt nur auf Hauptbahnen vorkommt. Von dem gemiſchten Zug Nr. 5 entgleiſten, kurz nachdem er den Bahnhof verlaſſen hatte, die beiden Lokomotiven und bohrten ſich tief in den Erdboden ein. Die ſchwerbeladenen Güterwagen drückten mit aller Gewalt auf die drei Perſonenwagen, die ſich zwiſchen dem Packwagen und den Güterwagen befanden und ſchoben ſie ineinander. Den ſtärkſten Druck hatte der erſte Perſonenwagen auszuhalten, der vollſtändig zertrümmert wurde. Von den in ihm befindlichen Reiſenden wurden

acht, davon drei ſehr ſchwer, verletzt.

Unter den Schwerverletzten befinden ſich Kreisbahndirektor Hille-Hersfeld, Fräulein Eliſe Kollmann aus Weimar und Frau Marie Schmidt aus Bochum.

Alle acht Verletzten wurden nach Anlegung von Notverbänden in das Landkrankenhaus gebracht. Der inzwiſchen von Bebra herbeigerufene Hilfsgerätewagen begann ſofort mit den Aufräumungsarbeiten, die den ganzen Nachmittag und die Nacht hindurch andauerten. — Der Vrkehr wurde vorläufig durch Umſteigen aufrechterhalten.

Das Mühlhäuſer Kriegerehrenmal.

† **Mühlhauſen.** Die Stadt Mühlhauſen plant, den im Weltkriege Gefallenen am Stadtberge ein würdiges Kriegerehrenmal zu errichten. Zu dieſem Zwecke war ein Ideenwettbewerb ausgeſchrieben worden, über den die Entſcheidung jetzt vorliegt. Die zur Verfügung ſtehende Preisſumme von 2600 Mk. wird zu gleichen Teilen zuerkannt dem Regierungsbaumeiſter W. Fiſcher (Königsberg), dem Architekten Kurt Pönitz (Berlin) und dem Maler H. Riemer (Nordhauſen). Der Entwurf von A. Pabſt (Erfurt) und H. Hoſaeus (Berlin) wird den ſtädtiſchen Körperſchaften zum Ankauf empfohlen. Es waren im ganzen 57 Bewerbungen eingegangen; der Wettbewerb brachte jedoch keine Löſung im Sinne der Ausſchreibung. Das Preisgericht kann daher für die weitere Bearbeitung der Denkmalsangelegenheit keine weiteren Vorſchläge machen. Man darf auf die weitere Entwicklung dieſer Angelegenheit geſpannt ſein.

Um den Oberbürgermeiſter.

† **Mühlhauſen.** Der Kampf um die Neubeſetzung des Oberbürgermeiſterpoſtens nimmt immer größere Dimenſionen an, zumal nunmehr bekannt geworden iſt, daß Oberbürgermeiſter Arnold vorausſichtlich ſchon am 15. Oktober Mühlhauſen verlaſſen wird. Es geht bei dieſem Kampf um die Frage, ob die freiwerdende Stelle ausgeſchrieben werden ſoll oder nicht.

Raubüberfall auf einen Bahnhofsvorſteher

† **Mühlhauſen.** Auf dem benachbarten Seebacher Bahnhof (an der Strecke Leinefelde—Gotha gelegen), wurde nachts ein Raubüberfall verübt. Es kam zu einem heftigen Kampf zwiſchen dem Bahnhofsvorſteher Franke und den Einbrechern. Die Verbrecher verlangten mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe von Geld. Als der Beamte erklärte, kein Geld zu haben, warfen ihn die beiden Täter zu Boden und brachten ihm gefährliche Meſſerſtiche am Kopf bei. Als ſich Leute näherten, entflohen die Helden und entkamen auf Fahrrädern in der Richtung nach Mühlhauſen. Der Beamte war ſo ſchwer verletzt, daß er ſich ſofort nach Mühlhauſen in ärztliche Behandlung begeben mußte. Die Kriminalpolizei hat die Unterſuchung ſofort in Angriff genommen, jedoch bisher ohne Erfolg.

Großes Schadenfeuer.

† **Ebensfeld.** Durch ein Schadenfeuer wurden hier fünf gefüllte Scheunen vollſtändig eingeäſchert. Leider konnten die zahlreich erſchienenen Feuerwehren nicht voll in Tätigkeit treten. Als Brandurſache wird leichtſinniges Umgehen mit Zündhölzern in der Scheune der Wirtſchaft „Zum weißen Hirſchen" angenommen, in der zahlreiche Kirchweihgäſte ihre Fahrräder eingeſtellt hatten. In der allgemeinen Verwirrung wurde von einem unbekannten Täter die Wirtſchaftskaſſe mit einem größeren Geldbetrage geſtohlen. Die Geſchädigten ſind ſämtlich ſchlecht verſichert.

Immer neue Tropfſteinhöhlen.

† **Reſchwitz bei Saalfeld.** Dem Vorſitzenden des Thüringer Höhlenforſchervereins, Prof. Dr. Heß von Wichdorf von der Geologiſchen Landesanſtalt Berlin, iſt es gelungen, in hieſiger Flurgemarkung im Schieferhölzchen am Fuße des Schwarzen Berges Tropfſteinhöhlen in größerer Ausdehnung feſtzuſtellen. Es handelt ſich dabei um umfangreiche verfallene Bergwerksanlagen, wo in früherer Zeit hauptſächlich auf Kupfer-, Alaun- und Vitriolſchiefer geſchürft wurde. Die Höhlen liegen, wie die Saalfelder Feengrotten, im Verbreitungsgebiet des ſogenannten Hausſachſener Ganges, jener alten Verwerfungsſpalte, die von Bad Blankenburg in ſüdöſtlicher Richtung verläuft in etwa zwei Kilometer Luftlinienentfernung von dieſen. Da die geologiſchen Verhältniſſe genau ſo gelegen ſind, wie bei Garnsdorf, nur, daß das in Betracht kommende Terrain noch viel ausgedehnter iſt, ſo ſind hier jedenfalls Naturſehenswürdigkeiten ſeltenſter Art verborgen. Die Erſchließung derſelben muß in Anbetracht der ungünſtigen Wirtſchaftslage allerdings vorläufig zurückgeſtellt werden, doch iſt Vorſorge getroffen, daß die Wunder der Unterwelt vor Zerſtörung bewahrt bleiben, um in beſſeren Zeiten den Naturfreunden zugängig gemacht zu werden.

Gräßlicher Fund.

† **Muntſcha (Reuß).** Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde hier in der Jauchegrube eines Gutsbeſitzers gefunden. Das Kind hat ſchon einige Tage in der Grube gelegen. — Die Staatsanwaltſchaft hat die Unterſuchung eingeleitet.

Handelsſchule in Pößneck.

† **Pößneck.** Als ein Mangel der Induſtrieſtadt Pößneck wurde ſchon immer empfunden das Fehlen einer Anſtalt, in der die vielen, ſich dem kaufmänniſchen Berufe Zuwendenden eine gründliche Ausbildung erhalten konnten. Bis jetzt war Pößneck auf die Nachbarſtädte Jena, Rudolſtadt und Gera angewieſen. Nunmehr will Profeſſor Schorr, eine anerkannte Autorität, auf dem Gebiete des kaufmänniſchen Wiſſens, eine Handelsſchule begründen.

Rundfunk

Dienstag, 29. September.
Leipzig. Welle 454.
Allgemeine Tageseinteilung.

4,30—6 Uhr nachm.: **Nachmittagskonzert** der Dresdner Rundfunkhauskapelle.
6,30—7 Uhr abends: Leſeproben aus den Neuerſcheinungen auf dem Büchermarkt.
7—7,30 Uhr abends: Vortrag: die Lage der Sudetendeutſchen.
8,15 Uhr abends: **Muſikaliſche Darbietungen und Rezitationen.**
1. Hans Kreibiſch: Kampfruf der Deutſchböhmen; Hans Watzlik: Die Sonnenwendfeier auf dem Luſen.
2. Vincenz Reiſner: Kinderlieder.
3. Joh. Stamitz: Trio, C-Dur, op. 9 VI.
4. Fidelio Finke: Lieder für Bariton: „Sanfte Klänge", „Heimweh", „Wandermüde".
5. Vincenz Reiſner: Lieder für Sopran: Wer hat den rauſchenden Pſalm erdacht"; Trennung.
6. P. Prohaska: Romanze für Violine und Klavier.
7. Anton Ohorn: Der Deutſchböhme in der Fremde.

Anſchließend: Preſſebericht uſw.
10—11,30 Uhr abend: Funkbrettl.

Der Heliodor.

Roman von E. von Adlersfeld-Balleſtrem.

2. Fortſetzung. (Nachdruck verboten.)

„Das Briefeſchreiben ſcheint dich heut' wenig zu reizen, Schatz", bemerkte er, einmal aufſehend.

„Keine ordentliche Zeile bringe ich fertig, — es iſt ſchrecklich", gab ſie mit einem Seufzer der Ungeduld zu. „übrigens hat es längſt aufgehört zu regen, — dort ſchaut auch ſchon ein Stück blauer Himmel durch die Wolken", fuhr ſie lebhafter fort. „Man ſollte das wirklich zu einem kleinen Spaziergang benutzen — es ſind noch faſt anderthalb Stunden bis zum Lunch."

„Wenn du noch eine Weile warten willſt, — einen, den letzten und wichtigſten Brief muß ich jetzt noch ſchreiben. Ich darf ihn wirklich nicht länger aufſchieben", wandte er ein, indem er ſchon einen neuen Bogen ergriff.

„Laß dich durch mich nicht abhalten, Liebſter", rief ſie aufſtehend. „Ich halte es nämlich im Zimmer nicht länger aus und will mal eben bis du fertig biſt, bis zur Wettertanne laufen. Bevor du fertig biſt, bin ich ſicher wieder zurück, und wenn nicht, dann komme mir entgegen, denn ich gehe beſtimmt nicht weiter. Iſt's dir ſo recht?"

„Sicherlich. Ein Verfehlen iſt alſo ausgeſchloſſen?"

„Selbſtverſtändlich! Alſo auf Wiederſehen denn!" Damit hing ſie ſchon einen leichten Regenmantel mit Kapuze um, und ohne einen Hut aufzuſetzen, oder einen Schirm mitzunehmen, beugte ſie ſich über ihren Mann, gab ihm einen Kuß und wollte hinauseilen, als er ſie noch zurückhielt.

„Oh, Gabriele, ehe ich's vergeſſe: wir müſſen Gerner doch gelegentlich einmal deinen Heliodor zeigen. Der Stein wird ihm ſicher beſonders gefallen."

„Ja, gewiß, gern", erwiderte ſie. „Warum aber ihm beſonders?"

„Nun, ich meine als Fachmann, als Juwelier. Er iſt doch der Chef der großen und berühmten Juwelenfirma Gerner und Sohn in Berlin."

„Nein!" ſagte ſie überraſcht. „Davon hatte ich keine Ahnung — ich war der Meinung, er ſei ein Diplomat, wie du!"

„Er wollte es werden, hatte ja darauf hin ſtudiert. Da ſtarb ſein älterer Bruder, der ſchon in die Firma eingetreten war, bald nach ſeinem Vater, und ſein Großvater beſtand darauf, daß Max an ſeine Stelle treten müſſe, und ſo wurde aus ihn ſtatt eines Geſandten in ſpe ein Juwelenhändler, und ſchwer genug iſt es ihm geworden. Jetzt iſt er der Chef des in allen Welteilen bekannten Hauſes. Aber das muß ich dir doch erzählt haben."

„Du haſt's vielleicht vorgehabt, aber es vergeſſen und ich habe auch nicht gefragt, was Herr Gerner iſt, weil ich feſt annahm, er habe denſelben Beruf wie du. In ſeiner Wertſchätzung meinerſeits macht das aber keinen Unterſchied; er iſt dein Freund und wie ich hoffe, auch der meinige und wenn er mit Stiefelwichſe handelte, ſtatt mit Diamanten und Perlen. Ja, natürlich wollen wir ihm meinen Heliodor zeigen; ich werde es nicht vergeſſen. Alſo nochmals auf Wiederſehen, hier oder bei der Wettertanne", ſchloß ſie und eilte hinaus.

Aber nachdem Eichenhofen ſeinen neuen Bogen Papier mit Ort und Datum verſehen, trieb ihn etwas, die Feder wieder hinzulegen und auf den kleinen Balkon hinauszutreten um ſeiner Frau nachzuſehen, wie ſie den Weg zur Wettertanne einſchlug. Es war dies eine jener impulſiven Handlungen, die das Herz diktiert mit denen der Verſtand nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Wenn dies der Fall geweſen wäre, ſo hätte er ſich geſagt, daß es eigentlich keinen Sinn hatte, der geliebten Frau nachzuſehen, da er ja ſpäteſtens in einer halben Stunde wieder an ihre Seite ſein würde. Eichenhofen war in allen Dingen vor allem ein klar denkender, logiſch folgernder Verſtandesmenſch, — eine Eigenſchaft, die ihn einmal zweifellos von einem Abgrund zurückgezogen hatte, in den eine jäh erwachte Leidenſchaft ihn hineinzuziehen gedroht. Sich wieder auf ſich ſelbſt beſinnend, hatte er dann entdeckt, daß er auch ein Herz beſaß; das war, als er ſeine Frau zum erſten Male ſah, ihr in die Augen blickte. Und dieſes noch zur rechten Stunde entdeckte Herz trieb ihn alſo auch noch von ſeinem wichtigen Brief weg auf den Balkon, der geliebten Geſtalt nachzuſehen, wie ſie leichtfüßig auf dem noch naſſen Wege dahinſchritt, den Mantel überm Arm, denn die Luft war warm, ſchwül ſogar, denn es hatte noch nicht ausgeregnet und neue Gewitterwolken kamen ſchon wieder über die Berge gezogen.

Eichenhofen war im Grund ein guter, im beſten Sinn des Wortes vornehmer Mann, aber wäre er es auch nicht geweſen, — der Blick voll Liebe, mit dem er ſeiner jungen Frau nachſchaute, hat im Soll-Buch ſeines Lebens ſicher manche Schuld gelöſcht, die er ſich vorzuwerfen hatte. Welcher Menſch kann wohl auf ſein Leben zurückblicken, ohne Fehler und Irrtümer darin zu finden? Und wer kann ſich andererſeits reſtlos glücklich preiſen. Es gibt viele Leute, die, wenn ſie hören, daß ein anderer es tut, ſofort erſchrocken ausrufen: „Unberufen! Unberufen!" Obwohl Eichenhofen ſich ganz beſtimmt nicht für abergläubiſch gehalten hätte, ſprach er dieſes Wort dennoch in Gedanken aus, als er ſeiner Frau nachblickend ſich ſelbſt fragte, wodurch er dieſes Glück verdient, das ihn dieſe Perle finden ließ, und indem er ſich aufs neue gelobte, was er am Traualtar geſchworen: ſie zu lieben und hoch zu halten, bis der Tod uns ſcheidet, ſetzte er froh hinzu: „Solch ein Glückspilz, wie ich bin, — — unberufen!"

Er ſah ihr nach bis zur Böſchung, wo dann der Weg zur Wettertanne ſich biegt, zuvor aber drehte ſie ſich um, und ihrem Mann auf dem Balkon ſtehend ſehend, grüßte ſie ihn mit der Hand winkend, unbekümmert darum, ob es jemand ſah, weil es ja nur den einen anging. Übrigens war, außer ihr, auch gerade keine Seele unterwegs, weder ihr nach — noch vorausgehend, noch ihr begegnend, denn wer die ſchnell einſaugende Feuchtigkeit nicht ſcheute, benutzte aus dem ziemlich abſeits liegenden Hotel ſicher die Regenpauſe, um auf die allzeit belebte Promenade des Ortes zu gehen, wo man allen Tod und Teufel ſehen, bewundern oder belächeln konnte in dem zuſammengewürfelten Publikum, beſtehend aus Touriſten, Haſardſpielern und Weltbummlern, wie es ſolche ein beliebter Luftort anzieht.

Als die liebe Geſtalt ſeinen Blicken entſchwunden war, kehrte Eichenhofen zu ſeinem Briefe zurück, für den ihm plötzlich alle Luſt und aller Sinn vergangen war. Er mußte ſich geradezu zwingen, ihn wohlüberlegt zuſchreiben und zu vollenden, was ihm erſt nach mehreren neuen Anſätzen gelang, ſo daß mehr Zeit darüber verging als er gedacht. Er gehörte aber nicht zu den Leuten, die immer erſt auf die nötige Stimmung für ein Wort warten müſſen und dann verſtimmt ſind, wenn dieſe nicht kommen will; er bezwang eben ſeine Stimmungsloſigkeit und ging dann mit dem Briefe herab, um ihn in den Poſtkaſten des Hotels zu werfen, wobei er Gerner, eine Zeitung leſend, in der Vorhalle antraf.

„Du biſt nicht ausgegangen?" fragte er ihn.

„Nein, ich war ſo brav wie du, habe meine Briefe geſchrieben und warte nur als richtiger Hotel-Boa-Conſtriktor auf die Futterglocke. Willſt du noch fortgehen?"

„Nur bis zur Wettertanne, das heißt, auf dem Wege bis dahin, meiner Frau entgegen, wie verabredet. Kommſt du mit?"

„Mit größtem Vergnügen", verſicherte Gerner, nahm ſeinen Hut vom Rechen und die beiden Freunde, die das gleiche Studium in ſo himmelweit verſchiedene Berufe geführt, weil bei dem einen das Leben ſo ganz anders gewollt, als er gedacht und gehofft, ſchritten auf dem gut gehaltenen, faſt ebenen Weg dem rieſenhaften tauſendjährigen Baume zu, der etwa eine Viertelſtunde vom Hotel entfernt das Ziel beliebter Spaziergänge war, weil von ihm aus in das ſich öffnende ſchmale, von himmelhohen Bergen eingefaßte, von einem prächtigen milchweiß ſchäumenden Gletſcherbach durchſtrömte Tal, das ein tief herabragender Gletſcher abſchließt, ſich dem Auge ein wunderbar ſchönes Landſchaftsbild bietet. Ein wenig unterhalb dieſes Weges, der ſich jenſeits der Wettertanne noch bis zu einer romantiſchen Ruine hinzieht, in der vor vielen Jahrhunderten ein Schweizer Blaubart gehauſt, führt hart neben dem breiten Bach die gute Fahrſtraße hin, auf der man zu Wagen oder zu Fuß am Ufer des reizenden Sees entlang bis zur Bundeshauptſtadt gelangen kann.

Daß ſeine Frau ihm nicht entgegenkam, wunderte Eichenhofen wohl ein wenig, denn ſie war die Pünktlichkeit in Perſon, und im Hotel mußte man jeden Augenblick zum Lunch läuten. Indes auch der pünktlichſte Menſch kann ſich einmal in der Zeit irren, und da er wußte, daß Gabriele den Blick von der Wettertanne in das kuliſſenartig ſich verengende Tal dem Gletſcher zu ungemein liebte, ſo mochte ſie ſich dort vielleicht etwas verträumt haben. Als die Freunde aber um die Böſchung bogen und ſie auch unter dem nun ſichtbaren Baum nicht zu erblicken war, wurde Eichenhofen nun doch ſtutzig, wenn auch noch nicht eigentlich beunruhigt.

„Sie iſt eben ſchon ins Hotel zurückgekehrt oder weitergegangen, zum Beiſpiel bis zur Ruine", meinte Gerner.

„Beides halte ich für ausgeſchloſſen", behauptete Eichenhofen. „Wäre ſie ins Hotel zurückgekehrt, dann hätte ſie ſich bei mir gemeldet, und weiter gegangen iſt ſie ſicher nicht, weil ſie mir ſagte, ſie werde keinesfalls weiter gehen. Meine Frau gehört nicht zu denen, die eine gegebene Verſicherung nicht einhalten oder ſich einer, wenn auch noch ſo geringfügigen Rückſichtsloſigkeit ſchuldig machen. Es kann ihr doch hier nichts zugeſtoßen ſein?"

„Das iſt ja ganz unmöglich!" verſicherte Gerner. „Einen Abgrund, in den man unverſehens ſtürzen kann, gibt's hier nicht, und ſelbſt wenn man zu hart am Wegrand gehend ausglitte und keinen Meter hoch auf die Straße hinabſtürzte und ſich dabei den Fuß verſtauchte, daß man nicht weitergehen kann, ſo müßte man doch für jedermann hier ſichtbar ſein. Aber wir können ja zur Beruhigung bis zur Ruine weitergehen und dann ins Hotel zurückkehren, wo wir deine Frau Gemahlin ſicher antreffen werden."

Dieſe Zuverſicht erfüllte ſich jedoch nicht; Gabriele war weder in der nur um ein Geringes von der Wettertanne entfernten Ruine, noch, ins Hotel zurückgekehrt, zu finden, war auch dort vom Pförtner der ſeit Mittagläuten nicht von ſeinem Poſten gewichen, geſehen worden, und nun wurde Eichenhofen ernſtlich unruhig. Begleitet von Gerner, der nichts davon wiſſen wollte, allein zum Lunch zu gehen, begaben ſich die Freunde nach der andern Richtung, in den etwa zehn Minuten entfernten Ort; vielleicht, daß Gabriele dort noch etwas einkaufen gewollt und ſich dabei verſpätet hatte, — doch auch dieſe Möglichkeit erwies ſich als irrig, weder in der langen Reihe der neben der Promenade liegenden Verkaufsbuden noch auf dem einzig in Betracht kommenden Wege war ſie zu finden, oder geſehen worden und auch nicht in das Hotel zurückgekehrt, als es die Freunde wieder erreichten.

(Fortſetzung folgt.)

Zur Aufwertung von Induſtrie-Obligationen und verwandten Schuldverſchreibungen

wird uns von einem Sachverſtändigen in Ergänzung unſerer bisherigen Veröffentlichungen geſchrieben:

Es wird hier unterſchieden zwiſchen Alt- und Neubeſitzern. Als Altbeſitzer gelten diejenigen, die Schuldverſchreibungen vor dem 1. Juli 1920 erworben haben und bis zur Anmeldung Gläubiger geblieben ſind. In Frage kommen hier nur Schuldverſchreibungen, die von a) natürlichen Perſonen, b) Perſonenvereinigungen oder c) juriſtiſchen Perſonen des Privatrechts ausgegeben ſind. Die Altbeſitzer erwerben mit dem 1. Juli 1925 neben der Aufwertung (15 Prozent) ein Genußrecht, d. h. einen Anſpruch auf Beteiligung am Reingewinn des Schuldners und am Liquidationserlös. Der Beteiligung werden 10 Prozent des Goldmarkbetrags der Schuldverſchreibung als Nennwert des Genußrechts zugrundegelegt. Die Aufwertung geſchieht auf 15 Prozent des Goldmarkbetrags. Maßgebend iſt der Ausgabetag. Der Schuldner kann eine Herabſetzung dieſes Aufwertungsbetrages verlangen, wenn dies mit Rückſicht auf ſeine wirtſchaftliche Lage zur Abwendung einer groben Unbilligkeit unabweisbar erſcheint. Das Verlangen muß vor dem 1. April 1926 bei der Aufwertungsſtelle geſtellt werden. Die Aufwertung findet trotz Bewirkung der Leiſtung nur ſtatt, wenn der Gläubiger ſich bei der Annahme der Leiſtung ſeine Rechte vorbehalten hat. Der Vorbehalt muß bei der Annahme der Leiſtung gemacht ſein; eine nachträgliche Erklärung iſt wirkungslos. An den Nachweis eines Vorbehalts pflegen die Gerichte keine ſtrengen Anforderungen zu ſtellen.

Sind die Schuldverſchreibungen gekündigt oder ausgeloſt, befinden ſie ſich aber noch im mittelbaren oder unmittelbaren Beſitz des Gläubigers, ſo werden ſie zu ſeinem Gunſten auch dann aufgewertet, wenn bereits eine Abrechnung mit dem Schuldner oder eine Hinterlegung zu Gunſten des Gläubigers ſtattgefunden hat. Befinden ſich die Schuldverſchreibungen noch bei Banken, Bankiers und ähnlichen Unternehmungen zur Einlöſung, ſo werden ſie zugunſten des einreichenden Gläubigers noch im Falle der Abrechnung mit dem Gläubiger oder Schuldner oder im Falle der Hinterlegung zugunſten des Gläubigers aufgewertet. Die Bank nimmt an der Aufwertung nicht teil. Ablieferungen aus dem Beſitz der Bank an den Schuldner nach dem 1. Juni 1925 gelten als nicht geſchehen. Es ſind noch Vorſchriften der Reichsregierung über die Anmeldung, den Nachweis des Rechtes der Gläubiger und den Ausſchluß der Rechte zu erwarten. Gezahlte Beträge ſind auf den Aufwertungsbetrag in Höhe des Goldmarkbetrages anzurechnen. Vorbehaltlich anderer Vorſchriften der Reichsregierung gelten bezüglich der Rückzahlung, Verzinſung und Kündigung die gleichen Beſtimmungen wie bei Hypotheken:

Rückzahlung im allgemeinen nicht vor dem 1. Januar 1932.
Keine Verzinſung bis 1. Januar 1925.
Ab 1. 1. 1925: 1,2 % Zinſen des Aufwertungsbetrages.
„ 1. 7. 1925: 2,5 „ „ „ „
„ 1. 1. 1926: 3 „ „ „ „
„ 1. 1. 1928: 5 „ „ „ „

Genußrecht.

Das Genußrecht ſteht den Altbeſitzern neben der Aufwertung zu (ſ. oben). Der Erwerb des Genußrechts durch den erſten Inhaber iſt von der Geſellſchaftsſteuer befreit. Altbeſitz wird auch nach dem 1. Juli 1920 als vorliegend angenommen im Falle des Erwerbs durch Erbſchaft, Auseinanderſetzung, Schenkung und ähnlichen Rechtsübergängen. Die Vorrechte des Altbeſitzers kann man nur beanſpruchen, wenn die Schuldverſchreibungen binnen 1 Monat ſeit Aufforderung durch den Schuldner bei dieſem oder bei der ein ihm zu beſtimmenden Stelle angemeldet werden. Eine ganze Anzahl von Schuldnern hat dieſe Aufforderungen zur Anmeldung bereits veröffentlichen laſſen. Der Anmeldung müſſen die erforderlichen Beweismittel beigefügt oder binnen einem weiteren Monat nachgereicht werden. Die Aufforderung zur Anmeldung hat im Deutſchen Reichsanzeiger und in den anderen für die Veröffentlichungen des Schuldners beſtimmten Blättern zu erfolgen, und zwar ſpäteſtens am 30. September 1925. Zur Nachprüfung der Vorgänge bei der Anerkennung des Altbeſitzes können Reviſoren beſtellt werden (bei Akt.-Geſ., Komm.-Geſ. v. Aktien, G. m. b. H. und Gewerkſchaften gem. § 266, 267, 320 Abſ. 3 des Handelsgeſetz-Buchs). Gleiches gilt für eingetragene Genoſſenſchaften und Vereine. Hier bedarf es aber zur Ernennung von Reviſoren durch das Gericht eines Antrages des 10. Teiles der Mitglieder. Das Gericht hat auch dann Reviſoren zu beſtellen, wenn eine Verſammlung der als Altbeſitzer bereits anerkannten Gläubiger dies mit einfacher Mehrheit beſchließt. Die Anerkennung der Eigenſchaft als Altbeſitz iſt auf den Schuldverſchreibungen durch Stempelaufdruck kenntlich zu machen. Der nach der Bilanz zur Ausſchüttung an die Gewinnberechtigten zur Verfügung ſtehende Jahresreingewinn wird wie folgt verteilt und zwar vom Beginn des am 1. Juli 1925 laufenden Geſchäftsjahres, jedoch früheſtens vom Beginn des am 31. Dezember 1925 endenden Geſchäftsjahres. Z. B.

(Geſchäftsjahr: 1. 10.—30. 9.: Gewinnverteilung ab 1. 1. 1925.
„ 1. 4.—31. 3.: „ „ 1. 4. 1925.)

6 Prozent, berechnet auf das gewinnberechtigte Geſamtkapital, werden vorweg an die Geſchäftsinhaber oder Geſellſchafter verteilt, der Überſchuß des Reingewinns (94 Prozent) an die Geſamtheit der gewinnberechtigten Geſchäftsinhaber oder Geſellſchafter und an Inhaber der Genußrechte. Dabei entfallen für je 1 Prozent, des als Gewinnanteil in irgendeine Form den Geſchäftsinhabern oder Geſellſchaftern zugewieſen wird, je 2 Prozent bis insgeſamt 6 Prozent des Geſamtbetrags der Genußrechte auf die Inhaber der Genußrechte. Z. B.:

Gewinnberechtigtes Geſamtkapital		10 000 000 R.M.
Reingewinn		1 000 000 „
Die Geſchäftsinhaber oder Geſellſchafter erhalten vorweg 6 Prozent von 10 000 000 R.M.		600 000 „
Überſchuß des Reingewinns		400 000 „
Der Goldmarkbetrag der Schuldverſchreibungen berechnet ſich auf	4 000 000 R.M.	
Geſamtnennwert der Genußrechte 10 Prozent hiervon =	400 000 „	
Von dem Überſchuß des Reingewinns erhalten weiter:		
a) 3 Prozent von 10 000 000 R.M. der Geſchäftsinhaber oder Geſellſchafter		300 000 „
b) 6 Prozent von 400 000 R.M. die Inhaber der Genußrechte		24 000 „
		324 000 R.M.
c) den Reſt des Reingewinnes von erhalten dann die Geſchäftsinhaber der Geſellſchafter.		76 000 „

Bis zur Höhe des urſprünglichen Zinsſatzes der Schuldverſchreibung, aber nicht über 5 Prozent hinaus, werden die auf die Genußrechte entfallenden Beträge zu Verzinſung verwendet, im übrigen zur Tilgung des Nennwertes des Genußrechts. Z. B. urſprünglicher Zinsſatz 4 Prozent.

In Höhe von 4 Prozent von 400 000 R.M. Nennwert der Genußrechte, alſo in Höhe von 16 000 R.M. iſt dieſer Anteil zur Verzinſung zu verwenden.

Der Reſt des Anteils am Reingewinn (24 000 R.M.) mit 8 000 R.M. dient zur Tilgung des Nennwerts der Genußrechte.

Mittel für die Genußrechte dürfen nur für das Geſchäftsjahr verwendet werden, aus deſſen Gewinn die Mittel bereitgeſtellt werden.

Die aus dem Reingewinn des Geſchäftsjahres 1925 auf die Genußrechte entfallenden Beträge ſind alſo nur für das Geſchäftsjahr 1925 zu verwenden, für 1926 mithin weder ganz noch teilweiſe. Dies iſt wichtig, falls die Tilgung durch Ausloſung nicht jährlich erfolgt. Die Tilgung des Nennbetrags des Genußrechts erfolgt durch Ausloſung zum Nennwert, und zwar mindeſtens in 2 Geſchäftsjahren einmal. Die Beteiligung der Genußrechtsinhaber am Reingewinn darf durch Kapitalserhöhungen oder andere Maßnahmen des Schuldners nicht beeinträchtigt werden. Der beſtellte Reviſor (ſ. oben) kann darüber, ob eine Beeinträchtigung vorliegt, die Entſcheidung der Spruchſtelle (ſ. die IV. V.O. zur Durchf. der V.O. über Goldbilanzen vom 28. Auguſt 1924 RGBl. I S. 697) anrufen. — Kammergericht Berlin.) Der Schuldner muß der Spruchſtelle die erforderliche Auskunft geben. Stellt die Spruchſtelle das Vorliegen einer Beeinträchtigung feſt, ſo iſt die Maßnahme des Schuldners inſoweit der Genußrechtsinhabern gegenüber unwirkſam. Im Falle der Auflöſung oder Liquidation des Unternehmens des Schuldners erfolgt die Verteilung des nach Berichtigung der Schulden verbleibenden Vermögens nach Maßgabe der obigen Beſtimmungen. Es erhalten alſo zuerſt: 1 Prozent des verbleibenden Vermögens die Geſchäftsinhaber oder Geſellſchafter, und 2 Prozent die Genußrechtsinhaber und ſo fort, bis auf die Letzteren der Nennwert der Genußrechte ausgeſchüttet iſt. Der etwaige Reſt des Reingewinns erhalten die Geſchäftsinhaber oder Geſellſchafter.

Z. B. A. Reinvermögen nach Abzug der Schulden, zu denen auch die Obligationen gehören		4 000 000 R.M.
Nennwert der noch nicht getilgten oder ſonſt abgelöſten Genußrechte		2 000 000 „
Es erhalten:		
a) die Geſchäftsinhaber oder Geſellſchafter 50 Proz. von 4 000 000 R.M.		2 000 000 „
b) die Genußrechtsinhaber 100 Prozent von 2 000 000 R.M.		2 000 000 „
		4 000 000 R.M.
B. Reinvermögen (ſ. A.)	400 000 R.M.	
Nennwert d. Genußrechte (ſ. A.)	500 000 „	
Es erhalten:		
a) (ſ. A.) 28⁴/₇ Proz. v. 400 000 R.M.		114 285,71 R.M.
b) (ſ. A.) 57¹/₇ Proz. v. 500 000 „		285 714,29 „
		400 000,00 R.M.

Rechte des Schuldners.

a) Der Schuldner kann über die Genußrechte beſondere Genußſcheine auf den Inhaber oder an Order (wenn die Schuldverſchreibung an Order lautet), ausgeben. b) Er kann an Stelle der Genußrechte, eine Zuſatzaufwertung oder eine Barabfindung gewähren. 2. Er kann die Genußrechte durch Zahlung des Nennbetrages ablöſen. Es bleibt ihm überlaſſen, ob und welches dieſer Rechte er ausüben will. Im Falle zu b kann der Schuldner oder der Reviſor (ſ. oben) die Entſcheidung der oben erwähnten Spruchſtelle darüber anrufen, ob die Zuſatzaufwertung oder Barabfindung den Wert, den die Genußrechte z. Zt. der Gewährung haben, nicht unterſchreiten. Beſteht die Gefahr einer unbilligen Benachteiligung der Genußrechtsinhaber, ſo kann die Spruchſtelle die Entſcheidung über einen oben genannten Antrag auf Zeit zurückſtellen. Den Beſchluß über die Ausübung der oben zu a—c bezeichneten Befugniſſe iſt ſpäteſtens 3 Monate nach Ablauf des Geſchäftsjahres in den oben genannten Blättern zu veröffentlichen. Ein Beſchluß über die Rechte zu b und c kann binnen 3 Monaten nach Ablauf jedes Geſchäftsjahres gefaßt werden. Er iſt ebenfalls zu veröffentlichen. In der Bekanntmachung kann eine Ausſchlußfriſt von mindeſtens 6 Monaten beſtimmt werden, nach deren Ablauf die Genußrechte nur noch in der bekanntgemachten Form beſtimmt werden, nach deren Ablauf die Genußrechte nur noch in der bekanntgemachten Form ausgeübt werden können. Auch nach dem 13. 2. 1924 zurückgezahlte Schuldverſchreibungen unterliegen den Vorſchriften über das Genußrecht. In dieſem Falle können aber die Genußrechte nur durch Ausgabe von Genußſcheinen auf den Inhaber oder an Order, durch Zuſatzaufwertung, Barabfindung oder Ablöſung gewährt werden. Schuldner hat alſo hier nicht die Berechtigung ſondern die Verpflichtung, eine der 3 Formen zu wählen.

Bei Teilſchuldverſchreibungen kann über die Höhe der Aufwertung, über das Verlangen auf Herabſetzung des Aufwertungsbetrages und über die Genußrechte nur einheitlich gegenüber allen Gläubigern entſchieden werden; alſo auch für und gegen die am Verfahren nicht beteiligten Gläubiger. (Vgl. RGBl. 1899 S. 691 und 1914 S. 121.)

Gardinen-Woche

Künſtler-Garnitur aus engliſchem Tüll, 3teilig mit breitem Fuß und gemuſtertem Fond . . . . 3^{25}
Künſtler-Garnitur dichtgemuſterte Mitte, mit feiner Kante, normale Größe, beſonders preiswert . . . . 6^{40}
Halbſtores haltbares Etamine mit Einſatz, aus engl. Tüll und Klöppelſpitze als Abſchluß . . . . 1^{60}
Halbſtores engliſcher Tüll, reich gemuſtert, in guter haltbarer Qualität . . . . 3^{80}
Madras-Garnitur hellgrundig, in ſchönen bunten Muſtern, Querbehang mit Franſe, 3 teilig . . . . . . 5^{90}
Madras-Garnitur dunkelgrundig, mit wirkungsvollen, bunt., modernen Muſtern extra breite Schals, 3 teilig . . . . 22^{00}
Bettdecke 2 bettig, aus Etamine, mit ſchönen Einſätzen und Motiven . . . . 9^{50}

verbunden mit einer großen Ausſtellung von Teppichen, Möbelſtoffen und Dekorationen
im 2. Stock unſeres Hauſes.

Jute-Teppiche ſehr praktiſch im Gebrauch
ca. 130 × 200 **15.—** 160 × 240 **24.—** 200 × 300 **32.—**

Bouclé-Teppiche in vielen modernen Farben u. Muſtern
ca. 130 × 200 **33.50** 160 × 240 **53.—** 200 × 300 **78.—**

Axminſter-Teppiche nur beſte Qualität in ſelt. gr. Auswahl
ca. 130 × 200 **39.—** 160 × 240 **55.—** 200 × 300 **57.—**

Teppiche / Brücken / Bettvorleger und Felle
finden Sie bei uns in einer konkurrenzlos großen Auswahl zu allerbilligſten Preiſen.

Gardinen Meterware, kleingemuſterte Mitte, mit ausdrucksvoller, breiter Roſenkante, 107 cm breit . . . . . 1^{55}
Mull für Schlafzimmergardinen, aber gute Qualität . . . . . 1^{95}
Rollo-Köper gute, griffige Ware eigener Ausrüſtung . . . . gold 1.10 creme 1.05 weiß 98 Pf
Gobeline für Sofa- und Seſſelbezüge, gute haltbare Qualität, in verſchiedenen modernen Muſtern, 130 cm breit 6^{50}
Mokett für Klubgarnituren, gute, dauerhafte Ware, in ſchönen Muſtern und Farben, 130 cm breit . . . . . 8^{00}
Tiſchdecke zweireihiges Fantaſiegewebe, vorherrſchend grün und rot . . . . 5^{90}
Diwandecke in Perſer und Verduregeſchmack, griffige, dauerhafte Qualität, 145/280 . . . . 12^{50}

Großer

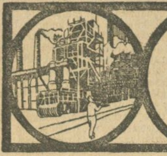
Wäſche-Verkauf

Beinkleid aus gutem Stoff mit Stickerei und Hohlſaum . . . . 2.75 1^{30}
Nachthemd aus prima Stoff, mit ſchöner Stickerei garniert . . . . 3.95 2^{75}
Garnitur Hemd und Beinkleid, aus feinſtem Makoſtoff, mit reicher Klöppelgarnierung . . . . 6^{90}
Nachthemd dazu paſſend, in moderner Form 6.25

Garnitur Hemd und Beinkleid, aus feinſtem Mako mit eleganter Hohlſaum- und Klöppelgarnierung . . . . 7^{90}
Nachthemd dazu paſſend, eleg. Form mit abgebund. Taille 7.25
Prinzeßrock in gleicher Ausführung 7.25

Prinzeßrock aus haltbaren Stoffen mit reicher Stickerei garniert 3.75 2^{75}
Hemdhoſe Windelform, guter Stoff mit ſchöner Stickerei garniert . . . . 2^{75}
Garnitur Hemd und Beinkleid, aus feinſtem Stoff, mit ganz aparter Stickereigarnitur . . . . 9^{90}
Nachthemd, dazu paſſend in ſehr ſchöner Ausführung . . 8.25
Prinzeßrock in gleicher Ausführung 8.25

BRUMMER ★ BENJAMIN
Spörer
HALLE • GR. ULRICHSTR. 22–24 • RANNISCHER PLATZ



Industrie · Handel · Wirtschaft

Die Mitteleuropäische Wirtschaftstagung in Wien.

In der ersten Hälfte des September fand, wie wir bereits schon meldeten, in Wien eine **Mitteleuropäische Wirtschaftstagung** statt. Sie war von einflußreichen Wirtschaftlern des In- und Auslandes besucht und machte durch die Zusammensetzung der Teilnehmer äußerlich den Eindruck einer Komitee-Tagung des Völkerbundes. Dazu trug schon der Umstand bei, daß in drei und noch mehr Sprachen verhandelt wurde.

Unter den Teilnehmern erwies sich als stärkste Potenz der bekannte ungarische Staatssekretär a. D. Professor Dr. Elemér Hantos (Budapest), der übrigens die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten in verschiedenen Büchern (Verlag Fischer, Jena) behandelt hat. Es ist daher notwendig, sich besonders mit seinen Gedanken und Konstruktionen zu beschäftigen. In seinem Buche „Die Handelspolitik in Mitteleuropa" spielt die sogen. Groß-Mitteleuropäische Lösung eine Rolle, was heißen soll, daß das vorliegende Problem unter Einbeziehung des Deutschen Reiches zur Regelung vorgeschlagen wird. Im Rahmen der Tagung ergab sich aber, daß Hantos für die Klein-Mitteleuropäische Lösung eintrat, sonach die wirtschaftliche Kooperation lediglich auf den Nachfolgestaaten (Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Südslavien und Rumänien) beschränken wollte. Hantos drang aber damit nicht durch und das Verdienst, die Klein-Mitteleuropäische Lösung vereitelt zu haben, gebührt dem südslawischen Vertreter. Hantos war im übrigen der Ansicht, daß die Groß-Mitteleuropäische Lösung zurzeit nicht aktuell sei. Er mußte aber, wie gesagt, die Groß-Mitteleuropäische Lösung akzeptieren, jedoch wurde die Einbeziehung Deutschlands auch noch auf Frankreich und England erweitert, so daß das gegründete Arbeitskomitee, hervorgegangen aus der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung, ein gesamteuropäisches wurde. Dieses Arbeitskomitee setzt sich aus folgenden Ländervertretern zusammen: 3 Österreicher, 1 Reichsdeutscher, 1 Engländer, 1 Franzose, 1 Italiener, 1 Schweizer, ein Ungar, 1 Holländer, 1 Tscheche, 1 Kroate und 1 Pole. Präsident des Komitees ist Professor Dr. Reisch (Präsident der Österreichischen Nationalbank). **Deutschland** vertritt Minister a. D. Dr. Georg Gothein (Berlin), Holland Minister a. D. Dr. van Gyn (Berater der Österreichischen Nationalbank), Frankreich Handelskammer-Präsident Kempf (Paris) usw.

Die angenommene **Entschließung**, entworfen von Professor Hantos, lautet:

„Die Mitteleuropäische **Wirtschaftstagung** erblickt ein Hauptübel der mitteleuropäischen Wirtschaftslage in der weitgehenden Isolierung der kleinstaatlichen Volkswirtschaften. Das Streben nach Autarkie hat den mitteleuropäischen Wirtschaftsorganismus zerrissen, das wirtschaftliche Eigenleben der mitteleuropäischen Staaten auf zu schmale Grundlagen gelegt und hierdurch unwirtschaftlich gestaltet.

Die Mitteleuropäische Wirtschaftstagung ist der Auffassung, daß durch die **Schaffung eines ausgedehnteren Wirtschaftsgebietes** im Wege des Zusammenarbeitens der wirtschaftlich aufeinander angewiesenen Mißstände behoben werden könnte. Zu diesem Ende wäre eine Reihe von Übereinkommen nötig, die die Vorteile eines größeren Wirtschaftsgebietes bei gegenseitiger Achtung der vollkommenen politischen und wirtschaftlichen Souveränität der einzelnen Staaten sichern könnten. Die zwischenstaatlichen Abkommen hätten sich auf das handelspolitische, verkehrspolitische und währungspolitische Gebiet zu erstrecken.

Handelspolitisch wäre es wünschenswert, ein eigenes **Zollregime** für das Gebiet der mitteleuropäischen Staaten auf der Grundlage der gegenseitigen Vorzugsbehandlung zu erstreben und die Erschwerungen des Personen-, Zahlungs- und Kapitalverkehrs auf ein Mindestmaß herabzusetzen.

Verkehrspolitisch wäre es wünschenswert, den Zusammenschluß der nationalen **Eisenbahnsysteme** zu fördern. Die wirksamere Ausnützung der Donauschiffahrt sollte einerseits durch die Kooperation der nationalen Schiffahrtsgesellschaften, andererseits durch die Kooperation der Land- und Schiffbeförderung im Wege eines gemeinsamen Tarif- und Umschlagssystems erfolgen.

Währungspolitisch wäre es wünschenswert, die verschiedenen Währungseinheiten auszugleichen und die Kooperation der mitteleuropäischen Notenbanken zu fördern.

Um die Durchführbarkeit dieser Leitsätze vom Standpunkte aller Beteiligten zu erwägen, wird aus den Vertretern der mitteleuropäischen Staaten eine gemeinsame permanente **Arbeitskommission eingesetzt**, welche den ganzen Komplex der wirtschaftlichen Annäherung zu bearbeiten bestimmt ist und die Gründung einer ständigen mitteleuropäischen Wirtschaftsorganisation vorzubereiten."

*

Die deutschen Spareinlagen im August.

Zum ersten Male seit mehreren Monaten weist im August die Zuwachsziffer der Spareinlagen eine, wenn auch geringe Steigerung auf; die Einlagen bei den preußischen Sparkassen sind im August um 52 Millionen Mark gestiegen und betragen nunmehr 896,56 Mill. Mark, also fast 900 Mill. Mark (Ende 1924 waren es 404,1 Mill. Mark). Diese langsame, aber stetige Zunahme der Spareinlagen der Bevölkerung ist ein sehr erfreuliches Anzeichen für die Gesundung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und läßt die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß bei fortschreitender Kapitalbindung im Inland der Kreditnot die Schärfe genommen und auch eine Verbilligung der Zinsenlasten erreicht wird.

Aufhebung der Mehrzahl der Einfuhrverbote.

Im „Reichsanzeiger" erscheint jetzt die schon angekündigte Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums über die Regelung der Einfuhr, wonach sämtliche Einfuhrverbote mit wenigen Ausnahmen beseitigt werden. Das Einfuhrverbot für polnische Waren bleibt bestehen, bis mit Polen eine Verständigung über die wirtschaftlichen Fragen erzielt ist. Außerdem sind der Schweiz gegenüber gemäß den mit ihr kürzlich getroffenen Vereinbarungen einstweilen noch einige Waren von der Freigabe der Einfuhr ausgenommen worden. Frankreich gegenüber bleibt das Einfuhrverbot für Teerfarben bestehen. Diese Maßnahme ist gelegentlich der Fühlungnahme über die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit der französischen Regierung besprochen worden, und hat ihren Grund darin, daß Frankreich ein sich ausschließlich gegen Deutschland richtendes Einfuhrverbot besitzt.

*

Die Durchführungsbestimmungen der Aufwertung in Preußen.

Die Arbeiten über die Durchführungsbestimmungen der Aufwertung in Preußen stehen kurz vor ihrer Beendigung. Nach nochmaliger Fühlungnahme mit den einzelnen Landesregierungen wird über die letzten Fragen in den ersten Tagen der nächsten Woche entschieden werden. Im Laufe der kommenden Woche wird sodann die Verordnung über die Aufwertung bei den Sparkassen und voraussichtlich auch die 3. Verordnung über die Ablösung der Anleihen herausgegeben werden. Die 1. Verordnung ist bekanntlich vom 18. Juli, die 2. vom 11. September datiert. Die zu erwartende 3. Verordnung enthält die für die Öffentlichkeit recht wichtigen Bestimmungen hinsichtlich der **Aufwertung der Landes- und Kommunalanleihen.**

*

Stillegungen im Braunkohlenbergbau.

Die Wirtschaftskrise hat auch den deutschen Braunkohlenbergbau stark in Mitleidenschaft gezogen. Am deutlichsten spricht sich dies in den Stillegungen aus, die vorgenommen werden mußten. Im Ostelbischen Syndikatsbezirk sind nicht weniger als 27 Gruben von der Stillegung betroffen worden.

Auch im Gebiet des **Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats** hat die Krise bedeutende Opfer gefordert. Hier wurden folgende Gruben stillgelegt: Grube Wilhelmschacht, Grube Gorma (Dea), Grube Adelheid (Dea), Grube Ernst (Anhaltische Kohlenwerke), Zechau; Grube Teuchern, Krug; Grube Pauline, Knapendorf; Grube Langenbogen (nur Schwelerei), Grube Emma, Grube Neue Hoffnung, Pömmelte; Grube Friederike, Grube Eggersdorf, Grube Marie-Luise, Grube Treue I, II, IV der Braunschweigischen Kohlenwerke, Grube Drusel, Möncheberg; Grube Ostheim.

Sie nutzen sich selbst

und Ihrer Zeitung
wenn Sie schlechte, unregelmäßige
und verspätete Zustellung dem Verlag zur
Kenntnis bringen, damit Abhilfe
geschaffen werden
kann.

Merseburger Korrespondent
Bezugs-Abteilung.

*

Die Stinnes-Liquidation.

Abstoßung der Buch- und Zellstoffinteressen.

Die nach der Abstoßung der „DAZ." übriggebliebenen größeren Reste der Stinnes'schen GmbH. Buch- und Zellstoffgewerbe sollen jetzt vor dem Verkauf stehen. Der Kaufpreis, den die beiden gemeinsam gegenüber dem Stinneskonsortium aufgetretenen Kaufreflektanten für die in der GmbH. zusammengefaßten Unternehmungen gewähren wollen, ist 8,5 Mill. RM. Die Reflektanten sind eine Druckerei in Berlin und eine Verlagsfirma in Leipzig.

Verkauf der Stinnes-Hotels.

Die beiden zum Stinnes-Konzern gehörenden Hotels „Esplanade" (Berlin) und „Atlantic" (Hamburg) werden laut Blättermeldungen in den Besitz einer Hotelgruppe übergehen, die aus der Ritz-Carlton-Compagny-London und Gebrüder Brenner, Baden-Baden (Brenner-Hotelkonzern) besteht. Die Verhandlungen stehen vor dem Abschluß. Die Übernahme soll am 1. Dezember d. J. erfolgen. Als Kaufpreis werden 12 Millionen Mark genannt.

*

Die englischen Tuche werden billiger.

Angesichts der Tatsache, daß zum erstenmal seit vielen Jahren die Rohwollpreise auf einer verhältnismäßig niedrigen Basis ziemlich stabil bleiben sind in den englischen Textilbezirken Bradford und Huddersfield die Großhandelspreise für alle Qualitäten in letzter Zeit erheblich gesunken. Die besten Tuchqualitäten kosten in Bradford jetzt 1 Schilling 2 Pence bis 2 Schilling per Yard weniger als vor einem Jahre. Die Tuchindustrie hat sich infolgedessen merklich belebt, da die niedrigeren Preise offensichtlich einen sehr günstigen Einfluß auf das Geschäft ausüben. Es wird nur darüber geklagt, daß der Detailhandel sich der neuen Bewegung sehr langsam anpaßt. So wurde festgestellt, daß Tuche, welche die Detailisten zu 6 Schilling 11 Pence gekauft haben, von ihnen zu 18 Schilling per Yard abgegeben werden. Man erwartet jedoch einen weiteren Rückgang der Preise. Vor allem ist eine Bewegung im Gange, die Bradford Dyers' Association, welche das Monopol für Färberei und Appretur in England hat, zu einer Herabsetzung ihrer Preise zu veranlassen. Damit würde englisches Tuch weiter um mehrere Pence billiger werden. In allernächster Zeit wird sich daher der Detailhandel und die Konfektion dieser Bewegung anschließen müssen.

*

Von den heutigen Börsen.

Vom Devisenmarkt.

Am Berliner Devisenmarkt war das Geschäft still. Die Veränderungen hielten sich sämtlich in engen Grenzen. Die romanischen Valuten zeigten durchweg eine leichte Befestigung, ebenso die nordischen Valuten, jedoch ging keine der Veränderungen um Bruchteile der Währungseinheit hinaus. London gegen Paris 102,38, Paris gegen Kabel 21,15, London gegen Belgien 110,00, London gegen Italien 119¼, London gegen Madrid 33,64, London gegen Oslo 23,75, London gegen Kopenhagen 19,94, London gegen Stockholm 18,05. Der polnische Zloty schwankte unverändert zwischen 6,05 bis 6,10. Das englische Pfund stellt sich bei geringer Bewegung auf 4,8453 für London gegen Kabel. Am Markt der Dollarnoten hat sich die Lage weiterhin beruhigt. Die Noten lagen wieder etwas abgeschwächt.

Devisenkurse vom 28. September.

London 1 Pfund 20,324 Geld; New York 1 Dollar 4,195 Geld; Amsterdam-Rotterdam 100 Gulden 168,76 Geld; Brüssel-Antwerpen 100 Franken 18,33 Geld; Italien 100 Lire 17,07 Geld; Jugoslawien 100 Dinar 7,44 Geld; Kopenhagen 100 Kronen 101,17 Geld; Paris 100 Franken 19,86 Geld; Prag 100 Kronen 12,425 Geld; Schweiz 100 Franken 81,01 Geld; Stockholm-Gothenburg 100 Kronen 112,61 Geld; Wien 100 Schilling 59,20 Geld.

Berliner Börse vom 28. September.

Bei großer Geschäftsstille setzten im heutigen Effektenverkehr die Kurse im allgemeinen mit nur geringfügigen Änderungen ein. Besondere Anregungen lagen nicht vor. Aber der Mangel an Käufern hat ein Abbröckeln der Kurse zur Folge. Diese Bewegung ging aus von Rheinstahl-Aktien, die etwa 2 Prozent nachgaben. Dagegen blieben die Braunkohlenpapiere fest. Das Geschäft beschränkte sich so ziemlich auf den Montanaktienmarkt. Hansa-Lloyd befestigten sich um 3–3½ Prozent. Der schwache Besuch der Börse infolge des jüdischen Feiertages hinderte den Geschäftsgang nicht. Bankaktien veränderten sich nur unbedeutend. Deutsche Anleihen gingen zurück auf den vorgestrigen Stand. Am Geldmarkt zeigte sich eine gewisse Spannung. Die Sätze stellten sich für Tagesgeld auf 9½–11, für Monatsgeld über Ultimo 10½–12 Prozent.

Berliner Produktenbörse vom 28. Septbr.

Amerikanische und Liverpooler Gerüchte melden Abschwächungen an den Getreidemärkten. Hierdurch beeinflußt, gaben auch am hiesigen Produktenmarkte die Lieferungspreise für Weizen und Roggen etwas nach, obwohl das Inlandsangebot in Weizen gering bleibt, während Exportfrage weiter fortbesteht. Auch Roggen war auf Abladung nur mäßig offeriert, aber auch nur wenig verlangt. Gerste blieb wenig gefragt. Hafer war ruhig. Mehl hatte mäßigen Absatz.

Berliner Schlachtviehmarkt vom 26. Sept.

Auftrieb: 2551 Rinder (davon 570 Bullen, 881 Ochsen, 1099 Kühe und Färsen), 1270 Kälber, 8435 Schafe, 6287 Schweine, 168 ausländische Schweine, 60 Ziegen. Es notierten: Ochsen: 1. Kl. 55–60, 2. Kl. 48–52, 3. Kl. 42–46, 4. Kl. 35–40; Bullen: 1. Kl. 54–56, 2. Kl. 46–50, 3. Kl. 39–44; Färsen und Kühe: 1. Kl. 54–58, 2. Kl. 43–50, 3. Kl. 32–40, 4. Kl. 25–28, 5. Kl. 20–22; Kälber: 2. Kl. 90–98, 3. Kl. 80–88, 4. Kl. 65–75, 5. Kl. 55–60; Schafe: 1. Kl. 56–58, 2. Kl. 35–45, 3. Kl. 24–30; Weidemastschafe: 1. Kl. 58–61, 2. Kl. 40–51; Schweine: 2. Kl. 99–100, 3. Kl. 96–99, 4. Kl. 90–95, 5. Kl. 85–91, 6. Kl. 87–92; Ziegen: 20–25. — Marktverlauf: Rinder und Kälber ziemlich glatt, Schafe ruhig, Schweine glatt.

Leipziger Börse vom 26. September.

Die Börse verkehrte zum Wochenschluß in der üblichen Sonnabendstille. Bemerkenswert war, daß die gewöhnlich am Wochenende einsetzenden Deckungskäufe fast vollkommen ausblieben. Trotz der Geringfügigkeit der Umsätze konnte sich die gestern in Erscheinung getretene leichte Erholung weiterhin durchsetzen.

Leipziger Produktenbörse vom 26. Sept.

Weizen, inländischer, ruhig 206–216; Roggen, inländischer, ruhig 162–172; Sommergerste, inländische, ruhig 220–245; Wintergerste ruhig 185–195; Hafer, inländischer, ruhig 210–230; Hafer, neuer 180–200; Mais, amerikanischer, runder, ruhig 205–212; Raps, ruhig 325–345; Erbsen (inländische Viktoria) ruhig 250–285. — Die Preise verstehen sich für 1000 Kilo netto für Ware, prompt Parität fracht frei Leipzig in Reichsmark. Alle Notierungen bez. u. Br. Tendenz ruhig.

Kurszettel des Merseburger Korrespondent.

Börsen vom 26. September 1925.

Reichsbankdiskont 9 %

Mitgeteilt von der Commerz- und Privat-Bank

Berliner Börse

	Gold Stckl.	Heut. Kurs	Vor. Kurs
Deutsche Anleihen.			
Dt. Goldanl. kl. Stücke v. 35 Doll. 1–5		100,–	100,–
dto. gr. Stck. v. 35 Doll. 10–1000		90,25	90,25
Dt. Doll.-Schatzanwsg.		95,25	95,10
8–15 % Dt. Reichssch. K 23 (für 1 Million)		0,204	0,201
5 % Dt. Reichsanleihe (Kriegsanleihe)		0,2275	0,22
4 % dto.		0,29	–,–
3½ % dto.		0,275	0,285
3 % dto.		0,445	0,455
Sparprämienanleihe		0,13	0,13
4 % Preuß. Consols		0,2525	0,25
3½ % dto.		0,27	0,282
3 % dto.		0,255	0,255
4 % Sächs. Prov.-Anl. 5–7		–,–	–,–
4, 3½, 3 % Landschftl. Zentral-Pfandbr.		–,–	–,–
4, 3½, 3 % Sächs. landschaftl. Pfandbr.		8,25	8,26
4½ % Bad. Anilin-Obl. v. 19		5,70	5,70
4½ % Donnersm.-Obl. v. 19		0,80	0,80
4½ % Dyckerh. & Widm. Obl. v. 20		[illegible]	[illegible]
4½ % Engelh.-Br.-Obl. v. 22		0,31	0,31
4½ % Höchster Farben Obl. v. 19		[illegible]	4,48
4½ % Ilse Bergb. O. v. 19		2,56	2,60
4½ % Schulth. Patz. Obl. v. 20		–,–	–,–
6 % Dt. Zuckerwertanl.		10,–	9,85
5 % Elektr. Zw. Mitteld.		2,50	2,50
5 % Neckar-Goldanl.		–,–	–,–
10 % Prov. Sächs. ld. Gold-Pfandbr.		81,–	81,50
5 % Prov. Sächs. ld. Roggen-Pfandbr.		4,67	4,75
5 % Sächs. Goldk.-Anl.		70,50	71,–
6 % Zuckerkredit Gold		71,25	71,25
Schiffahrts-Aktien.			
Hamburg-Amerika	300	58,85	57,90
Hansa Dampf.	50	75,50	73,50
Norddeutscher Lloyd	40	62,75	62,50
Verein. Elbeschiff.	40	33,25	34,–
Bank-Aktien.			
Berliner Handelsges.	100	126,50	126,75
Braunschweiger Bank	20	60,–	60,–
Commerz- u. Priv.-B.	60	95,–	95,–
Darmstädt. und Nat.	100	108,65	109,–
Deutsche Bank	60	110,–	110,–
Diskonto Comm. Ant.	40	102,75	102,75
Dresdner Bank	20	100,–	100,25
Halle Bankverein	20	81,–	81,–
Leipziger Cred.-Anst.	20	80,50	80,50
Reichsbank Ant.	100	135,25	137,50
Sächs. Bank		54,–	54,–
Wiener Bankverein		5,65	5,65
Brauerei-Aktien.			
Engelhardt-Brauerei	300	119,–	118,–
Schulth. Patzenhofer	20	115,90	116,25
Riebeck-Brauerei	250	75,–	75,50
Industrie-Aktien.			
Aachener Spinnerei		0,175	0,20
Afa	100	117,75	117,75
A. E. G.	50	94,25	94,25
Ammendorfer Papier	50	128,25	126,25
Augsb.-Nürnb. Masch.	200	95,–	95,25
Badische Anilin	120	121,75	121,75
Baroper Walzwerk		10,50	11,50
Bazar Genußscheine		62,25	–,–
Bedburger Wolle	20	61,–	60,–
J. P. Bemberg	200	166,91	166,–
J. Berger Tiefbau	50	107,50	108,–
Bergmann Elektr.	200	73,–	75,50
Berliner Holzkompt.	100	45,75	47,–
Bln. Masch. Schwartzk.	1000	74,–	75,10
Beton und Monierbau		1,60	1,70
Bochumer Guß	20	68,–	69,13
Braunkohle u. Brikett	500	91,–	92,–
Charlottenburg. Wasser	120	60,10	61,–
Chem. Heyden	40	50,25	50,10
Chem. Gelsenkirchen	1000	60,–	59,–
Conti. Kautschuk	40	123,–	125,–
Daimler Motoren	60	39,25	42,–
Dessauer Gas	80	72,–	73,50
Dt. Atl. Telegrafen	150	47,25	46,–
Dyckerhoff & Widm.	60	28,–	27,50
Dynam. Nobel	120	78,70	78,–
Eilenbg. Cattun	60	–,–	93,50
Elberfelder Farben	200	118,50	120,50
Etzold & Kießling	100	74,–	74,–
Fahlberg List	60	48,50	50,–
Froebeln Zucker	80	55,25	55,50
Gelsenk. Bergwerk		52,–	52,–
Genthiner Zucker		0,80	0,85
G. f. el. Untern.	100	118,–	118,–
Glauz. Zucker	120	85,30	85,10
Görlitzer Waggon	20	27,–	27,10
Gothaer Waggon	60	38,25	39,–
Harp. Bergwerk	600	101,13	102,–
Hetzer Weimar	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Hildebrand Mühlen	40	39,50	39,50
Hirsch Kupfer	150	87,50	87,75
Höchster Farben	200	118,75	118,75
Holzmann, Philipp	80	57,25	56,–
Ilse Bergbau	100	[illegible]	[illegible]
Kahla Porzellan	100	59,–	59,–
Kali Aschersleben		117,13	117,13
Kattowitz Bergbau		11,60	11,75
Kirchner & Co.	250	79,50	79,50
Koehlmann Stärke	60	82,50	84,90
Köln Rottweiler	140	99,25	80,–
Lahmeyer & Co.	150	76,–	75,–
Leonhard Braunkohle	200	67,50	67,50
Leopoldgrube	140	61,–	61,25
Mansfeld	50	66,–	69,–
Maschin. Buckau	20	75,30	75,10
Oberschles. Eisenb. Bed.	60	50,75	52,50
Ostwerke	150	100,50	100,50
Panzer		6,75	7,–
Phönix Bergbau	300	73,25	72,10
Phönix Braunkohle		33,–	31,–
B. Polack		1,40	1,40
Rhein. Elektrizität	100	62,50	63,–
Rombach. Hütte	300	37,05	37,55
Rositzer Zucker	200	86,50	86,50
Rütgerswerke	100	69,50	70,25
Sachsenwerk	20	56,50	57,13
Salzdetfurth Kali	160	151,–	151,–
Sarotti Schokolade	20	113,–	113,–
Schering chem.	250	112,25	112,25
Schulz jr.	200	85,–	–,–
Siegen-Solinger Guß	40	34,50	35,–
Siemens & Halske	700	77,75	80,25
Stinnes Riebeck Mont.	400	75,65	75,25
Stöhr Kammgarn		29,50	30,–
Thüringer Gas	20	60,–	60,50
Trachenb. Zucker	20	50,50	51,–
Union chem. Prod.		12,25	12,–
Ver. Glanz. Elbe	300	31,5–	31,50
Ver. Kohle Borna		–,–	59,90
Wanderer-Werke	100	107,–	108,75
Wegelin & Hübner	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Wrede Mälzerei	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Zeitzer Maschinen	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Zwickauer Maschinen	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Freiverkehr.			
Halle Kali	300	98	98
Kali Krügerhall	80	92–93	94
Api		–	–
Diamond shares		22,65	22,50
Nationalfilm		0,40	–
Ufa	150	62,50	63,50
Becker Stahl		–,–	–
Brown Boveri		55–57	55
Chem. Zeitz		–	–,–
Hochfrequenz	60	69	69
Kursächs. Braunkohlen		–	–
Sichel		5–5,50	–
Stralauer Glas	200	75	53–55
Tucher Brauerei			
Bezugsrechte:			

Leipziger Börse

		Heut. Kurs	Vor. Kurs
Industrie-Aktien.			
Altenburger Landkraft		57,5	56,–
Busch Waggon		46,25	46,5
Chromo Najork		62,–	60,25
Cröllwitzer Papier		113,0	113,
Dermatoid Werke		50,–	54,50
Förster & Co.		18,–	21,–
Groß Kunstanstalt		37,50	37,50
Halle Zimmermann		28,–	28,–
Halle Pfännerschaft		56,–	55,–
Halle Zucker		15,–	15,–
Hartm. Sächs. Masch.		40,–	40,75
Hupfeld, Ludw.		52,25	53,–
Kästner, Carl		1,10	1,10
Körbisd. Zucker		–,–	–,–
Krietsch Mühle		42,50	41,50
Landkraftw. Leipzig		[illegible]	[illegible]
Leipz. Buch Fritzsche		[illegible]	[illegible]
Lindner, Gottfr.		[illegible]	[illegible]
Naumann Brauerei		[illegible]	[illegible]
Norddt. Woll. u. Kg.		101,–	106,–
Paradiesb. Steiner		111,50	111,25
Peniger Masch.-Fabr.		28,–	25,–
Pittler Werkzeug		127,–	127,–
Rauchwaren Walter		63,50	63,75
Reinstrom & Pilz		48,–	48,–
Riquet & Co.		83,–	83,50
Schubert & Salzer		111,–	111,–
Sondermann & Stier		–	–
Steingut Colditz		86,–	[illegible]
Textilose Clavies		13,75	13,75
Thüringer Gas		60,25	60,25
Tränkner & Würker		74,–	74,–
Ullersdorfer Werke		40,–	40,–
Votanwerke		37,–	39,–
Zeitzer chem. Fabriken		28,25	28,375
Zittauer Mechan. Web.		70,50	70,50
Freiverkehr.			
Apparatebau Weimar		0,40	0,40
Bauchwitz Pischerer		0,10	0,10
Busch Waggon Genüsse		9,–	10,–
Döhn, Max		0,535	0,47
Eitner, Hans		0,38	0,38
Herbig Rauchfuß		–	
Kammgarn Silberstr.		0,29	0,32
Leutke Piano		0,31	0,35
Norddt. Genußsch 500		56,–	53,–
dto. 1000		109,–	110,–
Poege Elektr.		39,50	41,–
Reform Motoren		20,25	20,25
Richter, F. A. Steinbaukasten		20,–	22,–
Samsonia		4,60	4,20
Seidel & Naumann		–,–	–,–
Thür. Zucker Walschleb.		24,–	23,75
Wollwaar Heinichen		0,6	0,6
Bezugsrechte:			

Aus aller Welt.

Ein Grubenſchacht eingeſtürzt.

Fördertürme und Hauptbetriebsgebäude im Waſſer verſunken.

Duisburg, 28. Sept. (TU.) Auf Schacht I der Zeche „Haniel“ bei Sterkrade ereignete ſich am Freitag und Sonnabend ein großes Unglück. Am Freitag nachmittag machte ſich auf der zweiten Sohle des 600 Meter tiefen Schachtes ein Waſſereinbruch bemerkbar, der ſich erſt am Sonnabend voll auswirkte. Anſcheinend iſt, wie die Bergbaukommiſſion bisher feſtgeſtellt hat, das Unglück auf den Bruch einer Schachtmauer zurückzuführen. Die Waſſermaſſen ergoſſen ſich am Sonnabend mittag in den Schacht. Sechs Bergleute waren zurzeit des Unglückes auf der erſten Sohle beſchäftigt und wurden von der ungeheuren Wucht des Luftdruckes mehrere Meter weit fortgeſchleudert. Außer einem Armbruch eines Bergmanns erlitten die Bergleute keine erheblichen Verletzungen. Sie konnten ſich noch rechtzeitig vor den Waſſer- und Schlammfluten in Sicherheit bringen.

Die Waſſerfluten ſetzten mit ungeheurer Geſchwindigkeit den ganzen Schacht unter Waſſer. Sie konnten ſich dann durch einen großen Zugang den Weg zu den anderen Zechen bahnen. Die Zechen der „Guten Hoffnungs-Hütte“ in Sterkrade und Oſterfeld waren ſtark gefährdet. In dieſen Zechen der „Guten-Hoffnungs-Hütte wurden die unterſten Sohlen durch die Schlammaſſen in einer Höhe von 75 Zentimeter und mehreren Kilometern Ausdehnung überflutet. Ein Einſturz dieſes Schachtes wurde durch rechtzeitiges Abdämmen der Schlammfluten verhindert.

Am Sonnabend nachmittag ſtürzte der Schacht I der Zeche „Haniel“ vollſtändig ein. Die darauf befindlichen großen modernen Förderanlagen, das Hauptbetriebsgebäude und ein Teil der Nebengebäude, ſowie eine große Menge Maſchinen verſanken in den ſich bildenden Waſſer- und Schlammaſſen, die eine Ausdehnung von 70 bis 80 Metern haben. Das ganze bildet ein wüſtes Chaos von Schlamm, Steinen und Balken. Der Schacht iſt vollſtändig zerſtört. Auch Schacht II der Zeche „Haniel“ iſt ſtark gefährdet und man rechnet unter Umſtänden mit derſelben Kataſtrophe für dieſen Schacht. Die anderen Bergwerke der Umgebung ſind vorläufig gerettet. Die Bergbaukommiſſion war ſofort an Ort und Stelle. Die Unterſuchung über die Urſache des Unglückes dauerte bis in den Sonnabend abend fort, hat jedoch noch kein abſchließendes Urteil gezeitigt.

Duisburg, 28. Sept. Das Unglück auf der Zeche „Haniel“ iſt wahrſcheinlich durch Bruch eines Tübbingringes in der Schachtmauer erfolgt, die dann von den Waſſermaſſen eingedrückt wurde. Auch an eine Förderung auf der zweiten Sohle iſt vorläufig nicht zu denken. Der Bericht der Bergbaukommiſſion über das Unglück wird erſt am Montag veröffentlicht werden.

Amerikaniſches Unterſeeboot geſunken.

Faſt die ganze Beſatzung ertrunken.

Newyork. Das Unterſeeboot „S 51“ iſt infolge eines Zuſammenſtoßes mit dem Dampfer „Stadt Rom“ Freitag abend 20 Meilen öſtlich vom Block Island geſunken. Von der Beſatzung des Unterſeebootes ſind 37 Perſonen ertrunken, drei Mann wurden durch den Dampfer gerettet.

Verhafteter Kurpfuſcher.

Die Wiener Polizei verhaftete den angeblichen Arzt Dr. Fritz Döſtler, der in Wien die ärztliche Praxis unbefugt ausgeübt und auch in Duisburg als Arzt auftrat. Nach längerem Leugnen geſtand er ein, daß er der in Baden geborene Robert Rödigheimer ſei. Er ſei wohl in der mediziniſchen Fakultät in Straßburg immatrikuliert geweſen, habe jedoch ſein Studium nicht voll beenden können und durch Fälſchung der Dokumente ſeines Vaters das Doktordiplom uſurpiert.

200 Häuſer verbrannt.

Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus Warſchau meldet, brannten in dem Dorfe Rokitno Sclacheck 200 Gebäude nieder. Der Verluſt beträgt mehrere Millionen. Etwa 60 Familien ſind obdachlos.

Typhuserkrankungen in Schleſien.

Zu den Typhuserkrankungen in Schleſien wird den „Breslauer Neueſten Nachrichten“ vom Kreisarzt in Reichenbach geſchrieben: Der Typhus in Langenbilau hat in der letzten Woche ſtark abgeflaut. Es waren ſeit Beginn der Epidemie im Juni rund 90 Perſonen erkrankt, davon ſind acht geſtorben. Im Krankenhauſe liegen zurzeit etwa 20 Perſonen. In Reichenbach waren bis zum Ende der vorigen Woche drei Perſonen von Typhus infiziert, eine iſt geſtorben. In anderen Orten kamen bisher nur vereinzelte Fälle vor.

Fünf Familien an Fleiſchvergiftung erkrankt.

Im Norden Berlins und in Charlottenburg ſind fünf Familien nach dem Genuß von Schabefleiſch unter ſchweren Vergiftungserſcheinungen erkrankt. Drei Perſonen liegen im Krankenhauſe bedenklich darnieder.

Hagen bei Winnum iſt die achtköpfige Familie eines Gutsbeſitzers unter ſchweren Vergiftungserſcheinungen erkrankt. Die Frau iſt bereits geſtorben.

Brand bei der Phönix-Aktiengeſellſchaft.

Durch Großfeuer wurde in Hamm die Verzinkerei der Phönix-Aktiengeſellſchaft vollſtändig zerſtört. Das Feuer war durch Überheizung einer Zinkpfanne entſtanden. Die Verzinkerei der Phönix-Aktiengeſellſchaft fällt für die erſte Zeit aus. Das Werk wird ſeine laufenden Aufträge durch Schweſterwerke erledigen laſſen. Die etwa 200 Mann ſtarke Belegſchaft des betreffenden Betriebes ſoll mit den Räumungsarbeiten beſchäftigt werden. Man hofft, in etwa vier Wochen den Betrieb der Verzinkerei wieder aufnehmen zu können.

Brand einer Dampferladung.

Hamburg. Auf dem am Aſiakai liegenden deutſchen Dampfer „Hemſoth“ brach Feuer aus, das an der aus Baumwolle und Harz beſtehenden Ladung reiche Nahrung fand. Nach mehrſtündiger Tätigkeit gelang es der Feuerwehr, des Brandes, deſſen Urſache noch nicht aufgeklärt iſt, Herr zu werden. Der Dampfer ſelbſt blieb unverſehrt.

Notlandung eines Flugzeuges.

Danzig. Donnerstag abend gegen ½7 Uhr mußte ein Verkehrsflugzeug der Linie Stettin—Danzig aus bisher unbekannten Gründen notlanden. Das Flugzeug rollte in einen Graben, wobei das Fahrgeſtell und die linke Tragfläche beſchädigt wurden. Perſonen wurden bei dieſer Notlandung nicht verletzt.

Erdbeben in Italien.

Ein heftiges Erdbeben wurde in Avezzano verſpürt, das im Jahre 1915 vollſtändig zerſtört worden war. Unter der Bevölkerung herrſcht große Panik.

Feſtgehaltene Alkoholſchmuggler.

Der engliſche Schooner „Hermann“ wurde, wie Reuter aus Novile (Alambra) meldet, mit 3900 Kiſten Spirituoſen an Bord von Patrouillenbooten angehalten und beſchlagnahmt. Der Kapitän und ſieben Seeleute wurden, da ſie Bürgſchaften nicht ſtellen konnten, gefangen geſetzt.

Maſſenraub von Exportgütern.

Hamburg. Vor dem Hamburger Strafgericht haben ſich jetzt 440 in 20 Tätergruppen eingeteilte Angeklagte zu verantworten, die vom Dezember 1923 bis Dezember 1924 maſſenhaft Exportgüter raubten bezw. Beihilfe beim Rauben leiſteten oder ſich der Hehlerei ſchuldig machten. Die Diebe hatten das entwendete Gut in 60 Räuberhöhlen untergebracht, in denen ſie die geraubten Kiſten erbrachen und entleerten und dann mit Ballaſt wieder füllten. Dieſe wertloſen Sendungen gingen dann ins Ausland. In dreitägiger Verhandlung gegen die aus 16 Angeklagten beſtehende erſte Gruppe wurden drei Kutſcher zu 15 Monaten bis 3 Jahren Gefängnis andere Angeklagte zu drei bis neun Monaten Gefängnis, zwei zu kleineren Geldſtrafen, der Haupthehler zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus verurteilt.

Großfeuer in Tanger.

Einer Meldung aus Tanger zufolge brach in Caſablanca ein Großfeuer aus. Trotz der ſofortigen Ankunft von Feuerwehr und Truppen iſt ein großer Häuſerblock völlig zerſtört worden. Der Schaden wird auf zwei Millionen Franken geſchätzt. Verſchiedene Perſonen wurden verletzt.

Tödlicher Automobilunfall.

Görlitz. Auf der Fahrt von Löbau nach Görlitz ſtieß an der Halteſtelle unweit Zoblitz der Benz-Wagen des Generaldirektors der Görlitzer Waggonfabrik, Geyer mit dem Wagen des Gutsbeſitzers Müller-Oeltzſch zuſammen. Durch den Zuſammenſtoß wurde das Auto des Herrn M. vollkommen zertrümmert. Müller ſelbſt wurde ſchwerverletzt in das Reichenberger Krankenhaus gebracht, wo er ſeinen Verletzungen nunmehr erlegen iſt. Geyer und ſeine Ehefrau kamen mit anſcheinend leichteren Verletzungen davon, während der Chauffeur unverletzt blieb. Der Wagen Geyers wurde ebenfalls ſchwer beſchädigt. Die Schuldfrage konnte noch nicht geklärt werden.

Bauunfall.

Tillowitz. Beim Umbau eines Gaſthauſes wurde durch eine umfallende Wand ein Maurer getötet. Zwei anderen Maurern wurden die Beine zerſchmettert.

Alkohol aus Bäckerdampf — und Steuer.

Auch die Berliner Behörde macht von ſich reden!

Wir haben von der wichtigen Entdeckung eines Italieners berichtet, dem es gelungen iſt, beim Brotbacken hochprozentigen Alkohol zu gewinnen. Der Verſuch iſt auch in Berlin gemacht worden — unter eigenartigen Begleitumſtänden, die das Herz jedes Bürokraten ſchwellen laſſen werden. Es iſt nämlich der Apparat von der Steuerbehörde verſiegelt und beſchlagnahmt worden, und zwar deshalb, weil der italieniſche Erfinder nicht vorher die Zollbehörde verſtändigt hatte. Nach der Anſicht der Behörden handelt es ſich bei dieſer Anlage um eine

Geheimbrennerei!

Der Erfinder Andruſiani hatte ſeinen Verſuchsapparat in der Großbäckerei der Konſumgenoſſenſchaft Lichtenberg eingebaut und ausprobiert. Die Erfindung wurde vor einer Kommiſſion von Intereſſenten vorgeführt, wobei verblüffende Erfolge erzielt wurden. Allgemeines Befremden erregte es jedoch, daß ſich auch Vertreter der Steuerbehörde eingefunden hatten, die ſchon fünf Stunden vor Inbetriebnahme der Apparate erſchienen waren und verlauten ließen, daß der italieniſche Erfinder und die Betriebsleitung verhaftet werden müßten, da die Anlage eine Geheimbrennerei darſtellte. Schließlich mußte erſt der Direktor des Zollamtes davon in Kenntnis geſetzt werden, daß es ſich nur um einen Verſuch und um die Ausprobierung einer bedeutenden Erfindung handele. Andruſiani wurde dann erſt die Erlaubnis erteilt, den Apparat in Anweſenheit der Zollbeamten ein einziges Mal in Tätigkeit treten zu laſſen.

Die Beamten der Steuerbehörde verſiegelten darauf die Apparate und beſchlagnahmten den mit ihnen gewonnenen Spiritus. Was ſoll man dazu ſagen? Der beſchämende Vorfall ſchließt ſich gut manch anderem würdig an. „Ein jeder . . . ſo gut er kann!“

* **Der Zug der tauſend Frauen.** Durch eine Zeitungsanzeige hatte die Leitung der „Kipho“-Ausſtellung am Kaiſerdamm in Berlin für ihr Ausſtellungskino 60 „repräſentable Damen“ als Platzanweiſerinnen geſucht. Auf die erſte Anzeige hin fanden ſich etwa tauſend Damen jeden Alters ein, von denen jede glaubte, der Forderung der Repräſentabilität auf das beſte gerecht zu werden. Um aus dieſer überraſchenden Menge eine Auswahl zu treffen, gab der Direktor des Ausſtellungskinos dem Begriff „repräſentabel“ eine etwas begrenztere Auslegung, als es die Damen wohl geglaubt oder erhofft hatten. Er teilte den Bewerberinnen mit, daß nur Damen im Alter von 16 bis 20 Jahren in Betracht kämen, und daß dieſe Damen einen Bubikopf haben und geeignet ſein müßten, ihre Tätigkeit im Pagenkoſtüm auszuüben. Womit er vermutlich meinte, daß die Damen über einen ſchlanken, modern-knabenhaften Körper verfügen müßten. Dieſe Deutung erregte das Mißfallen der Damen, die ſolchen Anforderungen nicht entſprechen konnten, ſich aber trotzdem für repräſentabel und zum Berufe einer Platzanweiſerin — auch im Pagenkoſtüm — für geeignet hielten. Sie warfen dem Direktor Irreführung vor, da in der Anzeige nichts von Altersgrenze, Bubikopf und Pagenkleidung geſtanden hätte. Es kam zu einem rieſigen Tumult. Der Direktor verſuchte, die erregten zu tröſten — aber da kam er ſchlecht an. Dann verſuchte er es mit der Logik — aber da kam er noch ſchlechter an. Schließlich wußte der Bedrohte ſich keinem anderen Rat, als die Polizei zu rufen. Der gelang es — nicht ohne ein kleines Handgemenge mit Ohnmachtsanfällen, Glasſplitterverletzungen und Schreikrämpfen — die tauſend Frauen zum Abmarſch zu bewegen.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politiſchen Teil, Kunſt und Feuilleton: Franz Gomm für Provinz, Lokales und Vermiſchtes: Karl Söltele für Volkswirtſchaft und Sport: Kurt Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil, ſämtlich in Merſeburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 35.
Für unverlangt eingeſandte Manuſkripte wird keine Gewähr übernommen.
Rückporto iſt in jedem Falle beizulegen.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merſeburg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an beſtimmt vorgeſchriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünſche der Auftraggeber nach Möglichkeit berückſichtigt.

Kirchliche Nachrichten.

Dom. Getauft: Walter, S. d. Dr. Gentner; Hans Wilhelm Karl, S. d. Kaufm. Mühlfordt; Hans Joachim, S. d. Mechanikers Opitz. — Getraut: d. Kaufmann M. Langenhan und Frau M. geb. Groß; d. Kaufm. W. Biermann und Frau F. geb. Hübner.

Stadtkirche. Getauft: Gerhard, S. des Malers Oertel; Heinz, Sohn des Schloſſers Hartmann; Hans Werner, S. des Polizei-Oberleutnants Hauck; Gertrud, T. d. Arb. Müllers; Gerda, eine unehel. Tochter. — Beerdigt: Der Korſettfabrikant Bernſtein.

Neumarkt. Getauft: Käthe Ida, T. d. Gärtn. Elfeldt. — Getraut: der Arbeiter W. Schubert und Frau L. geb. Wedermann.

Altenburg. Getauft: Irmgard, T. d. Eiſenbahninſpektors Sauer; Herbert, S. d. Dachdeckers Julich; Claus-Wolfgang, S. d. Dipl.-Ing. Hetzer. — Beerdigt: d. Inv. Bindernagel.

Möbl. Zimmer frei!
Zu erfragen in d. Geſchäftsſtelle d. Bl.

Möbl. Zimmer
zum 1. Oktober zu vermieten. Zu erfragen in der Geſchäftsſtelle d. Bl.

Ratskeller.
Für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober ſuche ich noch
1 Zimmer
mit 2 Betten in der Nähe des Ratskellers für die Bayeriſche Kapelle.
Kießler.

Am 23. d. M. entschlief sanft nach kurzem Leiden im Diakonissenhaus zu Leipzig

Herr Pastor i. R.

Paul Cranz.

In dem Entschlafenen verlieren wir unseren langjährigen Vorsitzenden, einen väterlichen Freund und Berater. Seinen Heimgang empfinden wir auf das schmerzlichste. Wir werden seiner stets dankbar in Treue und Liebe gedenken.

Horburg, den 28. Sept. 1925.

Der Vorstand des Kinderheims „Samariterherberge“ Horburg.

AKUSCH
MT
Der Bootsmann dort auf hoher See-fahrt ruft' gern Kurs mit Messmer's Tee.

Bekanntmachung.

Provinzial-Landtags- und Kreistagswahlen.

Die Wählerliſten liegen im Gemeindebüro, Friedensſtraße 28b, vom **Montag, den 28. September bis Dienstag, den 6. Oktober 1925** in den Nachmittagsſtunden zwiſchen 3 u. 7 Uhr zur allgemeinen Einſicht aus.

Einſprüche gegen die Wählerliſten ſind bis zum Ablauf der Auslegungsfriſt dort anzubringen.

Da für die oben bezeichneten Wahlen keine Wahlſcheine ausgegeben werden, kann das Wahlrecht nur am Wohnorte des Wählers auf Grund ſeiner Eintragung in der Wählerliſte ausgeübt werden.

Gemeinde Röſſen, den 24. September 1925.

Der Gemeindevorſteher.

Ein
Stadtplan
von Merſeburg
mit näherer Umgebung
im
Geſchäftslokal
ausgehängt, dient der Kundſchaft
und nützt dem
Geſchäft
*
In ſchöner bunter Ausführung
nur **1.20** Mk.
Mit Plan von Neu-Röſſen
1.50 Mk.
Durch die Geſchäftsſtelle
des Merſeburger Korreſpondent
und die Buchhandlungen.
*

Ein großes, leeres oder möbliertes
Zimmer
m. Kochgelegenheit v. kinderloſem Ehepaar zu mieten geſ. Angebote unter 88 an die Geſchäftsſtelle d. Bl.

Familienhaus
7 Z. u. K., angb. Stall, gr. Garten in geſunder Lage von Merſeburg, ſof. beziehbar, zu verkaufen. Angeb. zahlgsf. Reflekt. erb. unter 1851 an die Geſchäftsſtelle d. Bl.

550 Mk.
zu verleihen. Angeb. unter 86 an die Geſchäftsſt. d. Bl.

Preiswerte
Harmoniums
zu günſtigen
Zahlungsbedingungen
zu verkaufen
Albert Hoffmann,
Halle a. S.,
Am Riebeckplatz.

Schloſſeranzüge
verſchiedene Preislagen.
P. Harniſch, Oelgrube 1.

Trockenſchnitzel
ſuche gegen Kaſſe zu kaufen. Angeb. unter 1847 an die Geſchäftsſtelle d. Bl.

Mehrere Fuhren
Stalldünger
hat abzugeben
Neumarkt 54.

Elektriſche Rolle
auch Handbetrieb, zur gefl. Benutzung.
Wäſcherei M. Rettinger
Johannisſtraße 15.
NB. Nehme auch Wäſche zum Rollen an, welche abgeholt und geliefert wird.

Hausſchlachten
jeder Art übernimmt
Karl Wiegand
Reipiſch 34.

Aufpolſterarbeiten
von Sofas und Matratzen werden ſchnell und gut ausgeführt
P. Harniſch, Oelgrube 1.

Sil
Henkel's Bleich- u. Waschmittel
gibt schneeweiße Wäsche
spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche
Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Kleine Anzeigen
haben den beſten Erfolg im Merſebg. Korreſpondent.

In allen häusl. Arbeiten erfahrenes älteres Mädchen ſucht für ſofort
Stellung
Zeugnis vorh. Ang. u. 87 an die Geſchäftsſtelle d. Bl.

Unabhängige Frau
oder
Mädchen
ſofort geſucht. Zu erfr. in der Geſchäftsſtelle d. Bl.

Lernende
Verkäuferin
für ſofort geſucht
Moritz Gebhardt,
Schuhwarenhaus,
Roßmarkt Nr. 5.

2 Frauen
zur Feldarbeit ſucht
M. Hertel, Saalſtraße.

Mädchen
von außerhalb für Landwirtſchaft geſucht.
Lindenſtraße 2.

Tüchtiges Allein-Mädchen
geſucht. Meldung mit Zeugniſſen bei
Oberſt a. D. Chriſt,
Große Ritterſtraße 27.

Jüngeren **Knecht**
ſucht Trebnitz 28.

Hof-Junge
15 bis 16 Jahre alt, geſucht. Näheres
Gotthardtſtraße 2.

Ein zuverläſſiger
Pferdeknecht
zum 1. Oktober geſucht.
Atzendorf Nr. 14.

Lichtſpiel-Palaſt „Sonne“

Union-Theater

Gewaltige Programme vom Dienstag bis Donnerstag.

Mary Pickford's bezaubernde Perſönlichkeit in ihrem neueſten Film

Die kleine Mutter!

Sie lachen und weinen, wenn ſie Mary Pickford in dieſem Film ſehen, bewundern. Dieſer Liebling der alten und neuen amerikaniſchen Kino-Welt, dieſe Königin des Films wird auch in Deutſchland Triumphe erleben und ſich alle Herzen im Sturm erobern.

Dammbruch!

Gewaltiges Schauſpiel in ſieben Akten mit unbeſchreiblichen Lebensbildern und großen ſtarken Natur-Ereigniſſen.

Anfang 5½ Uhr und 8 Uhr.

II. Teil des Großfilms **Die Königin des Waldes.**

7 Akte! **Der Kampf um das Waldgebiet.** 7 Akte!

Eine abenteuerliche Angelegenheit aus den amerikaniſchen Wäldern.
In der Hauptrolle: **Ruth Roland.**
Der zweite Teil iſt in ſich abgeſchloſſen und ohne Kenntnis des erſten Teiles verſtändlich!
Ungeahnte Senſation. — Höchſte Spannung. — Wunderbare Naturbilder.

— 2. —

5 Akte! **Der Herr auf Mortons Schloß.** 5 Akte!

Filmdrama in 5 Akten nach einer Novelle des Th. de Quineg.

Anfang 6 und 8¼ Uhr.

Der Hut macht's

Neuheiten für Herbſt und Winter in Herrenfilzhüten
in Wolle, Haar und Velour
Größte Auswahl Billigſte Preiſe

J. G. Knauth & Sohn

Von Mittwoch, dem 30 d. Mts. ab ſtehen wieder **ſehr große Transporte** allerbeſter

Kühe und **Kalben**

größtenteils mit Kälbern (Oſtfrieſen und Oſtpreußen) bei uns zum Verkauf.

Guſtav Daniel & Co.,
Fernſpr. 57 Weißenfels a. S. Vieh- u. Pferdegeſch.

Der Hut macht's

Haarfilzhüte!
Woll- Velour- Sporthüte
in allen modernen Formen und Farben zu billigſten Preiſen empfiehlt

Max Städter Burgſtraße 11

Ferner bringe mein großes Lager von Mützen in Erinnerung

Zwangsverſteigerung.

Mittwoch, den 30. September 1925, vormittags 10 Uhr, verkaufe ich in Merſeburg im Gaſthaus „Tivoli“

2 Sofas

öffentlich gegen Barzahlung.
J. V.: Dietrich, Ober-Gerichtsvollzieher.

Einladung zur Mitgliederverſammlung
des
Vaterländ. Frauenvereins für Merſeburg-Land e. V.
am Mittwoch, den 30. September, nachmittags 3½ Uhr
im Saale von Müllers Hotel in Merſeburg, am Bahnh.

Tagesordnung:
1. Ehrung der Dienſtboten.
2. Bericht über die Tätigkeit des Vereins.
3. Bericht des Herrn Lehrer Törpe über das Martha-Hohenthal-Haus.
4. Kaſſenbericht und Entlaſtung des Vorſtandes.
5. Anträge und Wünſche aus der Verſammlung.

Alsdann geſelliges Beiſammenſein und muſikaliſche Darbietungen. — Um zahlreiches Erſcheinen wird gebeten. Gäſte herzlich willkommen.

Der Vorſtand. H. Uhle, Vorſitzende.

Hämorrhoiden

werden nach den neuesten Erfahrungen nicht mehr mit Salbe und dergleichen, sondern auf ganz natürlichem Wege und verblüffend einfach, mit ganz geringen Kosten, ohne Schmerzen beseitigt.

Kostenlose Auskunft gibt
Sanitas-Depot Charlottenburg 3
Abteilung: H 808.

Müller's Hotel
Preiswerter Mittagstiſch
(Abonnement).

Geſchäftsprinzip: Preiswert und gut!

Küblers echte Sportjacken

für Damen von **19.—** bis **23.25**
für Herren „ **19.—** „ **23.25**
für Kinder „ **9.75** „ **17.00**

je nach Größe. Küblers Fabrikate ſind geſund, dauerhaft, elegant, können ausgebeſſert werden, ſind waſchbar und verlieren die Form nicht.

A. Henckel, Spezialgeſchäft für Woll- u. Wirkwaren. — Oelgrube 29.

Der Hut macht's

Zur beginnenden Herbſtſaiſon
empfehle ich mein reichhaltiges Lager von
Haar-, Velour- u. Filzhüten
in den neueſten Formen.

Karl Köppe Gotthardtſtr. 24

Kammer-Lichtſpiele
Früher „Modernes Theater“, Große Ritterſtraße Nr. 1

Montag Dienstag Mittwoch

Der ſenſationelle Abenteurerfilm

Verfehltes Leben

„Die Polizei kommt“. Dieſer Ruf ſcheucht die Mitglieder der Bande in die Flucht und in wilder Haſt geht es über Mauern und Dächer. Das iſt der Anfang des bis zum Schluſſe äußerſt ſpannenden Sittenfilms in 6 Akten mit **Anita Berber,** der bekannten deutſchen Tänzerin in der Hauptrolle.

Jiu-Jitſu-Meiſterin
Luſtſpiel in 5 Akten.

Spezialität: Pelz
Kragen — Müffe — Hüte

Füchse, Wölfe, Skunks, Iltis, Murmel, Opossum, Kainn, Ziegen in mod. Formen. / Besätze in allen Breiten.
Kinderwagendecken in Tibet und Angora.
Billigste Preise. Erleichterte Zahlungsweise.

J. G. Knauth & Sohn
Entenplan 2.

Unreiner Teint

Pickel im Geſicht u. am Körper beſeitigt raſch und zuverläſſig **Zucker's Patent-Medizinal-Seife.** Nach jeder Waſchung mit **Zuckooh-Creme** nachbehandeln. Frappante Wirkung, von Tauſenden beſtätigt. In all. Apothek., Drogerien, Parfümerie- u. Friſeurgeſchäft. erhältl.

W. Kieslich, Adler-Drogerie.
W. Mahlfeldt, Ritter-Drog.
H. Weniger, Neumarkt-Drog.
Franz Wirth, Roßmarkt 1.
K. Weibgen Ww., Gotthardtſtr.

Normalwäſche
Max Käther,
Schmale Straße 21.

Terrazzo-Fußboden, Muſchelkalk u. Terrazzo-Material, Marmorties.
Hermann Bielig,
Gartenſtr. 11/17. Tel. 684.

Erdal
Siegreich durch Qualität
Erdal
für die Schuhpflege
589

Perfekte
Stenotypiſtin,
welche auch mit den ſonſtigen Kontorarbeiten wohl vertraut iſt, **ſucht Stellung.** Gefl. Angebote u. 1838 an die Geſchäftsſtelle d. Bl.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beſte Verbreitung im „Merſeburger Korreſpondent.“

Pferdehandlung Rich. Juckoff
Neumarkt 42. Merſeburg. Telephon 515.

Halte ſtändig 4 und 5jährige belgiſche und däniſche

Arbeitspferde
zur gefl. Muſterung bereit.
Solide Preiſe. Kulante Bedienung.

V. f. L. Neu-Röſſen

Mittwoch, den 30 September 1925 im Vereinsheim Göhlitzſch
Monats-Verſammlung.
Anweſenheit wird einem jeden zur Pflicht gemacht.
Der Vorſtand.

Reſtaur. Hohenzollern
Morgen Dienstag
Schlachtefeſt.
Früh Wellfleiſch, nachm. alle Sorten fr. Wurſt.

Dienstag
Schlachtefeſt.
Richard Juckoff, Neumarkt 42.

Morgen Dienstag
Schlachtefeſt
Paul Trettin,
Bahnhofſtr. 10, Clobicauer Straße 9, Neumarkt 45.

Morgen Dienstag
Hausſchlachten.
Max Kriegenherdt, Halliſche Straße Nr. 71.

Hotel „Drei Schwäne“
Morgen Dienstag
Schlachtefest
10 Uhr Wellfleiſch, nachm. friſche Wurſt.
Der Wirt.

Geſchäftsübernahme.

Mit dem heutigen Tage übernahm ich das
Zigarrengeſchäft
des Herrn Hartung
Hälterſtraße 9.

Durch eigene Zigarrenfabrikation bin ich in der Lage, bei ſoliden Preiſen nur gute Ware zu liefern und bitte bei Bedarf um gütige Berückſichtigung.

Hochachtungsvoll
Max Holler.

Zum Tode verurteilt ſind Läuſe, Wanzen in ½ Std. unter Garantie Flöhe, Brut b. Menſch u. Tier m. „Rieſolda“, geſ. geſch. Mitt. 100 000 mal bewährt. Friſeur Wenzel, Ob. Burgſtr. 6

Geschäftsprinzip: Preiswert und gut!

Kübler's
gestrickte
Kinderkleidung
Elegant gesund dauerhaft

A. Henckel, Oelgrube 29.
Spezialgeschäft für Woll- und Wirkwaren

Der Hut macht's

Beachten Sie bitte die Schaufenſter

Reiche Auswahl in nur modernen
Hüten in Velour, Haar u. Wolle
Gute Qualitäten in allen Preislagen.

Karl Wittenbecher
Am Neumarktstor 1.

Beachten Sie bitte die Schaufenſter

Merſeburger Korreſpondent

Erſcheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 2,— Mark, fällig bei Abholung frei Haus. Abholerkarte halbmonatlich 0,95 Mark. Poſtbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 10 Pfennig. Sonnabends 20 Pfennig.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr uſw.) hat der Bezieher keinen Anſpruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreiſes.

Geſchäftshaus: Kleine Ritterſtraße 8.

Mitglied des Vereins Deutſcher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutſchland

Neueſte Nachrichten
für Stadt und Kreis Merſeburg
Amtsblatt der Stadt und des Landkreiſes Merſeburg
mit den wöchentlichen Beiblättern Die Zeit im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd
der vierzehntägigen Beilage Bilder von Feld und Hof und dem zwanglos erſcheinenden Chroniſt von Merſeburg

Anzeigenpreiſe: Für den achtgeſpaltenen Millimeterraum 10 Pfennig; im Reklameteil 40 Pfennig; für Chiffreanzeigen und Nachweiſungen 20 Pfennig Aufſchlag. — Familienanzeigen beſonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorſchrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet.

Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.

Fernruf: Redaktion 324, Geſchäftsſtelle 466.

Poſtſcheckkonto: Leipzig 39 070.

Nr. 227 Montag, den 28. September 1925 52. Jahrgang

Im Kampf um das Reichsſchulgeſetz.

Von einem Lehrer gehen uns folgende Ausführungen zu dem Reichsſchulgeſetzentwurf zu, mit denen wir die Diskuſſion über dieſe ſehr wichtige kulturpolitiſche Frage eröffnen. D. R.

Im „Merſeburger Korreſpondent“ vom 3. September d. J. wird der Entwurf eines neuen Reichsſchulgeſetzes erwähnt, der den Reichstag in der bevorſtehenden Tagung beſchäftigen wird. Wenn es ſich auch noch nicht um den endgültigen Entwurf handelt, ſo iſt dieſer doch der vom Reichsminiſterium des Innern ausgearbeitete; er hat auch bereits dem Reichskabinett vorgelegen und iſt von ihm anſcheinend gut geheißen worden. Man wundert ſich eigentlich, daß man beim Entſtehen ſolchen Geſetzentwurfes, an dem eine Viertelmillion Lehrer und Lehrerinnen intereſſiert ſind, keine Fachorganiſation zugezogen hat, und daß lediglich von Jouriſten ſo entſcheidende Beſtimmungen formuliert wurden, wie ſie im Entwurf zu finden ſind. Nur gut, daß die Öffentlichkeit unbeabſichtigt vorzeitig mit dem Inhalt des neuen Reichsſchulgeſetzes bekannt gemacht worden iſt. Es verlohnt ſich, über einzelne ſeiner Teile Betrachtungen anzuſtellen.

Er ähnelt in ſeiner Aufmachung dem bayeriſchen Konkordat. Bekanntlich überläßt Artikel 149, 2 der Reichsverfaſſung die Erteilung des Religionsunterrichtes der freien Willenserklärung der Lehrer und zwar unterſchiedslos in allen Schulen (auch in Bekenntnisſchulen). Der neue Geſetzentwurf zu Artikel 149, 2 RV. will den Sinn des Konkordatsartikels 5, 1 zum Reichsgeſetz erheben; denn „die geſamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den Bekenntnisſchulen muß getragen ſein von dem Geiſte des Bekenntniſſes“ und .... „Lehrern, deren Tätigkeit den Vorſchriften zuwiderläuft, iſt erforderlichenfalls der Unterricht an der Bekenntnisſchule abzunehmen“. Das widerſpricht dem geltenden Rechte; wurde doch niemals eine Verpflichtung auf „unbedingte innere Rechtgläubigkeit“ in ſtreng kirchlichem Sinne gefordert. Während der entſprechende Artikel des Konkordats nur die zukünftig anzuſtellenden Lehrer bedroht, fordert der neue Entwurf Entfernung jeden Lehrers von der Bekenntnisſchule, deſſen „Tätigkeit den Vorſchriften zuwiderläuft“. Damit macht ſich der Staat zum Kirchendiener und gibt ſeine Hoheit auf ſchuliſchem Gebiete der Kirche preis. Nicht nur ſachlich, auch taktiſch atmet der neue Reichsſchulgeſetzentwurf „Konkordatsgeiſt“; denn Wahrung des Inhaltsgeheimniſſes, ſchnellſtes Durchpeitſchen im Reichstag und Ablehnung wiſſenſchaftlicher Gutachten ſollen im Reiche wie in Bayern das rückſchrittliche Geſetz ſichern.

Einen großen Fehler hat der Entwurf auch inſofern, daß er lediglich eine Ausführung des Art. 146, 2 RV. ſein will. Die Begründung dazu verdreht die Tatſachen; denn die Behauptung, daß durch das Grundſchulgeſetz bereits die Frage des geordneten Schulbetriebes geregelt ſein ſoll, iſt weder im Reichsſchulausſchuß noch im Bildungsausſchuß aufgeſtellt worden. Wohl iſt das Grundſchulgeſetz eine Ausführung des Art. 146, 1 RV., aber nur zum Teil, denn es regelt nur die Grundlage der „organiſchen Ausgeſtaltung“ des geſamten öffentlichen Schulweſens, aber nicht den geordneten Schulbetrieb an ſich. Hat es doch dieſer damit zu tun, daß von der Volksſchule aus allenthalben ein planmäßiges Übergehen auf die andern Schularten möglich iſt. Wäre das durch Reichsgeſetz endgültig feſtgelegt, nur dann wäre von einer reſtloſen Ausführung des Art. 146, 1 zu ſprechen. Der Entwurf biegt weiterhin den Sinn der Verfaſſung um, wenn er die Sonderſchulen (lies: Bekenntnisſchulen) über die Normalſchule (die für alle gemeinſame) ſtellt. Denn im Art. 146, 2 RV. hängt die Errichtung von Sonderſchulen davon ab, daß erſtens „der geordnete Schulbetrieb“ (auch im Sinne des Abſ. 1 des Art. 146) nicht beeinträchtigt wird und daß zweitens, ſofern dieſer Forderung genügt iſt, der Wille der Erziehungsberechtigten möglichſt berückſichtigt werden ſoll. Alſo auf den geordneten Schulbetrieb iſt in erſter Linie Rückſicht zu nehmen. Im neuen Entwurf dagegen heißt es: „Innerhalb der Gemeinden ſind auf Antrag von Erziehungsberechtigten, deren Wille möglichſt zu berückſichtigen iſt, Volksſchulen ihres Bekenntniſſes oder ihrer Weltanſchauung einzurichten, ſoweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird.“ Jeder Einſichtige merkt ſofort den Unterſchied. Jetzt ſteht in erſter Linie der Wille der Erziehungsberechtigten und in zweiter Linie die Rückſichtnahme auf den geordneten Schulbetrieb! Dieſe Umſtellung iſt zwar unauffällig, hat aber Richtung auf ein ganz beſtimmtes Ziel. Die Demokraten waren es, denen man gerade den Wortlaut zu verdanken hat, wie er im Art. 146, 2 RV. zu finden iſt, [illegible] dung mit Sozialdemo- [illegible] Schiffer rühmte das [illegible] er 2. Leſung, daß die [illegible] weit es mit einem ge- [illegible] nders und ſchärfer ge- [illegible] mt, ob hierdurch ein ge- [illegible] . 1, nicht beeinträchtigt [illegible] n nicht nur das Recht, [illegible] ädagogiſchen Rückſichten [illegible] mzuſetzen, als mit den [illegible] und Hervorhebung der [illegible] die ſonſt in dem Abſ. 2 [illegible] ch: auch gegenüber dem [illegible] hiffer 1919. Der jetzige [illegible] uslegung des Art. 146, 2 [illegible] Boden der jetzt gültigen [illegible] erzeit 1919 von Sozial- [illegible] des zweiten Kompro- [illegible]

[illegible] Erziehungsberechtigten [illegible] eingeräumt wird, ent- [illegible] icht haltbar ſind. Heißt [illegible] f Errichtung einer Be- [illegible] g von den Erziehungs- [illegible] Gemeinde geſtellt wird, [illegible] ine Schulſtelle in dieſer [illegible] e Höchſtzahlen für den [illegible] genügt es für den Antrag, wenn der Antrag für ſo viel ſchulpflichtige Kinder geſtellt wird, als dieſe Höchſtzahl beträgt, auch wenn in der Gemeinde im Durchſchnitt mehr ſchulpflichtige Kinder auf eine Schulſtelle entfallen ſollten. In jedem Falle genügt ein Antrag von Erziehungsberechtigten von durchſchnittlich 40 ſchulpflichtigen Kindern.“ In der Begründung zu dieſen Sätzen des § 15 wird lediglich auf die „allgemeinen Ausführungen der Begründung hingewieſen. Da ſteht aber ſo vielerlei, daß es ſchwierig iſt, das Rechte zu § 15 herauszuſuchen. Lediglich der darin enthaltene „Verſuch eines Nachweiſes“, daß auch die einklaſſige Schule ſchon einen geordneten Schulbetrieb im Sinne des Art. 146, 2 RV. darſtelle, kann als Begründung des § 15 vom Entwurf aufgefaßt werden. Wenn aber die einklaſſige Schule als „geordneter Schulbetrieb“ anerkannt wird, werden wir erleben, wie auf Grund des § 15 im Orte oder im Lande von beſtehenden mehrſtufigen Schulſyſtemen einſtufige abgezweigt werden und dadurch die Einheitlichkeit des Schulbetriebes zertrümmert wird. Wird der Entwurf zum Geſetz, ſo wird einer großen Anzahl von Lehrern das Recht genommen, innerhalb der Schranken der allgemeinen Geſetze ihre Meinung frei zu äußern (118 R.-V.); ein ſolches Geſetz würde ſie, im Widerſpruch zu Artikel 130, zu Dienern des Bekenntniſſes machen; er gäbe der Kirche die Aufſichts- und Kontrollrechte in den ſtaatlichen Schulen zurück, er würde im Gegenſatz zu dem Toleranzartikel 148,2 Minderheiten in einen fremden Bekenntnis- und Weltanſchauungsgeiſt hineinzwingen uſw.

Das ſind alles Verſtöße gegen Inhalt und Wortlaut unſerer Verfaſſung. Die Reichsverfaſſung iſt aber oberſtes Geſetz und alle Regierungsmaßnahmen und Geſetze müſſen im Geiſte und nach ihren Beſtimmungen in unbedingter Übereinſtimmung mit dieſer Verfaſſung ſtehen. Ein ſolcher Entwurf darf nicht Geſetz werden.

Er ſtößt deshalb aller Orten auf heftigſten Widerſtand in den meiſten Ländern, bei der geſamten Lehrerſchaft, in weiteſten Elternkreiſen. Viele Proteſte liegen ſchon vor, ſo vom Deutſchen Lehrerverein, vom geſchäftsführenden Ausſchuß der DVP. Württemberg, vom Parteiausſchuß der Deutſchen Demokratiſchen Partei, vom Reichsbund für Religionsunterricht und religiöſe Erziehung uſw. Hoffentlich gelingt es, dieſen Entwurf nicht zur Ausführung zu bringen. Je mehr erſt klar wird, was auf Grund dieſes Geſetzes aus der deutſchen Volksſchule gemacht werden ſoll, deſto ſtärker wird der Widerſtand gegen dieſen kulturfeindlichen Entwurf werden. Er iſt rückſchrittlicher als der Zedlitzſche Entwurf 1891, den der Dreiklaſſenlandtag von damals ablehnte!

Ein Lehrer.

Die Ueberreichung der Antwortnote.

Paris, 28. Sept. (Amtlich.) Der deutſche Botſchafter von Hoeſch hat in Abweſenheit des Außenminiſters **Briand** dem Generalſekretär am Quai d'Orſay, Herrn Berthelot die Antwort der deutſchen Regierung auf die Einladung der alliierten Mächte zu einer Miniſterkonferenz überreicht. Die Antwort ſtellt eine Annahme der Einladung dar. Im Anſchluß an die Übergabe der Antwortnote kamen die verſchiedenen mit der Begegnung der Miniſter zuſammenhängenden Fragen zur Sprache.

Aus Brüſſel wird gemeldet, daß der dortige deutſche Botſchafter einen gleichen Schritt am Miniſterium des Auswärtigen unternommen hat. Der deutſche Botſchafter wurde gegen Mittag von Vandervelde empfangen, dem er die Antwortnote der deutſchen Regierung überreichte. Es entſpann ſich im Anſchluß an die Übergabe eine zweiſtündige Unterredung.

Der deutſche Botſchafter in London, Dr. Sthamer, hat gleichfalls am Sonnabend im „Foreign Office“ durch Überreichung einer Note die Annahme der Einladung Deutſchlands beſtätigt.

*

Aus Rom meldet die „Agencia Stefani“: Der deutſche Geſchäftsträger teilte dem Miniſterium des Äußern geſtern Nachmittag mit, daß die deutſche Regierung an der Miniſterkonferenz über den Sicherheitspakt teilnehmen werde.

Die Kriegsſchuldfrage.

Botſchafter von Hoeſch hat in ſeiner geſtrigen Unterredung mit Berthelot auch über die Kriegsſchuldfrage geſprochen. Wie verlautet, wurde dieſe Tatſache ſofort Außenminiſter Briand übermittelt, der deshalb den deutſchen Botſchafter um eine Zuſammenkunft zu Montag erſuchen ließ.

Hoeſch heute bei Briand.

Der deutſche Botſchafter von Hoeſch wird am Montag von Briand empfangen werden und mit ihm verſchiedene Fragen des Sicherheitspaktes erörtern.

Muſſolini drückt ſich.

Wie aus Mailand berichtet wird, hat geſtern Muſſolini in einer Unterredung mit dem Chef des Außenminiſteriums erklärt, er werde an der Paktkonferenz nicht teilnehmen. Italien werde vielmehr durch Scialoja vertreten ſein.

Die Lage in franzöſiſcher Beleuchtung.

Paris, 28 Sept. (TU.) Botſchafter von Hoeſch wird ſich heute mittag zum Quai d'Orſay begeben, da der inzwiſchen eingetroffene Außenminiſter Briand ihm eine Reihe ergänzender Auskünfte über die geſtrige deutſche Antwort zu erteilen wünſcht. Die Fragen, die Gegenſtand der heutigen Beſprechungen bilden, werden, wie von franzöſiſcher Seite verlautet, hauptſächlich die franzöſiſche Garantierung der deutſchen Schiedsgerichtsverträge mit Polen und der Tſchechoſlowakei ſowie die Räumung der Kölner Zone angehen. Man ſieht voraus, daß die deutſche Regierung die letzteren Fragen ſowie die der

Kriegsſchuld

unter dem Druck der Deutſchnationalen bei der bevorſtehenden Miniſterbewegung zur Sprache bringen wird. Die Stellungnahme der franzöſiſchen Regierung zu den beiden Problemen wird heute wie folgt angegeben:

1. Was die Kriegsſchuldfrage anbelangt, ſo wird feſtgeſtellt, daß gemäß einer zwiſchen den Alliierten getroffenen ſtillſchweigenden Vereinbarung Deutſchland von einer erneuten Ablegung eines Kriegsſchuldbekenntniſſes bei der Aufnahme in den Völkerbund entbunden wird. **Im übrigen weiſt man darauf hin, daß die Kriegsſchuld Deutſchlands durch den Artikel 231 des Verſailler Vertrages ausdrücklich feſtgelegt iſt und „daß keine Macht der Welt in der Lage ſein würde, dieſen Paragraphen aus der Welt zu ſchaffen“.**

Hinſichtlich der

Räumung der Kölner Zone

wird darauf hingewieſen, daß dieſe Frage und die der Unterzeichnung eines Rheinpaktes nach ſeiner Auffaſſung, die auch Deutſchland bisher immer vertrat, zwei voneinander getrennte Probleme ſind. Die Räumung des Kölner Gebietes könne gelegentlich der Unterzeichnung des Sicherheitspaktes nur dann erfolgen, wenn Deutſchland die Abrüſtungsklauſel erfüllt habe.

Es ſcheint allerdings, daß Frankreich Zugeſtändniſſe in der Räumung des Kölner Gebietes durch Deutſchlands Entgegenkommen bei den Schiedsgerichtsverträgen mit den Oſtſtaaten ſich abkaufen laſſen will. Dieſe Anſicht, die in Anweſenheit unterrichteter Perſönlichkeiten heute geäußert wurde, blieb unwiderſprochen. Gegenüber der Behauptung eines Teiles der deutſchen Preſſe, daß die Miniſterbegegnung in Locarno (Lugano) nur den Auftakt einer ſpäteren Konferenz bilde, legen die franzöſiſchen Blätter erneut Wert auf die Feſtſtellung, daß die Konferenz zu entſcheidenden Beſchlüſſen führen müſſe, wozu die Ratifizierung der Parlamente eingeholt werden müſſe.

Konferenzvorbereitungen.

Die franzöſiſchen Delegierten.

Paris, 28. Sept. (Priv.-Tel.) **Journal berichtet, die franzöſiſche Delegation, die ſich zur Sicherheitskonferenz begeben werde, beſtehe aus Briand und Philipp Berthelot, ſowie einigen techniſchen Sachverſtändigen.**

Die Pariſer Morgenblätter veröffentlichen eine anſcheinend offiziöſe Notiz, in der geſagt wird, die franzöſiſche Regierung wünſche nicht, daß die Konferenz von Locarno den Auftakt zu einer großen Konferenz bilde. Sie ſei der Anſicht, daß der Sicherheitspakt und die Schiedsgerichtsverträge zwiſchen Deutſchland und dem franzöſiſchen Staate während der Verhandlungen in Locarno fertig ausgearbeitet werden müßten. Deshalb werde angenommen, daß die Arbeiten der Konferenz mindeſtens zwei Wochen dauern würden.

*

Wie der Reichstagsabgeordnete Lindeiner-Wildau der Telegraphen-Union mitteilt, iſt ihm von der in ſeinem Abendblatt erwähnten Mitreiſe des Reichsinnenminiſters Schiele und der Abgeordneten Leopold und Lindeiner-Wildau zu der Schweizer Paktkonferenz nicht das geringſte bekannt. Es handelt ſich demnach bei der Meldung nur um ein leeres Gerücht.

Locarno!

Berlin, 28. Sept. (Drahtmeldung unſerer Berliner Schriftleitung.) **Obgleich der Tagungsort für die Paktkonferenz noch nicht endgültig vereinbart iſt, wird wahrſcheinlich Locarno als Tagungsort in Frage kommen. Es iſt aber mit einer Verſchiebung der für 5. Oktober anberaumten Konferenz zu rechnen. Man nimmt an, daß die Konferenz nicht vor dem 8. Oktober beginnt. Wahrſcheinlich wird die Konferenz einige Wochen dauern.**

Sunday Times über den Paktentwurf.

London, 27. Sept. (WTB.) Dem diplomatiſchen Korreſpondenten der Sunday Times zufolge iſt der von den Juriſten in London vorbereitete Paktentwurf ein kurzes Dokument. Seine Einleitung ſei in weitem Maße von der Form der belgiſchen und luxemburgiſchen Neutralitätsverträge von 1889 und 1867 beeinflußt. Die weſentlichſten Klauſeln bezögen ſich auf den ſogenannten flagranten Fall. Solche Fälle ſeien: erſtens im großen Umfang erfolgende Verletzungen der Grenze einer der Signatarmächte durch die Streitkräfte einer anderen und zweitens militäriſche Maſſenkonzentrationen an der entmilitariſierten Rheinlandzone mit der offenbaren Abſicht, anzugreifen Andere Klauſeln bezögen ſich auf Deutſchlands Eintritt in den Völkerbund und auf die Befriedung. In beiden Fällen würde Großbritannien oder eine andere Signatarmacht ſich das Recht vorbehalten, mit bewaffneter Hand einzugreifen, um die nicht ſchuldige Partei zu verteidigen, ohne zu warten, daß der Völkerbund eine Partei als den Angreifer bezeichnet; mit anderen Worten: Großbritannien würde ſelbſt die Tatſache beurteilen zum Beiſpiel, ob der Angriff provoziert iſt und würde ſeine Handlungsweiſe entſprechend wählen, wobei in zweifelhaften Fällen die Entſcheidung des Völkerbundes abgewartet werden würde.

Preußiſcher Landtag.

Der preußiſche Landtag ſetzte am Sonnabend ſeine Etatsberatungen über das Wohlfahrtsminiſterium, über das Wohnungs- und Siedlungsweſen fort. Es wurden dabei von den verſchiedenſten Rednern eine große Anzahl von Wünſchen eingebracht; vor allem wurde von der Wirtſchaftlichen Vereinigung die völlige Beſeitigung der Wohnungszwangswirtſchaft gefordert. Zu allen geäußerten Wünſchen und Forderungen nahm der Wohlfahrtsminiſter Hirtſiefer Stellung. Er erklärte, daß die Hauszinsſteuer ihrem Zwecke entſprechend verwendet worden ſei. Wenn auch durch Reichsgeſetz beſtimmt worden iſt, daß bis zum 8. April 1926 die volle Friedensmiete erreicht werde müſſe, ſo habe doch die preußiſche Staatsregierung von einer Erhöhung im gegenwärtigen Augenblick abgeſehen.

*

Berlin, 28. Sept. (Drahtmeldung unſerer Berliner Schriftleitung.) **Der Älteſtenrat des Preußiſchen Landtages beriet am Montag vormittag über die Geſchäftslage. Nach Verabſchiedung des Wohlfahrtshaushaltes wird der Haushalt des Handelsminiſteriums den Landtag in dieſer Woche beſchäftigen. Dann wird eine Pauſe bis zum 12. Oktober eingelegt. Der Landtag ſoll dann den Haushalt des Innenminiſteriums in Angriff nehmen und vom 13. bis 23. Oktober ſitzen. Dann ſchließt ſich wieder eine Pauſe bis 27. Oktober an. Vom 28. Oktober bis 6. November werden ſechs Tagungen ſtattfinden. Dann folgt eine Pauſe bis zum 10. November. Nach einem weiteren Tagungsabſchnitt vom 11. bis 20. November ſoll der Landtag mit Rückſicht auf die Wahlen zu den Kreis- und Provinziallandtagen erneut vom 21. bis 30. November eine Pauſe einlegen.**

Sitzung des Auswärtigen Ausſchuſſes.

Am Sonnabend vormittag wurde in der Sicherheitsfrage im großen und ganzen eine Verſtändigung erzielt. Es waren alle Parteien vertreten. Die Sitzung war ſehr ſtark beſucht Nach einem Nachruf für den verſtorbenen Abgeordneten Dr. Spahn erſtattete der Reichsaußenminiſter Dr. Streſemann das Referat über die auswärtige Lage. Es kamen Redner aller Parteien zum Wort. Die Annahme der Einladung zur Paktkonferenz wurde gebilligt, allerdings machte Graf Weſtarp von den Deutſchnationalen einige Einſchränkungen. Intereſſant war, daß, abgeſehen — wie ja nicht anders zu erwarten war —, von den Kommuniſten und Völkiſchen auch der Abgeordnete Dr. Bredt von der Wirtſchaftlichen Vereinigung in die Front der Gegner der Reichsregierung und des Reichsaußenminiſters gerückt war und ſich ſelbſt für die Annahme der Einladung nach der Schweiz nicht erwärmen konnte. In Abgeordnetenkreiſen bezweifelt man allerdings, ob Dr. Bredt bei dieſen ſeinen Ausführungen die Fraktion der Wirtſchaftlichen Vereinigung hinter ſich hat.